



Plenarprotokoll

2. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 10. Mai 2000

Regierungserklärung

Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	15
Martin Kayenburg [CDU]	25
Lothar Hay [SPD].....	33
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	39
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	45
Anke Spoorendonk [SSW].....	53

Resolution zur Sicherung des regionalen Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/54	
Bernd Schröder [SPD].....	59
Uwe Eichelberg [CDU]	61
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	62
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	63
Lars Harms [SSW]	65
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	66
Beschluss: Annahme	68

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgeset-

zes zum Pflege-Versicherungsgesetz (Landespflegegesetz - LPflegeG)

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/29	
Dr. Heiner Garg [F.D.P.].....	68
Andreas Beran [SPD]	69
Helga Kleiner [CDU]	70
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	71
Silke Hinrichsen [SSW].....	72
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Ge- sundheit und Soziales	73
Beschluss: Überweisung an den Sozialaus- schuss	74
Erste Lesung des Entwurfs eines Geset- zes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein	
Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/55	
Günther Hildebrand [F.D.P.].....	74
Klaus-Peter Puls [SPD]	75
Peter Lehnert [CDU]	76
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	77
Anke Spoorendonk [SSW].....	79

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	80
Klaus Buß, Innenminister	81
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss	82
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister (Landesministergesetz)	
Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/56	
Günther Hildebrand [F.D.P.]	82
Günter Neugebauer [SPD]	83
Dr. Johann Wadephul [CDU]	84
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	86, 90
Anke Spoorendonk [SSW]	87
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	88
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	89
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss	90

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin
Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Klaus Buß, Innenminister
Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie und eröffne hiermit die 2. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.

(Unruhe)

- Es ist immer noch zu unruhig im Haus. Ich bitte, den Innenraum zu räumen.

Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt ist Herr Abgeordneter Wiegard, der sich einer Operation unterziehen muss. Dafür und für die dann folgende Gesundung wünsche ich ihm im Namen des Hauses alles Gute.

(Beifall)

Ich bitte Sie, sich zu erheben. - Am 6. April ist der ehemalige Abgeordnete und Wirtschaftsminister Knud Broder Knudsen verstorben. Herr Knudsen war Mitglied des Landtages von der 2. bis zur 6. Wahlperiode, von 1950 bis 1971. Er gehörte der CDU-Fraktion an. Von 1967 bis 1969 war Herr Knudsen Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Herr Knudsen war eine herausragende Persönlichkeit. Wir gedenken seiner mit Respekt. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 8, 10, 11, 16, 17 sowie 28 bis 35 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden soll der Tagesordnungspunkt 38. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 9 und 24 - Sonderausschuss zur Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen dem Land und den Kommunen und Einsetzung einer Enquetekommission - sowie die Punkte 25 und 37 - Info-Net Umwelt Schleswig-Holstein. Ferner wurde mir mitgeteilt, dass wir den Tagesordnungspunkt 31 - Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses - von der Tagesordnung absetzen müssen, weil die notwendigen Abstimmungsgespräche über die Besetzung des Richterwahlausschusses noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Anträge zur Aktuellen Stunde und Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 2. Tagung.

Wir werden unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18:00 Uhr tagen, allerdings heute mit der Besonderheit, dass die Mittagspause erst nach Beendigung von Tagesordnungspunkt 2, Regierungserklärung, einsetzt und bis 15:30 Uhr dauert.

Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich möchte als Besucher auf der Tribüne Schülerinnen, Schüler, Lehrerinnen und Lehrer der Realschule Ratkau, der Realschule Sandesneben, der Claus-Rixenschule Altenholz sowie einzelne Besucher in der Loge begrüßen. Seien Sie alle herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 2 auf:

Regierungserklärung

Ich erteile das Wort der Frau Ministerpräsidentin.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Am 27. Februar haben die Wählerinnen und Wähler mit klarer Mehrheit entschieden, dass **SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** die **Landesregierung** bilden und ihre Arbeit fortsetzen sollen. Wir haben den Auftrag, am Beginn des neuen Jahrtausends Politik für unser Land zu gestalten. Auf dem Weg in die globale Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft machen wir Schleswig-Holstein stark für den Wettbewerb in Deutschland, Europa und in der Welt. Wir werden die Chancen des Strukturwandels offensiv nutzen und die Stärken unseres Landes weiter ausbauen, und wir sorgen dafür, dass es bei allen Umbrüchen und Veränderungen sozial gerecht zugeht. Wir wollen eine lebendige und vielseitige Bürgergesellschaft, die sich auch ihrer ökologischen Verantwortung für die Zukunft bewusst ist. Dafür tritt diese Landesregierung ein.

Schleswig-Holstein steht für wunderschöne Natur, intakte Umwelt, für Gastfreundschaft und Weltoffenheit, für Gelassenheit und Liberalität, wie es norddeutsche Tradition ist. Unsere politischen Markenzeichen sind Toleranz und Zuverlässigkeit, Pragmatismus und der Mut zu neuen Wegen, auch gegen Widerstände.

Europaweit gilt Schleswig-Holstein als Vorbild für partnerschaftliches Zusammenleben von Mehrheit und Minderheiten. Unsere Politik nimmt jede Minderheit

gleich ernst. Dänen, Friesen, Sinti und Roma tragen aktiv und selbstbewusst zur kulturellen Vielfalt und Attraktivität unseres Landes bei. Das soll und muss auch in Zukunft so bleiben.

Schleswig-Holstein ist auch für seine vielseitige kulturelle und künstlerische Szene bekannt: Schleswig-Holstein Musik Festival, die nordischen Filmtage, ArsBaltica oder JazzBaltica sind Markenzeichen weit über die Landesgrenzen hinaus.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen trotzdem darüber nachdenken, wie wir mit mehr Kooperation und neuen Finanzierungswegen das Angebot noch besser machen können.

Unser Land ist ein Land für Kinder. Familien mit Kindern sind bei uns gut aufgehoben. Nach unseren Anstrengungen für eine ausreichende Versorgung mit Kindergartenplätzen wollen wir die betreute Grundschule, Ganztagschulen und bessere Teilzeitangebote für Mütter und Väter weiter ausbauen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ohne die Gleichberechtigung von Frauen und Männern bleibt jede gesellschaftspolitische Reform Flickwerk. Deshalb machen wir eine lebensnahe Frauenpolitik.

Schließlich ist Schleswig-Holstein ein sicheres Land. Unsere liberale und bürgernahe Justiz- und Innenpolitik ist seit Jahren ein Erfolg.

Wir leben heute in einem attraktiven Gründerland, haben ein Wirtschaftswachstum, das über dem Bundesdurchschnitt liegt, und unsere Arbeitslosenzahlen sind die niedrigsten in Norddeutschland.

Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben. Dabei zählen wir auf die innovativen Kräfte in diesem Land. Parteipolitische oder ideologische Vorbehalte gibt es für uns nicht. Keine gute Idee darf diesem Land verloren gehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit unserer **Politik** denken wir über die fünf Jahre hinaus, für die wir gewählt sind. Wir haben **Perspektiven** für Schleswig-Holstein, die weiter reichen. Wir wollen Fragen beantworten, die heißen: Was erwartet unsere Kinder, wenn sie die Schule, ihre Lehre oder ihr Studium abschließen? Wie wollen sie leben und arbeiten? Wie übergeben wir dieses Land an die nächste Generation? Wie viel innere und soziale Sicherheit können wir dann den Menschen garantieren, jungen wie alten?

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Einige unserer Perspektiven stelle ich an den Anfang meiner Regierungserklärung, Perspektiven, die in den nächsten 15 bis 20 Jahren in konkrete Politik für unser Land münden.

Erstens. Schleswig-Holstein wird das Herzstück einer europäischen Technologieregion von Hamburg über Kopenhagen bis Malmö sein. Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft kooperieren miteinander und mit weltweiten Partnern.

Zweitens. Schon heute arbeiten rund zwei Drittel der Beschäftigten im Dienstleistungssektor. Das wird sich auf 80 % steigern. Mehr Schulabgänger als heute werden sich in ihrem Berufsleben selbstständig machen. Viele kleine Betriebe werden entstehen. Schnell, innovativ und flexibel werden sie das Rückgrat der schleswig-holsteinischen Wirtschaft sein.

Drittens. Schleswig-Holstein wird sich als der Standort für Medizintechnik und Forschung, für Reha- und Kureinrichtungen in Deutschland und in der Ostseeregion profilieren. Tourismus, Umweltschutz, Kultur, Freizeit- und Gesundheitswirtschaft arbeiten Hand in Hand. Der Zukunftsmarkt Wellness und Gesundheit wird das produzierende Gewerbe bei Umsatz und Beschäftigung überrundet haben.

Viertens. Sanfte Energie wird zum Marktführer. Regenerative Energiequellen und die ökologisch effiziente Kraft-Wärme-Kopplung produzieren dann die Hälfte des bei uns verbrauchten Stroms. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Umweltwirtschaft wird sich verdoppeln.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Fünftens. Für jeden - Männer und Frauen - werden sich Erwerbsarbeit, berufliche Qualifikation und Familienzeit abwechseln. In 20 Jahren wird es noch mehr freiwilliges Engagement, Eigenverantwortung und Möglichkeiten zur Selbsthilfe geben. Mithilfe großer Bürgerstiftungen engagieren sich Menschen für gemeinnützige Zwecke. Ein neuer Gesellschaftsvertrag zwischen Bürgern und Staat wird den Rahmen für eine funktionierende Bürgergesellschaft vorgeben.

Mut zu Veränderung setzt Mut zu politischer Führung voraus. Das ist es, was die Menschen von uns erwarten.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Nicht Besserwisserei und Bevormundung, sondern Orientierung braucht unser Land.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Meine **Landesregierung** setzt alles daran, diese Perspektiven Wirklichkeit werden zu lassen. Dazu suchen wir **Verbündete**. Unsere norddeutschen Nachbarn zählen ebenso dazu wie der Bund und unsere europäischen Partner.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wie sinnvoll die Zusammenarbeit im Norden ist, zeigt das aktuelle Beispiel des Großraumflugzeugs Airbus A3XX. Mit diesem Projekt können wir für die Region Hamburg und Schleswig-Holstein mehrere tausend Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]; Beifall bei den Grünen!)

Auch unser Engagement in der **Ostseeregion** ist ein strategisches Konzept, um unsere Position in der größten Boomregion der Europäischen Union zu stärken.

Deutschlands Ostseehandel hatte 1997 bereits einen Warenwert von über 92 Milliarden DM erreicht. Das ist fast das Volumen des Handels mit Japan und den USA zusammen. Wirtschaft, Gewerkschaften und weite Teile der Wissenschaft sind sich einig, dass wir hier neue Märkte vor der Haustür haben, die auch im globalen Wettbewerb bestehen können.

Bundeskanzler Schröder hat ein stärkeres deutsches Engagement im Ostseeraum angekündigt.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das wurde auch Zeit!)

Wir werden die Bundesregierung bei ihrem Vorsitz im Ostseerat ab Juli tatkräftig unterstützen.

Für die Zukunft unseres Landes und der gesamten Ostseeregion ist die Frage, wie sich Europa weiter entwickelt, entscheidend. Darum habe ich die Europapolitik und die Vertretung des Landes beim Bund in die Staatskanzlei geholt.

Die Frage „Wie geht es weiter mit Europa?“ wird immer öfter und immer lauter gestellt. **Europa** braucht handlungsfähige Institutionen, Europa muss ein gemeinsames Gesellschaftsmodell entwickeln und die Erweiterung um die Staaten Mittel- und Osteuropas muss sorgfältig vorbereitet werden. Dann kommen wir der Verwirklichung des Traums vom vereinigten Europa und dauerhaften Frieden mit unseren Nachbarn einen weiteren großen Schritt näher.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht darf ich mich gleich von Anfang an entschuldigen: die Pollen! - Europa ist die Zukunft un-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

rer Kinder und kein Thema für Populisten, die die Lufthöhe über den Stammtischen gewinnen wollen.

(Holger Astrup [SPD]: Wohl wahr!)

Deshalb werden wir verantwortungsvoll damit umgehen.

In Berlin haben wir endlich eine Bundesregierung, die den **Reformstau** in Deutschland auflöst.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ach du lieber Gott! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fragen zur künftigen Alterssicherung, zu einer bezahlbaren und gerechten Gesundheitsversorgung, zur Zukunft der Arbeit und zum Abbau der Arbeitslosigkeit, zu einer Ressourcen sparenden und kontrollierbaren Energiepolitik und zu einem investitionsfreudigen Wirtschaftsklima brauchen die richtigen Antworten. Schleswig-Holstein wird sich in diese Diskussionen einmischen und mithelfen, die Antworten so weit wie möglich im Konsens zu finden.

So wichtig uns der Blick über den Tellerrand ist, so genau müssen wir auch darauf achten, was auf unserem Teller liegt. Deshalb hat für Schleswig-Holstein die **Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs** grundsätzliche Bedeutung. Unser Motto heißt: Die Stärken eines jeden Landes müssen gleichermaßen zum eigenen und gemeinsamen Nutzen der Länder zur Geltung kommen. Wir treten für eine gerechte Lösung ein, die die Solidarität zwischen alten und neuen Ländern, zwischen Nord und Süd sichert.

Die Bundesregierung hat das größte steuerpolitische Reformpaket in der Geschichte der Bundesrepublik vorgelegt: Bis 2005 werden Arbeitnehmer, Familien und die Wirtschaft um rund 75 Milliarden DM entlastet. Einen solchen Kraftakt für mehr soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Innovation hat sich die alte schwarz-gelbe Koalition nicht zugetraut.

Natürlich hat diese Reform auch ihren Preis. Im nächsten Jahr führt die Reform der Unternehmenssteuer zu einem Minus von 485 Millionen DM in der Landeskasse unseres Landes. Gleichzeitig werden die schleswig-holsteinischen Unternehmen jedoch um diese Summe entlastet und können in neue Arbeitsplätze investieren. Bis 2005 wird der Spitzensteuersatz von jetzt 51 % auf 45 % sinken. Das sind beachtliche Erfolge und deswegen sagen wir deutlich „Ja“ zur **Steuerreform!**

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In der aktuellen Diskussion um das Gesetz setzt sich die Landesregierung für folgende Veränderungen ein:

Sie hält das Optionsmodell für zu kompliziert.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Sie schlägt außerdem vor, die Freibeträge beim Verkauf von Personengesellschaften zu erhöhen. Das gibt den Betriebsinhabern mehr Sicherheit im Alter. Der Verkauf von Aktienpaketen zwischen Kapitalgesellschaften muss auch künftig einer Steuer unterliegen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sonst würden wir Kapitalgesellschaften besser stellen als Personengesellschaften. Weil wir ein Mittelstandsland sind, können wir das gar nicht wollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Bei allem Willen und dem Wunsch, zu Entlastungen für unsere Unternehmer beizutragen, müssen wir jedoch die Belastbarkeit des **Landeshaushalts** im Auge behalten.

(Klaus Schlie [CDU]: Wohl wahr!)

Deshalb bin ich zum jetzigen Zeitpunkt gegen weitere Steuersenkungen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zur teilweisen Gegenfinanzierung für die Landeskassen halte ich außerdem eine Reform des Erbschaftsteuerrechts für unverzichtbar. Damit wird auch ein weiteres Stück sozialer Gerechtigkeit geschaffen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden in den nächsten Jahren viel in die großen Zukunftsaufgaben Arbeit, Bildung, technologische Innovation und ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit investieren. Trotzdem werden wir den Weg weitergehen, den Landeshaushalt zu konsolidieren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Weitergehen?)

Genau wie die Zukunftsaufgaben ist die Konsolidierung der Finanzen für uns und für mich eine Frage des verantwortungsvollen Umgangs mit künftigen Generationen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Wir werden den Nettokreditbedarf bis 2010 auf null bringen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das erzählen Sie jedes Mal!)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Das wird ein enormer Kraftakt. Dies umso mehr, weil 2001 und 2002 die Auswirkungen der Steuerreform auf den Landeshaushalt am dramatischsten sein werden. Unser Kreditbedarf wird deswegen in den nächsten beiden Jahren sogar noch einmal steigen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Eine ganz schöne Achterbahnfahrt!)

Die nächsten Jahre werden für das Land sehr hart. Außerhalb der Schwerpunkte dieser Regierung wird es keine Zuwächse geben. Als ersten Schritt wollen wir die Nettokreditaufnahme entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung bis 2005 deutlich und spürbar senken. In den nächsten Jahren werden wir dank der anspringenden Konjunktur wieder Steuermehreinnahmen haben. Diese werden wir insbesondere auch für die **Reduzierung des Kreditbedarfs** einsetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das allein wird nicht genügen. Aus den bereits beschlossenen und geplanten Steuerrechtsänderungen ergibt sich nachzeitigem Stand im Jahr 2001 ein **Einsparbedarf** von rund 750 Millionen DM. Ab 2002 werden es über 500 Millionen DM sein. Vom nächsten Jahr an werden wir daher an weiteren strukturellen Einschnitten in den Haushalten nicht vorbeikommen. Niemand darf sich dabei zum Anwalt von Einzelinteressen machen. Die absehbaren Proteste vor dem Landeshaus müssten wir eigentlich alle im Interesse Schleswig-Holsteins aushalten. Wir jedenfalls werden sie aushalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Kabinett hat im April bereits eine Reihe von Arbeitsaufträgen beschlossen. Sämtliche Förderprogramme werden auf ihre Effizienz und die weitere Notwendigkeit hin untersucht. Alle Politikbereiche müssen zur Schwerpunktbildung beitragen, auch durch finanzielle Einschnitte und Opfer. Die Erhöhung von Einnahmen - zum Beispiel durch den Erdölförderzins oder eine Abgabe auf die Entnahme von Oberflächenwasser - wird ebenso geprüft.

Zentrale Bedeutung haben die **Personalkosten**. Wir wollen ihren Anteil am Landeshaushalt dauerhaft unter 39 % halten. In den kommenden Jahren kann es deshalb bei den Personalbudgets keine Zuwächse geben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das freut die Polizei!)

Schließlich müssen wir auch mit den Kommunen darüber sprechen, welchen Teil sie zu diesem Kraftakt für unser Land beitragen werden. Mir liegt an einer sachlichen Diskussion um eine gerechte **Finanzverteilung**

zwischen Land und Kommunen Dazu mache ich zwei Anmerkungen.

Erstens. Das Land behandelt seine Kommunen - auch im bundesdeutschen Vergleich - gut.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für die Kommunen zeichnet sich in diesem Jahr ein Einnahmeplus aus dem kommunalen Finanzausgleich von 175 Millionen DM ab. Rund 27,4 % des Landeshaushalts fließen an die Kommunen. Das ist ein gewaltiger Anteil.

Zweitens. Unser Programm „ziel“ - Zukunft im eigenen Land - mit einem Volumen von 2,3 Milliarden DM kommt ganz wesentlich dem ländlichen Raum und den Kommunen zugute.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieses Geld investieren wir in innovative Arbeitsplätze und eine moderne Infrastruktur. Das stärkt die Wirtschaftskraft des Landes und entlastet die öffentlichen Kassen.

Die großen Zukunftsaufgaben, vor denen wir stehen, lassen sich nur gemeinsam lösen. Mit dem alten Denken „hier das Land, da die Kommunen“ bringen wir Schleswig-Holstein nicht voran. Wir arbeiten ja schließlich für dieselben Bürgerinnen und Bürger - Kommunen und Land zusammen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, unserem Land bieten sich im Zuge der Globalisierung, der politischen Einigung Europas und dem grundlegenden Wandel von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft historische einmalige Möglichkeiten. Mit unserer Politik wollen wir erröchen, dass die Menschen den wirtschaftlichen, technischen und sozialen Herausforderungen gewachsen sind. Davon hängen die Chancen eines jeden Einzelnen und der Erfolg für unser Land ab.

Bildung hat für uns oberste **Priorität**.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es genügt nicht, in den Schulen und Universitäten Wissen anzuhäufen und zu glauben, dass man aus diesem Vorrat bis zum Ruhestand schöpfen kann. Unser erster Schwerpunkt heißt deshalb „neues Lernen“. Unsere Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen müssen Wissen und Kompetenz vermitteln, die morgen für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt und für den Umweltschutz nutzbar sind.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Der sozialen Ausgrenzung setzen wir die Chance auf Bildung und Ausbildung für jeden entgegen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Ja, ja! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Alles Sprüche!)

Die Notwendigkeit zum Lernen wird die Bürgerinnen und Bürger ihr Leben lang herausfordern, den Handwerker ebenso wie die Hochschulabsolventin.

Für die Universitäten und Hochschulen im Lande ergibt sich daraus eine neue Möglichkeit, sich zu profilieren und zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Nein, leider nicht!)

In unserer Bildungspolitik stellen wir die Weichen in die Wissensgesellschaft. Zusätzlich zu den 200 Planstellen für das Schuljahr 2000/2001 werden wir in einem finanziellen Kraftakt bis zum Jahr 2005 weitere 1.000 zusätzliche Lehrerplanstellen schaffen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Was rechnen Sie da mit ein?)

Am Ende der Legislaturperiode werden über ein Viertel der Lehrerinnen und Lehrer unter 35 Jahre sein. Das bringt frischen Wind in unsere Schulen. Gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern, den Lehrkräften und Eltern startet das Kultusministerium in allen Schularten eine Qualitätsoffensive. Eine der dringendsten Aufgaben ist es hier, die Berufsfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler zu stärken, um so ihre Aussichten auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Überlange Schul- und Ausbildungszeiten sind für unsere Kinder in der internationalen Konkurrenz ein Hindernis. In Schleswig-Holstein machen wir deshalb das Abitur nach zwölf Jahren möglich.

(Beifall der Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] und Wolfgang Baasch [SPD])

Vom Schuljahr 2001/2002 an werden wir in verschiedenen Orten Modellversuche starten.

Auf dem Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft spielt der Erwerb von Medienkompetenz für alle Kinder und Jugendlichen eine zentrale Rolle. Bis zum Ende des Jahres 2001 werden wir alle schleswig-holsteinischen Schulen mit Internetanschlüssen versorgen. Unser Ziel ist es, mittelfristig in jedem Klassenzimmer zehn bis zwölf Computerarbeitsplätze einzurichten

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihr Versprechen in Gottes Ohr!)

und die Lehrer so fortbilden, dass sie damit einen modernen Unterricht gestalten können. Denn Medienkompetenz ist mehr als eine technische Fertigkeit. Genau so wichtig ist es, den Schülerinnen und Schülern zu zeigen, wie sie eigenverantwortlich mit der riesigen Vielfalt von Informationen umgehen können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Ich danke den vielen Initiativen aus der Wirtschaft, die uns dabei großzügig unterstützen,

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

den schleswig-holsteinischen Sponsoren der Aktion „Schulen ans Netz“ ebenso wie der Initiative „D21“ auf Bundesebene.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch unsere Hochschulen müssen noch stärker als bisher mit der Wirtschaft zusammenarbeiten und sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientieren. Nur ein geringer Teil der Absolventen wird je eine wissenschaftliche Laufbahn einschlagen. Das Studium muss sich auch auf die Selbstständigkeit und auf Berufe im Industrie- und Dienstleistungsbereich vorbereiten. Wir brauchen mehr Praktika, mehr Job-Börsen, mehr Partnerschaften mit Betrieben, mehr Kontakte. Unser Ziel ist es, dass sich Schleswig-Holstein als Forschungs- und Wissenschaftsstandort im internationalen Wettbewerb weiter behauptet.

Einige Schwerpunkte und ein unverwechselbares Profil der Hochschulen, darauf kommt es in Zukunft also an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um die Position Schleswig-Holsteins im internationalen Wettbewerb geht es auch im zweiten Schwerpunkt für die aktuelle Legislaturperiode: Schleswig-Holstein als Hightech- und Gründerland. Unter diesem Motto steht unsere **Wirtschafts- und Strukturpolitik**. Dabei wollen wir in den Zukunftstechnologien in der ersten Liga mitspielen.

Immer entscheidender wird, wie wir Wirtschafts- und Bildungspolitik miteinander verzahnen. Ein Beispiel für unsere Verbindung von Technologie und Qualifizierungspolitik wird der Multimedia-Campus sein. Im Juli wird die Entscheidung fallen, wo der Campus gebaut werden soll. Das Interesse an diesem Projekt ist enorm; viele Städte wetteifern darum, Standort dafür zu werden. Die Wirtschaft bietet Sponsoring an und nimmt direkt an der Diskussion des Konzeptes teil.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist ein Teil der Philosophie dieses Projektes. Neue Kooperationen und interessante Ideen sind jetzt schon auf diese Art und Weise entstanden. Dies alles wollen wir für unsere **Technologiepolitik** nutzen.

Der Campus wird ein Kristallisationspunkt für die junge und leistungsfähige Multimedia- und Internet-Wirtschaft im Lande sein. Dazu gehört zum einen ein Gründerzentrum für neue Betriebe aus den Zukunftsbranchen. Zum anderen sollen Fach- und Führungskräfte ausgebildet werden, die in der Informations und Kommunikationstechnik und in den digitalen Medien gebraucht werden.

Meine Landesregierung versteht den **IT- und Multi-Mediasektor** und seine Anwendung als einen Baustein zum Erfolg unserer Wirtschaft im 21. Jahrhundert.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will, dass Schleswig-Holstein seine Chancen im Internet nutzt und nutzen kann.

Auch die Verwaltung soll die neuen Medien noch stärker als bisher aktiv nutzen. Wir werden uns bei allen Kommunen dafür stark machen, dass bis zum Jahre 2005 alle Vordrucke und Formulare im Internet abrufbar sein werden. Die Bürgerinnen und Bürger können dann Online mit dem Finanzamt oder dem Einwohnermeldeamt kommunizieren. Bürgerfreundliche und dienstleistungsorientierte Behörden werden dann mehr als ein Schlagwort sein. Die neuen Informationstechnologien eröffnen auch für die ländliche Räume völlig neue Perspektiven. Hightech und ländliche Räume - das ist kein Widerspruch, sondern eine Entwicklungsformel für die Zukunft.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Und wo kommt dann die Milch her?)

Wir werden diese Entwicklung mit unserem Programm „Zukunft auf dem Land“ weiter unterstützen. Über Jahre hinweg haben wir in Schleswig-Holstein konsequent den Ausbau einer leistungsstarken technologischen Infrastruktur vorangetrieben, zum Beispiel durch unser landesweites Netz von elf Technologie und Gründerzentren. Dies werden wir gezielt fortsetzen, wo immer neue Weichenstellungen in die Zukunft notwendig sind. Wir werden sie vornehmen oder dabei behilflich sein.

Die Biotechnologie ist eine solche wichtige Zukunftsoption. Wir wollen diese Option verantwortungsbewusst wahrnehmen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das ist höchste Zeit!)

An den Standorten Kiel, Lübeck und Borstel werden wir die biotechnischen Forschungsschwerpunkte ausbauen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das ist bisher sehr schlapp gewesen!)

Diese Zentren werden kommerzielle Aus- und Neugründungen so lange begleiten, bis sie auf eigenen Füßen stehen können.

Zwischen der Biotechnologie und zwei anderen Sphären, in denen Schleswig-Holstein heute bereits sehr stark ist, gibt es übrigens viele Kooperationsmöglichkeiten, aus denen sich neue Systeme und Produkte entwickeln lassen. Ich meine zum Beispiel die Medizintechnik, die mit anderen Mitteln an den Problemen arbeitet und die Meerestechnik, die mit der maritimen Biotechnologie kooperiert. Dieser Dreiklang aus Bio, Medizin- und Meerestechnik sorgt für Wachstum und Beschäftigung auf enorm aussichtsreichen Zukunftsmärkten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, **Schleswig-Holstein** ist zu einem sehr erfolgreichen **Gründerland** geworden. Darauf könnten wir eigentlich stolz sein.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Allein von 1997 bis 1999 wurden in Schleswig-Holstein jährlich rund 7.000 Betriebe gegründet. Das bedeutet bundesweit Platz zwei für unser Land. Jeder dieser Betriebe bringt neue Arbeitsplätze.

Trotz des positiven Trends auf dem Arbeitsmarkt, bleibt die Arbeitslosigkeit auf absehbare Zeit leider das dringendste Problem unserer Gesellschaft. Der dritte Schwerpunkt meiner Landesregierung heißt deshalb: Schleswig-Holstein bietet Arbeit. Die sechs führenden Konjunkturforschungsinstitute prognostizieren in ihrem Frühjahrsgutachten für dieses und nächstes Jahr ein Wirtschaftswachstum von 2,8%. Allein durch diesen **Konjunkturschub** wird die Arbeitslosigkeit bundesweit bis Ende 2001 um 600.000 sinken. Auch für Schleswig-Holstein können wir zuversichtlich sein. In den vergangenen zehn Jahren sind 60.000 neue Arbeitsplätze entstanden und der Trend hält an. Ende dieses Jahres dürfte die Arbeitslosenzahl um rund 15.000 niedriger liegen als Ende 1999. Aber wir verlassen uns nicht nur auf die Konjunktur. Vom aktuellen Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein 2000“ werden 70.000 Schleswig-Holsteinerinnen und

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Schleswig-Holsteiner profitieren. Das sind so viele wie nie zuvor.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wer Hilfe braucht, kann sich auf uns verlassen. Aber es gilt auch: Wer kann, muss ran. Wer eine zumutbare Arbeit verweigert, kann nicht erwarten, dass die Solidargemeinschaft für immer für ihn einsteht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dieser Ansatz wird im **Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“** von Gemeinden, Arbeitsverwaltung und dem Land schon lange erfolgreich praktiziert. Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe müssen endlich in einem System zusammengeführt werden. Es macht wirklich keinen Sinn mehr, getrennte Hilfesysteme beizubehalten, die zu einem großen Teil dieselbe Zielgruppe haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Subventionierung von Lohn durch Sozialleistungen muss erleichtert werden. Wer eine Arbeit im Niedriglohnbereich annimmt, muss am Ende des Monats mehr Geld im Portemonnaie haben als jemand, der von Sozialhilfe lebt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Darüber hinaus brauchen wir die Möglichkeit, Job-Rotations-Modelle einzusetzen, wie Dänemark es uns schon vorgemacht hat. Dort werden Arbeitnehmer fortgebildet und gleichzeitig an ihren Arbeitsplätzen Arbeitslose im Job qualifiziert. Hier ist der Bundesgesetzgeber gefordert. Er muss die Weiterbildungs- und Freistellungsregeln anpassen und den Lebensunterhalt der Teilnehmer sichern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um das zu beschleunigen, wird meine Landesregierung eine Bundesratsinitiative einbringen.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Die Konjunktur, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und eine Flexibilisierung starrer Vorschriften sind für uns die Schlüssel, um es bis zum Ende der Legislaturperiode zu schaffen, dass möglichst kein Arbeitsuchender länger als sechs Monate arbeitslos ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich appelliere deswegen an Arbeitsämter, Kommunen, Kammern, Gewerkschaften, Arbeitgeber und den Bund, mit uns gemeinsam für dieses Ziel zu arbeiten.

Die „Kieler Runde“ war jahrelang bei Themen wie Arbeitslosigkeit und Zukunft der Arbeit sehr hilfreich und auch sehr ideenreich. Diese gemeinsame Beratung werden wir fortsetzen. Dass Zusammenarbeit lohnt, stellt unser **Bündnis für Ausbildung** eindrucksvoll unter Beweis. Für das Jahr 2000 haben wir uns vorgenommen, die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge noch einmal auf dann 20.500 zu steigern.

Es ist in erster Linie das Verdienst unserer Betriebe, der Kammern und der Gewerkschaften, dass Schleswig-Holstein bei der Ausbildung bundesweit einen Spitzenplatz einnimmt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir können allen jungen Menschen, die es wollen, einen Ausbildungsplatz anbieten. Das ist die wichtigste Voraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben.

Schleswig-Holstein gilt zu Recht als ein Standort der kurzen Wege, der schnellen Entscheidungen und der Genehmigungsverfahren. Noch mehr Service für unsere Unternehmen soll zukünftig ein **Communication Center** leisten. Es bietet alle wichtigen Informationen schon im ersten Anlauf und Beratung aus einer Hand. Auch das ist zukunftsorientierte Standortpolitik. Dabei werden wir weiter den in Schwierigkeiten geratenen Betrieben mit unserem Risikofonds unter die Arme greifen, wenn sie eine wirtschaftliche Perspektive haben und Arbeitsplätze gerettet werden können. Auf dieses Instrument einer aktiven Wirtschaftspolitik werden wir nicht verzichten, um den Standort Schleswig-Holstein noch interessanter und erfolgreicher zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne eine leistungsfähige **Verkehrsinfrastruktur** würden alle diese Anstrengungen kaum Früchte tragen. Wir können Unternehmen nur für Schleswig-Holstein gewinnen, wenn sie bei uns auch erreichbar sind und ihre Märkte schnell erreichen können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dabei ist für mich die Autobahn A 20 mit fester Elbquerung westlich von Hamburg ein Schlüsselprojekt.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Wir bauen die A 20 weiter als Anbindung nach Osten und Westen, als strukturellen Impuls für die Westküste und als Bypass für das Nadelöhr Hamburg.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

Die A 20 ist ein Bundesprojekt der deutschen Einheit. Der Bund muss die Finanzierung organisieren. Wir arbeiten eng mit Hamburg und Niedersachsen zusammen, um die Erschließungs- und Entwicklungsachse für ganz Norddeutschland noch in diesem Jahrzehnt komplett zu realisieren.

Die feste Fehmarnbelt-Querung ist der andere Schlüssel zu einer optimalen Einbindung Schleswig-Holsteins in die ökonomische Dynamik des Ostseeraums. Die Landesregierung bekräftigt ihre Haltung, dass dieses Projekt europäischer Dimensionen möglichst schnell realisiert werden soll, und zwar mit privatem Kapital.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bravo!)

Hier kann die Wirtschaft zeigen, wie wichtig ihr dieses strategische Verkehrsprojekt ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass die positive Entscheidung für die Fehmarnbelt-Querung rechtzeitig bis zur Vorlage des neuen Bundesverkehrswegeplans getroffen wird. Dabei werden die vereinbarten ergänzenden Untersuchungen einschließlich eines optimierten Fährschiffkonzeptes berücksichtigt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Moderne Wirtschafts- und Verkehrspolitik setzt auf ein Mix aus Straße und Schiene ebenso wie auf Individual- und öffentlichen Verkehr. Schleswig-Holstein soll Vorreiter eines zeitgemäßen und bedarfsgerechten **öffentlichen Personennahverkehrs** werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört, dass die Bahn auch in Zukunft attraktive Fernverbindungen in die schleswig-holsteinischen Zentren aufrecht erhält. Wir erwarten wirklich, dass die Bahn ihre Zusagen einhält und gemeinsam mit dem Land ein strategisches Konzept für den Schienenverkehr in Schleswig-Holstein vorlegt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg - Lübeck/Travemünde ist das zentrale Vorhaben zur Ver-

besserung des Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein. Damit kann unser Land dem wachsenden Skandinavienverkehr umweltverträglich begegnen, und wir helfen, die Schiene gegenüber der Straße zur interessanteren Alternative für Menschen und Güter zu machen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie denn?)

Erfolgreiche Wirtschafts- und Standortpolitik muss ein Gespür für neue Märkte und Berufsfelder entwickeln, um frühzeitig die richtigen Weichen stellen zu können. Neben den Informations- und Kommunikationstechnologien wird unserer festen Überzeugung nach die **Gesundheit** zum wichtigsten **Zukunftsmarkt** werden. Wirtschaftswissenschaftler sprechen jetzt schon von der Wachstumslokomotive des 21. Jahrhunderts. Ein erweiterter Gesundheitsmarkt birgt für Schleswig-Holstein ein großes Potential an Arbeitsplätzen und Beschäftigung.

(Zuruf von der CDU)

Die Spannbreite reicht von Dienstleistungen in der Gastronomie und Bildungsangeboten an den Volkshochschulen, über hoch qualifizierte medizinische und technische Berufe in den Kurbetrieben bis hin zu Hightech-Arbeitsplätzen in unseren medizinischen Unternehmen. Wir wollen diesen viel versprechenden Markt nutzen. Der Ausbau Schleswig-Holsteins zu einer hochkarätigen Adresse für Wellness und Gesundheit ist deshalb der vierte Schwerpunkt meiner Regierung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen allerdings in diesem Zusammenhang den Begriff Gesundheit viel weiter fassen als bisher. Er bedeutet mehr als das Heilen oder Vorbeugen von Krankheiten. Fitness, Sport, Wellness, Freizeit, Erholung und gesunde Ernährung gehören dazu.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Das alles hat in unserer Gesellschaft einen hohen und noch steigenden Stellenwert. Viele Menschen sind bereit, in Gesundheit und Wohlbefinden Zeit und Geld zu investieren, und immer mehr können und wollen sich das auch leisten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das dürfen sie doch nicht!)

Schleswig-Holstein hat hervorragende Aussichten, auf diesem Markt eine wichtige Rolle zu spielen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch nicht Ihr Ernst!)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Warum zum Beispiel sollten die Norweger weiter für Kuren und Operationen nach Großbritannien fahren, wie sie es heute tun, anstatt zu uns zu uns nach Schleswig-Holstein zu kommen?

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Heute entscheidet sich auch, welche Position unser Land auf diesem Wachstumsmarkt hat: Vorreiter oder Mitläufer. - Die Antwort ist klar: Schleswig-Holstein muss Vorreiter sein.

(Beifall bei SPD und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist die Rede von Günther Jansen von 1988!)

Sanfter Tourismus und naturverträgliche Freizeit- und Sportangebote sind unsere Stärke. Ein verbesserter Buchungsservice, spezielle Pakete für Kultur- oder Aktivurlaub, Kur- und Badetourismus können die Attraktivität weiter steigern.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier bieten sich auch den ländlichen Räumen beste Chancen.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Darauf muss die Tourismuswirtschaft schnell und für die Zukunft mit einer guten Antwort reagieren.

In Lübeck gibt es bereits erste Ansätze, Stärken in der Medizintechnik zu bündeln. Mit einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit kann unsere Region auf dem Weltmarkt eine hervorragende Position erringen.

Zum Wohlfühlen gehört auch gesunde Ernährung. Der Markt für regionale Produkte und für Bioprodukte wächst. Diese Entwicklung sollten und wollen wir nutzen. Deshalb hat die Landesregierung die Gründung eines Ökovermarktungsfonds initiiert, den die Verbände des ökologischen Landbaus tragen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In den kommenden Jahren wollen wir alle diese Kompetenzen in einem Gesamtkonzept bündeln. Dafür geben wir eine Studie in Auftrag, deren Ergebnisse im Herbst 2000 auf einem Workshop präsentiert werden sollen. Das Ziel ist es, die Möglichkeiten Schleswig-Holsteins als Wellness- und Gesundheitsstandort auszuloten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein jedenfalls hat sowohl die Infrastruktur als auch die Kompetenz, um sich auf diesem

Markt zu behaupten. Ich möchte, dass wir diese Chance nutzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ein Markt, dem ähnlich gute Wachstumsaussichten vorhergesagt werden, ist der **Umweltmarkt**. Weltweit arbeiten heute schon mehr Menschen in diesem Sektor als in der Autoindustrie. Die Nachfrage nach intelligenten Verfahren zur Ver- und Entsorgung, zur Energiegewinnung und -einsparung, zum Wasserschutz wächst stetig. Schleswig-Holstein ist auf dem Umweltmarkt stark vertreten. Schon deshalb sind wir gegen eine Pause in der Umweltpolitik. Auf den Standortvorteil Umweltschutz konzentrieren wir uns im fünften Schwerpunkt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir wollen den Bedürfnissen der heute lebenden Menschen gerecht werden, ohne die Lebenschancen künftiger Generationen zu gefährden. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt meine Regierung die Agenda21 um, indem sie eine Nachhaltigkeitsstrategie für Schleswig-Holstein erarbeitet. Dabei gehen wir über unsere Landesgrenzen hinaus und arbeiten mit den Partnern in der Ostseeregion zusammen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Gut!)

Der Ostseeraum kann mit der Initiative „Baltic 21“ zu einer Modellregion der Nachhaltigkeit werden. Auf diesem Weg sind wir ein gutes Stück vorangekommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch seine geographische Lage zwischen zwei Meeren hat unser Land beste Voraussetzungen, um beim Klimaschutz und einer zukunftsicheren Energiepolitik eine wichtige Rolle zu spielen. Bei uns soll der Strom nicht bunt, sondern vor allem sauber sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben den stürmischen Aufschwung der Wirtschaft in den vergangenen Jahren intelligent genutzt. Noch im Juni werden wir die 1.000-MW-Grenze überspringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Vergleich: Das Atomkraftwerk Brunsbüttel verfügt nur über 846 MW Leistung. Dieses Beispiel zeigt,

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

dass regenerative Energien eine vernünftige Alternative sind. Der Atomausstieg ist machbar.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dazu gehört aber auch, dass die Fragen der End- und Zwischenlagerung zu regeln sind. Bund, Länder und Energiewirtschaft müssen einen Weg finden, um eine überzeugende Gesamtlösung zu beschließen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die armen Investoren!)

Für die Landesregierung ist der Ausbau der Windenergie auch Struktur- und Mittelstandspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Windenergie hat bisher Arbeitsplätze für rund 1.500 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner geschaffen. Sie ist Wertschöpfung im eigenen Land. Bis heute wurden rund 2,5 Milliarden DM investiert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Hier wollen wir nicht stehen bleiben. Verschiedene private Investoren planen Offshore-Anlagen in der Nord- und Ostsee, unter anderem einen Windpark mit 500 MW vor Helgoland. Solche Großanlagen auf See sind ein internationales Schaufenster für Windenergie-Technik made in Schleswig-Holstein. Bei den anstehenden Genehmigungsverfahren für die Offshore-Anlagen werden wir die Naturschutzverbände und die Bürgerinnen und Bürger an der Küste frühzeitig beteiligen und alle Auswirkungen auf Fauna und Flora sorgfältig prüfen.

(Beifall der Abgeordnete Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir dürfen aber unsere Chancen nicht gleichzeitig vergeben, indem wir uns selber Denkblockaden verordnen, vor denen wir dann kapitulieren.

(Beifall bei SPD, F.D.P. und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bravo!)

Die Nutzung sanfter Energien hilft, den Fortbestand unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Das muss unser oberstes Ziel sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen die wichtigsten Aspekte meiner **Regierungsarbeit** für die nächsten fünf Jahre und darüber hinaus vorgestellt. Wir wollen dieses Land weiter voranbringen. Wir handeln heute, weil wir an morgen denken.

Dafür setzen wir deutliche **Prioritäten** und investieren in die richtigen politischen Schwerpunkte. Unsere

Ziele erreichen wir durch mutiges Sparen an anderen Stellen. Wir bauen Schulden ab, damit auch unsere Kinder morgen noch Chancen haben, Zukunft zu gestalten.

Wir sehen den Wandel von der Industrie in die Wissensgesellschaft als riesige Chance für unser Land und nicht als Bedrohung an. Wissen ist der Rohstoff für die Zukunft. Mit unserem Konzept „Neues Lernen“ wollen wir Bildung und Ausbildung in Schleswig-Holstein optimieren. Investitionen in die Zukunftstechnologien von Multimedia bis zur Umwelttechnik und eine leistungsfähige Infrastruktur sind für uns weitere Schlüsselfaktoren, um Schleswig-Holstein als Hightech- und Gründerland zu positionieren.

Umweltschutz ist ein Standortvorteil, den wir aktiv nutzen und für den wir werben können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir setzen uns dafür ein, dass unser Land ein Vorreiter auf dem lukrativen Wellness- und Gesundheitsmarkt wird. Für eine optimale Ausgangsposition wollen wir alle unsere Stärken zusammenführen, sie bündeln und für die Zukunft einsetzen. Für uns hat der wichtigste Wunsch unserer Bürgerinnen und Bürger oberste Priorität: mehr und sichere Arbeitsplätze!

Für eine aktive und erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik werden wir neue Wege beschreiten, auch solche, an denen wir heute noch arbeiten müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Welt verändert sich gewaltig. Der Übergang von der Industrie- in die Wissensgesellschaft ist für manche bedrohlich, weil er Opfer fordert und weil er für uns alle Umbrüche bringt. Andere sehen darin eine Chance. Ohne Maßstäbe und ohne gemeinsame Werte kann ein solcher gewaltiger Wandel allerdings nicht gut gehen. Elternhaus und Schule, Vereine, Medien und Politik müssen gerade in einer solchen gesellschaftlichen Situation Orientierung bieten. Was ich beschrieben habe, wird nicht in fünf Jahren zu schaffen sein. Schon gar nicht kann dies allein der Staat bewältigen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das gelingt nur im Dialog mit unseren Partnern, in Unternehmen und Gewerkschaften, in Wissenschaft und Kultur, bei Kommunen und Verbänden und mit Ihnen im Parlament.

Ich möchte erreichen, dass Schleswig-Holstein einmal Vorreiter ist für eine Bürgergesellschaft, in der noch mehr Menschen als bisher Verantwortung für dieses

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Gemeinwesen übernehmen, ohne zuerst zu fragen:
Was kriege ich dafür?

(Beifall bei der SPD)

Meine Bitte an Sie lautet also: Machen Sie mit!
Schleswig-Holsteins Zukunft liegt in vielen Händen. -
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Langanhaltender Beifall bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall beim
SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Offensichtlich lässt die Sehkraft nach, meine Damen
und Herren. Nachdem sie sich Gott sei Dank wieder
eingestellt hat, sehe ich, dass ich noch eine Begrüßung
vorzunehmen habe. Bevor ich weiter das Wort erteile,
begrüße ich in der Loge den Leiter des Hanse-Office,
Herrn Franz Froschmaier. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ihr Besuch, Herr Froschmaier, ist nicht zuletzt auch
Ausdruck der guten Kooperation zwischen Ihnen,
Ihrem Büro und unserem Parlament.

Ich erteile jetzt dem Herrn Oppositionsführer das
Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Mini-
sterpräsidentin! Dünn wie immer! Eine freundlichere
Formulierung fällt mir wirklich nicht zur Charakteri-
sierung Ihrer **Regierungserklärung** ein.

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] und Dr.
Heiner Garg [F.D.P.]

Uns wäre es natürlich lieber gewesen, wir hätten heute
unsere Regierungserklärung abgeben können.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich bin sicher, dies hätte für unser Land Aufbruch
bedeutet.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ihre Regierungserklärung, Frau Simonis, ist nichts als
ein schlichtes „Weiter so!“ Keine Spur von Aufbruch!
Keine neuen Ideen! Keine wirklichen Visionen, die
unser Land voranbringen könnten! Die Web-Maschine
Ihrer Regierung produziert weiterhin stur das alte
Muster: einmal Pepita, immer Pepita!

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Dr. Ekkehard
Klug [F.D.P.]

Dass die Minister Walter, Wienholtz, Bülek wie zuvor
auch schon Peer Steinbrück keine Lust mehr hatten, an
diesem Muster mitzuwirken, kann ich wirklich gut
verstehen.

(Heinz Maurus [CDU]: Ich auch!)

Eigentlich gaben Sie Ihnen, Frau Simonis, den Lauf-
pass. Dazu, dass Sie selbst bis in die letzten Tage des
Wahlkampfes hinein den Eindruck vermittelt hatten,
Ihre alte Mannschaft sei auch Ihre neue, kann man im
Nachhinein nur sagen: peinlich!

(Zuruf von der SPD)

Das beweist, dass kein Vertrauen und kein gutes Kl-
ma im alten **Kabinett** herrschten. Wenn aber Frau
Simonis von dem Weggang vorher wusste, dann gab es
hier einen Betrug an den Wählerinnen und Wählern.
Das wäre - so finde ich - eine unglaubliche Wählertäu-
schung!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Ihr Koalitionspartner, Frau Simonis, ist da keinen Deut
besser. Eiskalt werden Herr Steenblock und Frau Birk
abserviert.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dass auch Frau Fröhlich als Fraktionsvorsitzende
gehen musste, passt aber in das Bild einer Partei, der -
einmal an der Macht - Posten- und Machterhalt offe-
nbar wichtiger sind als Inhalte.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Aber, Frau Simonis, dass Sie nunmehr Ihre Chance zu
einem Neubeginn wirklich nutzen, befürchten ja nicht
einmal Ihre Parteigenossen, wenn ich höre, was der
Kieler Oberbürgermeister sagt. Denn nicht zufällig
forderte er am letzten Sonntag in einem „dpa“-
Gespräch schnellere Entscheidungen und kürzere Ent-
scheidungswege auf allen Ebenen.

(Zuruf von der SPD: In Kiel? - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: In Kiel oder anderswo!)

- Darauf kommen wir noch zu sprechen. Wen, wenn
nicht Ihre Regierung, wird er wohl gemeint haben,
wenn er sagt, Politik dürfe nicht dazu führen, dass
Verantwortung auf Beauftragte abgewälzt wird, die
hier und da mitreden, blockieren, versagen und ver-
schieben?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Martin Kayenburg)

Frau Simonis, so haben wir Ihre Führungsunfähigkeit immer eingeschätzt und genauso sieht offenbar auch die Beurteilung durch Ihre eigenen Genossen aus. Regieren heißt nämlich entscheiden, und die Entscheidungen, die für unser Land notwendig sind, werden wir von Ihnen, Frau Simonis, auch in dieser Legislaturperiode abfordern.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommen die Visionen!)

Sie haben die Mehrheit in diesem Hause, um Entscheidungen zu treffen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

und nicht, um herumzulavieren und zu verschleppen wie in der Vergangenheit.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Ich habe mir zur Vorbereitung auf den heutigen Tag einmal angesehen, was Sie, Frau Simonis, 1996 in Ihrer Regierungserklärung angekündigt und versprochen haben. Ich habe auch nachgelesen, was Herr Dr. Hennig Ihnen damals geantwortet hat. Die Lektüre macht überdeutlich, dass Sie in der vergangenen Legislaturperiode nicht ein einziges der wichtigen Probleme des Landes wirklich gelöst haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Sie haben 1996 den Abbau der **Neuverschuldung** auf 800 Millionen DM angekündigt. Wir liegen heute bei einer Neuverschuldung von 1,3 Milliarden DM, also eine halbe Milliarde DM höher als Ihre Zielprognose. Genau dies hat Ihnen Herr Dr. Hennig vorausgesagt: „Den Abbau der Neuverschuldung auf 800 Millionen DM werden Sie mit dieser Politik nie erreichen.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ich sage Ihnen heute: Sie haben ein grundlegendes Versprechen Ihrer Regierungserklärung von 1996 wegen Ihrer falschen Finanzpolitik nicht gehalten. Deshalb müssen Sie es sich gefallen lassen, dass wir auch Ihren heutigen Ankündigungen nicht glauben, dass Sie die Nettoneuverschuldung bis 2010 etwa auf null bringen wollen. In diesem Zusammenhang und weil es um Finanzpolitik geht, will ich hier kurz auf die unglaubliche - um das einmal vorsichtig zu formulieren - und ein Stück weit hinterhältige Presse des Herrn Finanzministers von gestern eingehen,

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

mit der er zu suggerieren versuchte, wir hätten beim **Immobiliendeal** die falschen Vorstellungen gehabt. Herr Minister, für wie dumm halten Sie eigentlich die Journalisten, die Ihre Äußerungen und das, was das Bundesverfassungsgericht uns mitgeteilt hat, kommentieren? Für wie dumm halten Sie eigentlich die Bevölkerung, dass sie nicht in der Lage ist zu lesen?

„Dem Anliegen der Antragsteller“

- nämlich von F.D.P. und CDU -

„wurde durch Beschluss des Senats vom 17. September über den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung entsprochen.“

Wir haben diese einstweilige Verfügung bekommen. Weiter heißt es:

„Der Gesetzgeber“

- nämlich Sie -

„hat durch Aufhebung des beanstandeten Gesetzes ex ante dem Beschluss des Senats Rechnung getragen und ist darüber hinausgegangen.“

Sie haben eine glatte Bauchlandung gemacht. Sie haben versagt. Sie haben die Öffentlichkeit belogen, Herr Minister!

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Frau Simonis, Sie haben heute wie 1996 kein wirkliches Konzept zur Haushaltssanierung!

(Zuruf von der SPD)

Der Präsident des Landesrechnungshofs hatte sich mit der grundsätzlichen Kritik an Ihrer Finanzpolitik am letzten Freitag ja zurückgehalten und dabei die Hoffnung geäußert, dass Sie in Ihrer heutigen Regierungserklärung zur Haushaltssanierung zielweisende Äußerungen machen würden.

(Klaus Schlie [CDU]: Da hat er sich geirrt!)

Ich befürchte, der Präsident des Landesrechnungshofs ist genauso enttäuscht wie wir auch.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

So wird das nichts! Sie können doch nur hoffen, dass Sie aufgrund der anziehenden Konjunktur oder gegebenenfalls mithilfe der einen oder anderen Millionen aus dem Bundeshaushalt aus der Klemme herauskommen. Aber ein ernsthafter Wille zur Sparsamkeit ist jedenfalls für uns nicht erkennbar.

Weil Sie diesen Willen zur Sparsamkeit nicht haben, drücken Sie sich auch vor konkreten Erklärungen zum Haushalt. Es gehört meiner Meinung nach schon ein

(Martin Kayenburg)

Stück Dreistigkeit dazu, angesichts Ihrer finanzpolitischen Leistungen seit 1988 in den neuen Koalitionsvertrag hineinzuschreiben:

„Wir müssen in die Zukunft unseres Landes investieren, um die Zukunftschancen seiner Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Wir müssen zugleich sparen, um unseren Kindern künftige Gestaltungsspielräume nicht zu verbauen. Deshalb wollen wir die Nettoneuverschuldung bis 2005 deutlich senken. Wir dürfen nicht die Last erleichtern, indem wir sie als Schulden in die Zukunft verschieben.“

(Beifall bei der SPD)

„Das Prinzip der Nachhaltigkeit gilt auch und gerade in der Finanzpolitik.“

Da kann ich nur sagen: Wie wahr, wie wahr! Nur findet sich null Ansatz dafür, dass dieses Ziel auch mit Ihrer Haushaltspolitik realisiert werden soll.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie einen konkreten Sparvorschlag!)

Heute soll uns sogar weisgemacht werden, dass bis 2010 die Nettoneuverschuldung auf null heruntergefahren werden soll. Was soll eigentlich der Bürger von solchen Versprechungen halten angesichts des offensichtlichen Wortbruchs aus der letzten Legislaturperiode?

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Jetzt zu Ihren Konzepten! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sparvorschläge!)

In Wahrheit ist diese Regierung zu einem echten Konsolidierungskurs überhaupt nicht bereit, vielleicht aber auch nicht fähig. Konsolidierung heißt nämlich, konsumtive Ausgaben zurückzufahren, Investitionsausgaben und Ausgaben mit Blick auf die Zukunft zu erhöhen. Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit sind die Ziele. Sie gehen genau den entgegengesetzten Weg. Sie haben stets die konsumtiven Ausgaben erhöht und die Investitionen haben Sie auf einen Stand heruntergefahren, der geradezu blamabel ist: Eine **Investitionsquote** von 10 % gegenüber 20 % zuzeiten von Gerhard Stoltenberg!

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden ja in diesem Jahr vielleicht noch erfahren, wo Sie konsumtive Ausgaben zurückfahren wollen. Da bin ich schon auf die Vorschläge des Kollegen Hay gespannt, der ja zumindest angekündigt hat, dass da etwas passieren soll. Nur, wir sind nicht dazu da, der

Regierung die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Kommen Sie mit Vorschlägen! Wir werden diese Vorschläge prüfen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir prüfen die Vorschläge und werden dann, wenn es dem Wohl unseres Landes dient, auch zustimmen. Aber nehmen Sie sich bitte auch zu Herzen, dass - wie die Ministerpräsidentin gesagt hat - nicht alles, was wünschenswert ist, auch finanziert werden kann. Das bedeutet, sich ein Stück weit von Klientelpolitik zu verabschieden.

Sie sind in Ihrer Politik bis heute eben nicht konsequent. Sie haben keinen Mut zum Neuanfang. Es gibt selten eine zweite oder eine dritte Chance im Leben, Frau Simonis, und ich kann Sie nur bitten, nachdem der Wähler aufgrund der Parteispendenaffäre dafür gesorgt hat, dass Sie wieder auf dieser Regierungsbank sitzen, die Chancen für unser Land, die Sie dadurch erhalten haben, nicht zu verspielen, sondern für unser Land eine angemessene Haushaltspolitik zu betreiben.

Ich möchte aber - auch das sage ich sehr deutlich - vergossenem Wein nicht nachtrauern. Wir akzeptieren unsere Rolle als größte Oppositionsfraktion in diesem Hause und nehmen sie an.

(Beifall der SPD)

Wir werden Ihre Politik mit konstruktiver Kritik begleiten. Wir sind aber nicht dazu da, Ihnen Beifall zu geben, wenn Sie dabei sind, die Zukunft unseres Landes zu verspielen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Eine letzte Bemerkung, Frau Simonis!

(Konrad Nabel [SPD]: Endlich!)

Wenn wir oder auch andere Ihre Politik kritisieren, reden wir nicht das Land schlecht; nehmen Sie dies bitte einmal - und endgültig - zur Kenntnis. Majestätsbeleidigung gibt es Gott sei Dank in der Demokratie nicht. Deshalb sollten Sie unsere Kritik in Zukunft ernst nehmen und nicht mit billiger Polemik abbügeln. Am Ende - dazu verweise ich nur einmal auf Ihre Ausführungen zur Bildungspolitik - übernehmen Sie ja doch unsere Vorschläge!

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Warum können wir dann nicht gleich miteinander diskutieren?

Jetzt will ich Ihnen aber doch an einigen Beispielen verdeutlichen, wo Sie die Zukunft unseres Landes verspielen und verschleppen.

(Martin Kayenburg)

A 20! Schon in der Debatte über den Koalitionsvertrag 1996 haben wir Ihnen in diesem Punkt Verzögerungspolitik vorgeworfen, und dies zu Recht; bis heute sind Sie mit der A 20 nur geringfügig weiter gekommen als vor vier Jahren. Das gilt auch für die Planungen.

Bei der festen Elbquerung westlich von Hamburg verschieben Sie die Entscheidung immer weiter. Solange nicht gehandelt wird, nützen auch die Beteuerungen Ihrer jeweiligen Verkehrsminister überhaupt nichts.

(Beifall bei der CDU)

An Ihren Taten werden wir Sie messen. Da ist mir nun in Ihrer Regierungserklärung aufgefallen - ich bedanke mich übrigens dafür, dass sie uns schon gestern Abend zugegangen ist -, dass bei der A 20 das einzige Mal die Formulierung gewählt worden ist: „Für mich ist die A 20 ein Schlüsselprojekt“; an jeder anderen Stelle reden Sie von „wir“, von „Regierung“ oder von „Parteien“. Hier formulieren Sie - und das muss man doch einmal hinterfragen -: „Für mich ist die A 20 ein Schlüsselprojekt“.

(Lothar Hay [SPD]: Auch für uns, insgesamt!)

Offenbar laufen Ihnen bei diesem Vorhaben Ihre Koalitionspartner oder die Truppen auch schon wieder weg.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zweites Beispiel: A 7! Im Koalitionsvertrag finden wir jedenfalls keine Zeile über den sechsspürigen Ausbau der A 7 - übrigens auch nicht in Ihrer Regierungserklärung - und Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan scheinen Sie ja überhaupt nicht berücksichtigen zu wollen.

Sie wollen Wellness, Sie wollen Tourismus - aber Schleswig-Holstein und seine Gäste werden im Stau stecken und für die LKWs entwickeln Sie einen Dauerparkplatz von Bordesholm bis nach Hamburg, Frau Ministerpräsidentin!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dabei sind Ihnen dann die volkswirtschaftlichen, aber auch die ökologischen Kosten völlig gleichgültig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wellness auf der Autobahn - ein völlig neues Konzept! - Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Die **Fehmarnbelt-Querung** ist der dritte Punkt einer verschleppten Politik. Offenbar sollte das ja im Wahlkampf der verkehrspolitische Knüller werden, aber Sie haben nichts als verbalen Beton verbaut. Nach den neuesten Äußerungen des Bundesverkehrsministers

sind Sie diesem Projekt in Wahrheit keinen Schritt näher gekommen. Deswegen rufen Sie jetzt ja auch Hilfe suchend nach der Wirtschaft. Ich kann Ihnen sagen: Die wird Ihnen helfen, aber da fehlt es an Ihrer Politik. Für Sie ist es allerdings völlig ungefährlich, virtuellen Beton bei Straßen, Brücken, Tunneln oder wo auch immer zu verbauen. Das liegt weit weg von der Realität. Sie müssen dann jedenfalls nicht damit rechnen, dass die eigenen Minister beim ersten Spatstich auf der Seite der Demonstranten stehen, wo Teile der Grünen übrigens heute noch stehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich sehe nur Alsen-Zement!)

Zum **Schienenverkehr!** In diesen Tagen erfahren wir durch die Presse, dass die Deutsche Bahn AG beabsichtigt, die Fernzugverbindungen nach Schleswig-Holstein weitgehend einzustellen. Herr Mehdorn verabschiedet sich jetzt außerdem von einer schnellen Verbindung Hamburg - Berlin.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Da kann ich Sie nur fragen: Wo bleibt denn der Ersatz für den Transrapid? Ich bin ziemlich sicher, dass Ihr Verhalten mit dazu beigetragen hat, dass Schleswig-Holstein und der Norden vom Kraftzentrum Berlin abgekoppelt werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Kein Transrapid, keine schnelle ICE-Verbindung, Straßen werden nicht gebaut, weil Sie das nicht wollen oder es nicht durchsetzen können, Schienenverkehre werden nicht verbessert, weil Herr Mehdorn es nicht will! Da kann ich wirklich nur sagen: Gute Nacht, Schleswig-Holstein! Und Sie, Frau Simonis, haben das an dieser Stelle zu verantworten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie in Ihrer Regierungserklärung so sehr auf Wellness und auf Tourismus setzen, dann frage ich Sie: Haben Sie eigentlich einmal darüber nachgedacht, welche Verantwortung Sie dafür tragen, dass nach den neuesten Untersuchungen **Schleswig-Holstein** dabei ist, auch als **Urlaubsland** Nummer 2 abgekoppelt zu werden? Das alles können Sie nun wirklich nicht mit Verbandsgeschehen erklären. Da muss man doch einmal fragen, wie Ihre Politik in diesem Zusammenhang mitgewirkt hat. Dem Verband vorzuwerfen, es gebe keine konkreten Pläne, hier aber große Ankündigungen zu machen, das hilft auch nicht weiter. Im Übrigen kupfern Sie nicht nur bei uns ab, sondern auch bei Günther Jansen, der schon 1988 das Ziel verkündet

(Martin Kayenburg)

hat, Schleswig-Holstein zur Gesundheitsadresse Nummer 1 zu machen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Richtig! So ist es! - Lachen bei der SPD)

Ich finde, das war ein klares Ziel von Günther Jansen. Ich frage mich nur, was davon Sie in letzten acht oder zwölf Jahren wirklich realisiert haben.

Oder die Bildungspolitik! Jetzt propagieren Sie lautstark den neuen **Multimedia-Campus**, den Sie - zu gegeben! - gut vermarkten.

(Lothar Hay [SPD]: Ja, auch das gehört dazu!)

- Na klar! Ich finde die Idee im Kern ja auch gut, Herr Hay! Das wird Sie auch nicht wundern, denn den Grundgedanken für einen konzentrierten Medienstandort in unserem Lande haben wir bereits, nämlich der Kollege de Jager - die Quelle wird mitgeliefert -

(Lachen und Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Volker Rühle und ich

(Anhaltendes Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in unseren zehn Thesen für Wissenschafts- und Hochschulpolitik am 12. Oktober des vergangenen Jahres vorgetragen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist Rühle denn? - Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir hatten für diese Multimedia-Hochschule Flensburg vorgesehen, um den Hochschulstandort dort dauerhaft zu stützen. Auch dies ist ein ganz entscheidender Punkt, denke ich.

(Beifall bei der CDU)

Wenn aber unsere Zukunft - und darin sind wir uns ja einig - ganz wesentlich von Bildung und Ausbildung abhängt und der Schlüssel für nachhaltige Arbeitsplätze in der **Bildungs- und Hochschulpolitik** liegt, dann haben Sie auch in diesem Bereich die Zeichen der Zeit nicht erkannt, Frau Simonis. Sie reden zwar über den Hochschulstandort Schleswig-Holstein, aber Sie setzen die falschen Prioritäten. Protestresolutionen der Studenten der Christian-Albrechts-Universität in der vergangenen Woche sprechen für sich

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Alles Dankesbriefe!)

und geben meines Erachtens einen hoch dramatischen Eindruck davon, wie Sie die Zukunft verspielen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wo ist Ihr Sparwille?)

- Ach so, Sie wollen doch bei den Hochschulen sparen? - Deswegen ist wohl auch das Kapitel „Bildung“ so sehr schlank dargestellt worden, um es einmal zurückhaltend zu formulieren! Vielleicht ist das ja für Sie kein Schwerpunktthema mehr. Das wäre kein Wunder, denn auch diese Punkte sind abgeschrieben worden: unsere Initiativen „Abitur nach 12 Jahren“, „Qualitätsoffensive Hauptschule“ oder auch die 1.000 neuen Lehrerstellen.

Im Übrigen ist es nach meinem Empfinden nicht richtig, nur zehn bis zwölf Computer pro Klasse zu fordern; sorgen Sie vielmehr einmal für die Infrastruktur, stellen Sie einmal die Netzanschlüsse her und bilden Sie insbesondere die Lehrer aus, die die Kinder dann an diese Computer heranzuführen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zukunftweisende Bildungspolitik schaut also nach vorn und repariert nicht Fehler, die Sie in der Vergangenheit überaus deutlich gemacht haben.

Im Übrigen wird die **Verbeamtungspolitik**, weil sie halbherzig ist, zu hohen Kostenbelastungen des Haushalts führen. Eine Änderung scheinen Sie in diesem Punkt jedenfalls nicht zu planen. Da sind Sie nach meinem Eindruck nur deswegen halsstarrig, Frau Simonis, weil Sie erneut einen Gesichtverlust zu befürchten haben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Simonis, Ihre ideologiebehaftete Bildungspolitik führt aber auch an anderer Stelle zu großen Problemen, zum Beispiel im Bereich der Berufsschulen. Die neuen Referendare wandern in die besser bezahlende Industrie ab oder gehen in andere Bundesländer, wo sie sofort verbeamtet werden.

(Lothar Hay [SPD]: Also, schlagen Sie A 16 als Eingangsguppe vor?)

Ich behaupte: Eine unverantwortliche Schwächung unserer Berufsschulen und unserer dualen Ausbildung wird unseren Wirtschaftsstandort in Zukunft belasten. Dies ist die Verantwortung, die Sie zu tragen haben.

(Beifall bei der CDU)

Die **Hochschulen** werden Sie weiter kaputtsparen. Sie geben zwar dem Ganzen die Namen „Strukturreform“ und „Budgetierung“, zwingen aber die Hochschulen, Studiengänge zu streichen und damit völlig falsche Entscheidungen zu treffen. Ihre strukturellen Vorstellungen sind falsch und die Budgets sind erwürgend eng.

(Martin Kayenburg)

Sie sind jetzt ganz persönlich gefordert, Frau Simonis! Stellen Sie die Hochschulen, stellen Sie insbesondere die einzige Landesuniversität auf eine solide finanzielle Grundlage!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es kann doch wohl nicht sein, dass wir Computerexperten aus dem Ausland einfliegen, aber hier Institute geschlossen werden, in denen sehr viele Informatikstechniker ausgebildet werden!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich sage nur: Rüttgers, Rüttgers, Rüttgers! - Zuruf von der SPD: Ist das der Sekt?)

Sie haben die Richtlinienkompetenz und Sie haben das zu verantworten. Also handeln Sie endlich!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat denn die Programme gestoppt? - Der Zukunftsminister! Zu welcher Partei gehört der denn?)

Für mich ist es zu kurz gesprungen zu sagen, unsere Universität solle ihren Standpunkt in der Wissenschaftslandschaft behaupten. Das ist nicht nach vorn gerichtet. Wir wollen besser werden. Wir müssen hier also investieren, wir müssen für die Hochschulen etwas tun, wenn wir auch in der wirtschaftlichen Entwicklung Spitze sein wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und wie sieht es in der Wirtschaft aus? Dass Sie sich da kräftig loben, wundert mich nicht. Aber die richtige Interpretation der Zahlen können wir Ihnen gern nachliefern. Sie sprechen von 7.000 **Existenzgründungen**. Sagen Sie uns doch einmal, wie viel Ausgründungen dabei waren, wie viel Betriebe in Konkurs gegangen sind, wie viel Unternehmen abgewandert sind oder wie viel einfach dichtgemacht haben. Da schmücken Sie sich nun wirklich mit falschen Zahlen.

Wenn Sie darauf hinweisen, dass das Bruttoinlandsprodukt im letzten Jahr so gewaltig gestiegen sei, dann frage ich Sie doch einmal: Wo standen wir denn? - Das ist ein Basiseffekt, dass wir hier eine positive Entwicklung haben. Und diese positive Entwicklung - das sollten Sie nun wirklich nicht vergessen - ist auf unsere **Kernkraftwerke** zurückzuführen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber die, Herr Möller, wollen Sie ja schließen. Nun ist er gerade draußen, aber er kann mir ja vielleicht hinterher erklären, wie er denn den Verlust auffangen will und woher er vor allem die 30 Millionen DM nehmen will, die er im kommenden Jahr den Kernkraftwerken

mit seiner aberwitzigen, verfassungswidrigen **Oberflächenwasserentnahme-Abgabe** abknapsen will.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Hier kann ich nur sagen: Das ist schon eine merkwürdige Moral! Abschalten so schnell wie möglich, aber abkassieren so lange wie möglich.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der F.D.P.)

Aber, Herr Möller, Sie handeln offenbar wirklich nach dem Prinzip „Pecunia non olet“. Anders kann ich den Hinweis auf den **Erdölförderzins** auch nicht verstehen. Das ist schon ein unglaublicher Vorgang. Da wird ein Unternehmen animiert, Rieseninvestitionen im Land zu machen; die werden gemacht, das Unternehmen ist an den Standort gebunden und jetzt kommen Sie wieder einmal von hinten herum und kassieren ab. Das ist typisch Ihre Politik. Wie Sie hier Haushaltspolitik betreiben, ist wirklich unglaublich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber genauso absurd ist natürlich die Idee vom **Brennelemente-Tourismus** - das einzig Freundliche ist die letzte Hälfte des Wortes - im eigenen Land als Folge der rot-grünen Ausstiegspolitik. Wenn man sich nicht Sorgen um unsere Polizeibeamten und um unsere Bürger machen müsste, würde ich Ihnen viel Vergnügen bei den Auseinandersetzungen, die Sie dann mit Ihrem grünen Koalitionspartner bekommen, wünschen.

Übrigens, Frau Fröhlich, würden Sie dann eigentlich auch die Transportwege blockieren oder laufen Sie diesmal zusammen mit dem famosen Bundesumweltminister Trittin an der Spitze des Transportes so nach dem Motto: „Platz da, der Castor kommt“?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das müssen Sie mir auch noch einmal sagen.

Wir jedenfalls lehnen Ihre **Energiepolitik** unter wirtschaftlichen, umweltpolitischen, innenpolitischen, aber auch unter ethischen Gesichtspunkten ab. Wir fordern Sie auf, ein tragfähiges Konzept unter Einschluss aller Energieträger für unser Land zu entwickeln. Eine Energiepolitik, die auf Einspeisesubventionen aufbaut und von rot-grüner Antikernkraftpolitik getragen wird, wird von uns abgelehnt.

Für mich ist es aber in dem Zusammenhang auch nicht überraschend, Frau Simonis, dass Sie beim **Arbeitsmarkt** Erfolge Ihrer oder der Berliner Politik reklamieren und vor allem gewaltige Beschäftigungsprognosen anstellen. Aber Sie müssen doch bitte einmal schauen, was wirklich passiert ist. Zu einem objek-

(Martin Kayenburg)

ven Bild des Arbeitsmarktes gehört auch, dass wir etwa eine Million Erwerbstätige weniger haben, seit Herr Schröder angetreten ist, dass aber die Zahl der Arbeitslosen immer noch bei zirka vier Millionen liegt. Das heißt, per saldo ist überhaupt nichts geschaffen worden. So verdummdeuweln Sie die Öffentlichkeit!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

So wie die Arbeitsmarktdaten schätzen Sie auch die Folgen der wirtschaftlichen Kooperation mit unseren europäischen Nachbarn nicht richtig ein. Sie springen einfach zu kurz.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie springen überhaupt nicht!)

Zur **Nordseekooperation** ganze vier Zeilen im Kooperationsvertrag, nachdem wir Sie darauf aufmerksam gemacht hatten!

Zur **Ostseekooperation** überschätzen Sie auch in Ihrer Regierungserklärung die Entwicklungspotentiale für Schleswig-Holstein im Ostseeraum gewaltig. Gerade warnte ja - wie ich denke - wohl einer der angesehensten Kenner der Problematik, Professor Horst Siebert vom Weltwirtschaftsinstitut, vor einer Überschätzung der Chancen, die von den skandinavischen Staaten als Impuls ausgehen könnten. Dies müssen Sie bei der Entscheidung, nur nach Osten zu schauen, bitte auch noch einmal hinterfragen. Die ehemaligen Staaten der Sowjetunion und Polen als Anrainer haben - da sind wir uns sicherlich einig - ein sehr kleines Marktpotential. Im Übrigen: Polens Wirtschaft wird mit Sicherheit an Schleswig-Holstein vorbeirauschen, wenn wir es nicht schaffen, die A20 als die wichtigste Verkehrsader hier im Land schnellstens zu realisieren.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Dass die **Landesplanung** für unsere wirtschaftliche Zukunft von Bedeutung ist, haben Sie völlig übersehen. Den Abbau von Planungsebenen haben Sie nicht angesprochen. Sie sprechen zwar an einer Stelle von nachhaltiger Landesplanung und verweisen dann auf Ihr Programm „ziel“, das ja schon aus dem Wahlkampf bekannt ist, aber ich denke, auch hier haben wir es mit Taschenspielertricks zu tun - wie in den vergangenen zwölf Jahren. Sie haben es erneut verstanden, verschiedene Programme durcheinander zu mischen. Mancher Außenstehende könnte wirklich fragen: „Donnerwetter, woher haben die denn das viele Geld?“ Aber bei genauem Hinsehen handelt es sich um alte Programme in neuen Kleidern und um wirklich nichts Neues. Das ist Täuschung und kein neues Programm, Frau Simonis!

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber auch das, was heute unter „Umweltmarkt“ subsumiert worden ist, ist im Grunde gar kein **Umweltmarkt**. Dazu steht zwar einiges in Ihrem Kooperationsvertrag, aber ich jedenfalls bin der Auffassung, dass Sie das Wirtschaftswachstum hier im Land so nicht verbessern werden.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Von Umweltpolitik finden wir in dem Papier überhaupt nichts. Das kann ich ja nachvollziehen. Das schlechte Krisenmanagement bei der „Pallas“-Katastrophe muss Ihnen ja wirklich noch verdammt tief in den Knochen stecken,

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

denn hier hat sich die Inkompetenz Ihrer Führung in der Krisenbewältigung bewiesen. Das Krisenmanagement war mangelhaft und vielleicht ist das ja auch ein Grund dafür, dass einer der Partner bei diesem Krisenmanagement heute nicht mehr auf der Regierungsbank sitzt.

Von Ackerbau und Landwirtschaft scheinen Sie nicht viel zu verstehen, denn das, was Sie dort formulieren, wird die Landwirtschaft in unserem Land nicht wettbewerbsfähiger machen. Ich würde mich überhaupt nicht wundern, wenn Ihnen irgendwann ein Korso von Miststreuern vor dem Landeshaus wegen Ihrer fälschen **Agrarpolitik** die Ehre erweisen würde. Für uns als CDU jedenfalls geht es in der Agrarpolitik im Wesentlichen darum, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Bauern zu erhalten und zu verbessern. Dafür werden wir uns nach wie vor mit großem Nachdruck einsetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber nicht nur bei Landwirten und bei Beamten haben Sie Probleme - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Misthaufen vor dem Landeshaus sind auch keine Alternative, Herr Kayenburg!)

- Die Vorschläge müssen von Ihnen kommen. Wir werden uns dann konkret damit auseinandersetzen. Ich werde darauf zurückkommen, Herr Hentschel!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist keine Alternative!)

Aber wir sind ja noch bei Ihnen!

Über **Biotechnologie** wird gesprochen, nur über Gentechnologie kein Wort! Das zeigt doch, dass hier immer noch die alten Animositäten vorhanden sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Martin Kayenburg)

Biotechnologie vor allem auf Medizin- und Meerestechnik zuzuschneiden, ist dann doch zu kurz gesprungen. Sie jedenfalls verspielen ein wichtiges innovatives wirtschaftliches Zukunftsfeld, wenn Sie nur die Biotechnologie sehen und darüber die Gentechnologie vergessen. Beides gehört für uns zusammen.

Aber auch bei den **zwischenmenschlichen Beziehungen** haben Sie kein Zukunftsmodell. Ihre Aussagen zu Soziales, Frauen, Familie und Jugend sind Allgemeinplätze. Ich jedenfalls kann darin nichts Konkretes finden.

(Widerspruch bei der SPD)

Aber es wird ja noch spannender: **Innen- und Rechtspolitik** findet bei Ihnen überhaupt nicht statt. Die Kommunen will ich hier aussparen, weil wir darauf noch zu sprechen kommen werden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie sind denn die zwischenmenschlichen Beziehungen in der CDU-Fraktion?)

Aber Ihr Innenminister und Ihre Justizministerin werden sicherlich wenig glücklich darüber sein, dass Sie diese Bereiche in Ihrer Regierungserklärung - bis auf den kommunalen Bereich - überhaupt nicht angesprochen haben. Kein Wort zur Polizei!

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

Da frage ich Sie: Welchen Stellenwert hat eigentlich die Innen- und Rechtspolitik bei Ihnen?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir werden das in der nächsten Zeit sicherlich aufarbeiten.

Ich möchte nur eine Anmerkung zur **Justizpolitik** machen. Die neue Justizministerin ist sehr umtriebig und offenbar sind ihr besonders die Strafvollzugsanstalten aufgefallen. Die Unterbringung ist in den letzten zwölf Jahren, seitdem Sie und teilweise auch die Grünen regieren, wirklich katastrophal geworden. Eigentlich müsste es auch den Grünen die Schamröte ins Gesicht treiben, wie hier mit Menschen umgegangen wird,

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

ganz zu schweigen davon, dass wir uns auch um die Bediensteten zu kümmern haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber Sie sparen auf Teufel komm raus und Sie sparen nicht sinnvoll.

(Unruhe)

Deswegen werden wir uns gegen das Sparen an fälscher Stelle genau so wehren wie gegen den Griff in die Kassen der Kommunen.

Wenn Sie über die Neubestimmung der **Finanzbeziehungen zwischen Land und kommunaler Familie** sprechen, sind wir ja bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren, aber wir sind nicht bereit, dass den Kommunen im Wege einer Einbahnstraße in die Tasche gefasst wird und die Kommunen das, was Sie in diesem Lande versaubert haben, ausbügeln müssen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich komme zum Schluss. - Frau Simonis, Ihre **Regierungserklärung** zeichnet sich eher durch Weglassen als durch konkrete Maßnahmen aus. Sie werden den Anforderungen zu Beginn des neuen Jahrhunderts nicht gerecht. Sie bestätigen unsere Sorge, dass unser Land angesichts der großen Herausforderungen nicht wirklich vorangebracht wird. Frau Simonis, Ihnen fehlen die wirklichen Visionen.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie haben gar keine!)

- Herr Nabel, in manchen Politikfeldern wären wir heute schon weiter, wenn wir gemeinsam versucht hätten, Dinge sofort und nicht erst mit Verspätung zu diskutieren, wenn unsere Vorschläge von Ihnen auch wirklich einmal diskutiert worden wären.

Schleswig-Holstein darf im nationalen und internationalen Wettbewerb nicht noch weiter zurückfallen. Deswegen bieten wir bei dieser Diskussion die Hand.

Es würde uns allen helfen, wenn wir mehr Einigungs- und weniger Streitkultur üben und mehr mit den Menschen reden würden. Wenn wir hier mehr **Einigungskultur** zeigen, werden wir auch als Politiker von den Menschen im Lande wieder ernst genommen. Dann werden wir mit Unterstützung der Opposition die besseren Lösungen für das Land Schleswig-Holstein und seine Bürgerinnen und Bürger gemeinsam voranbringen.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt Schülerinnen, Schüler, Lehrerinnen und Lehrer der integrierten Gesamtschule Neumünster. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile das Wort dem Herrn Fraktionsvorsitzenden der SPD.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe in den sechziger Jahren zu Zeiten eines CDU-Kultusministers in der Schule gelernt,

(Zurufe von der CDU)

dass es Aufgabe der Opposition ist, Alternativen zur Regierung darzustellen.

(Konrad Nabel [SPD]: Das macht Herr Kubicki doch! - Weitere Zurufe)

Herr Kayenburg, Sie machen dort weiter, wo Sie in der letzten Legislaturperiode aufgehört haben: Sie haben keine **Alternativen** genannt, weil Sie keine haben, sie machen **Opposition** um der Opposition willen. Das ist zu wenig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] - Widerspruch bei der CDU)

Auf der einen Seite werfen Sie uns vor, wir würden nicht sparen, auf der anderen Seite werfen Sie uns vor, wir sparten an der falschen Stelle. Was gilt denn nun in Ihrer Rede?

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Bei der Hochschulpolitik! - Weitere Zurufe von der CDU: Beides!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor heute genau 73 Tagen ist die SPD mit deutlichem Vorsprung erneut stärkste Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag geworden.

(Beifall bei der SPD)

Eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wollte, dass Heide Simonis Ministerpräsidentin bleibt und dass SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die erfolgreiche Politik in den nächsten fünf Jahren fortsetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Wer es glaubt, hat Mut!)

Wir nehmen das Wahlergebnis als Auftrag, die Zukunft unseres Landes in den nächsten fünf Jahren unter der Überschrift zu gestalten: Arbeit, Bildung, Nachhaltigkeit und Weltoffenheit. Wir werden Kraft brauchen, um Schleswig-Holstein mit dem nötigen Tempo und dem erforderlichen Augenmaß in dem von uns gewünschten Sinne gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterzuentwickeln.

Wir Sozialdemokraten haben am 27. Februar unsere Wahlziele erreicht. Wir sind mit großem Vorsprung

vor der CDU die stärkste politische Kraft in unserem Land geworden.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Wir haben 41 von 45 Wahlkreisen direkt gewonnen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Schleswig-Holstein-Partei ist die SPD.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Wir haben eine **Wahl** gewonnen. Herr Kayenburg, es ist auch eine Frage des Charakters, dass man auch verlieren können muss.

(Beifall bei der SPD)

Aber - und was ich jetzt sage, sollten wir alle so sehen - Siegerin dieser Landtagswahl ist auch die **Demokratie** in unserem Bundesland. Viele von uns hatten Angst, dass die Wahlbeteiligung wegen des CDU Spendenskandals deutlich sinken würde, dass sich viele Menschen enttäuscht von der Politik abwenden und zu Hause bleiben würden. Das ist erfreulicherweise nicht eingetreten. Die Menschen in Schleswig-Holstein haben ihr demokratisches Recht ausgeübt und deshalb hat auch die Demokratie in Schleswig-Holstein gewonnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] und Anke Spoorendonk [SSW])

Wir werden mit unserer wiedergewonnenen **Mehrheit** nicht arrogant umgehen, sondern sind bereit, in den nächsten fünf Jahren auch die Vorschläge der **Opposition** zu prüfen und sie, wenn sie sinnvoll sind - ich bin nicht der Meinung, dass eine Opposition nie sinnvolle Vorschläge macht -, bei unserer Arbeit zu berücksichtigen.

(Zurufe von der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Verehrter Herr Kollege Kubicki, deshalb - das muss unter Demokraten üblich sein - mache ich der Opposition das Angebot, sich mit uns beispielsweise in dem wichtigen Feld der Finanzpolitik ohne jedes Tabu zusammensetzen und zwischen den Fraktionen festzustellen, wo es eine gemeinsame Schnittstelle für Kürzungen, für Änderungen im Landeshaushalt gibt. Dieses Angebot habe ich Ihnen schon in anderer Funktion, als Finanzausschussvorsitzender, gemacht. Ich weiß, woran es gescheitert ist. Ich habe die Hoffnung, dass wir es diesmal hinkriegen und sich aus

(Lothar Hay)

jeder Fraktion einer hinsetzt. Die Zukunft unseres Landes muss diese Anstrengung wert sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Was wir brauchen - deshalb fing ich mit dem Unterricht an, den ich einmal genossen habe-, ist auch eine starke **Opposition**, die **Alternativen** darstellt. Ich hoffe, dass die Opposition in den nächsten fünf Jahren nicht nur aus der One-man-show des von mir sonst sehr geschätzten Wolfgang Kubicki bestehen wird. Die Show ist ja manchmal ganz interessant, aber manchmal hat sie auch den Charakter einer Säfenoper.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die war erfolgreich!)

Eigentlich wollte ich nicht näher auf den ehemaligen Spitzenkandidaten der CDU eingehen.

(Zurufe von der SPD: Wer war das denn?)

Herr Kayenburg, um die Situation, die bei Ihnen jetzt nach der Wahl eingetreten ist, beneide ich Sie nicht. Das muss erst einmal verkraftet werden. Das hat auch Ihr Generalsekretär deutlich gesagt. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als der ehemalige Spitzenkandidat im letzten Jahr vollmundig verkündete: Jetzt bin ich einer von Ihnen, ein Schleswig-Holsteiner!

(Zurufe von der SPD)

Wir hatten damals unsere Bedenken. Wir wünschten Herrn Rühle schon zum CDU-Parteitag in Damp eine angenehme Durchreise Richtung Berlin. Genauso ist es gekommen.

Ich kann es verstehen - das sage ich ohne Hohn und Spott -, dass da bei Ihnen Verletzungen zurückgeblieben sind, dass man enttäuscht ist. Herr Wadehul hat das ja auch dargestellt, indem er sagte, er kritisiere die Lieblosigkeit des ehemaligen Spitzenkandidaten im Umgang mit der eigenen Partei. Wenn ich als Lehrer das Sozialverhalten des Spitzenkandidaten beurteilen sollte, müsste man ihm dafür wohl die schlechteste Note geben, die es überhaupt gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Eine letzte Bemerkung: Diesen Kandidaten haben Sie uns als Alternative zu Heide Simonis vorgestellt. Ich bin froh, dass die Wählerinnen und Wähler in Schleswig-Holstein eine andere Entscheidung für Schleswig-Holstein getroffen haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Richten wir den Blick nach vorn, auf die Arbeit der nächsten fünf Jahre. Wir haben es - entgegen Ihrer Unkenrufe - geschafft, einen Koalitionsvertrag abzuschließen, der einen guten Rahmen für unsere Arbeit in den nächsten fünf Jahren bilden wird.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Rot und Grün haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und die Zusammenarbeit wird reibungslos funktionieren.

(Zurufe der Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Den Journalisten habe ich bereits scherzhaft gesagt: „Die Schlagzeilen werden nicht mehr wir liefern, die müssen Sie sich selbst suchen.“ Ich bin großer Hoffnung, dass dies zwischen dem neu gewählten Fraktionsvorsitzenden und mir - so wie in der Vergangenheit - klappen wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die werden nur leider verschwinden, die Grünen!)

Wir werden unsere erfolgreiche **Wirtschafts- und Technologiepolitik** fortsetzen.

Es geht darum, Schleswig-Holstein als Gründer- und Hightech-Land weiter auszubauen. Dazu gehören bei der Förderung von Neugründungen auch umfangreiche Hilfen zur Existenzgründung durch Wagniskapital, Patenschaften, Beteiligungskapital und andere Maßnahmen. Die Nutzung neuer Technologien wird zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Wir werden deshalb die vielfältigen Chancen der Informationstechnologie für unser Land nutzen, Schleswig-Holstein zu einem profilierten Standort für Biotechnologie entwickeln und den Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft weiter stärken. Wir werden auch ein besonderes Augenmerk auf die verstärkte Förderung von Unternehmen richten, die Ökonomie und Ökologie miteinander verknüpfen und durch Einsparung von Ressourcen neue Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin der Meinung, dass die Erwiderung auf eine Regierungserklärung keinen Versandhauskatalog darstellen sollte, in dem alle Politikfelder abgearbeitet werden. Dazu ist in den nächsten fünf Jahren die Arbeit im Landtag vorgesehen. Dennoch möchte ich an dieser Stelle den **Schiffbau** in Schleswig-Holstein

(Lothar Hay)

ansprechen. Für mich ist das - ebenso wie für die SPD-Fraktion - eine Hightech-Branche. Im Haushalt 2000 stellen wir den schleswig-holsteinischen Werften 60 Millionen DM zur Verfügung. Das ist der zweithöchste Betrag in der Geschichte unseres Landes.

Eine kritische Bemerkung in Richtung Brüssel: Ich hoffe, dass das Abkommen zwischen der EU und Korea nicht nur langfristig dazu beitragen wird, die Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen. Ich erwarte, dass dies noch in diesem Sommer in der EU-Kommission geprüft wird und - wenn die Wettbewerbsverzerrungen nach wie vor bestehen - dann auch eine Entscheidung getroffen wird, die es uns ermöglicht, auch in Zukunft die **Wettbewerbshilfe** für die schleswig-holsteinischen Werften fortzusetzen.

In der **Verkehrspolitik** werden wir den im Koalitionsvertrag festgelegten Weg weitergehen. Das heißt, die A 20 ist einschließlich der Elbquerung westlich von Hamburg bei Glückstadt dringend erforderlich. Wir werden die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Hamburg - Lübeck weiter betreiben und für eine schnelle Beseitigung des Schienenengpasses Elmshorn - Pinneberg sorgen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was die Weiterentwicklung des regionalen Verkehrs angeht, erwarten wir von der Deutschen Bahn AG, dass sie ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung und den Ausbau des Regionalverkehrs in Schleswig-Holstein sowie für den Zustand der Trassen gerecht wird.

Ich hoffe, dass der Umgang mit der Bahnstrecke Flensburg - Niebüll ein bedauerlicher Einzelfall bleibt und erwarte von der Landesregierung, dass hier festgestellt wird, dass von der Deutschen Bahn AG ein Rechtsverstoß begangen worden ist und dass mit allem Nachdruck an der Beseitigung des Rechtsverstoßes durch Instandsetzung der Strecke gearbeitet wird.

(Beifall bei der SPD)

Was die feste Fehmarnbelt-Querung angeht, so bleiben wir Sozialdemokraten bei unserer Position. Nur eine feste Querung in Kombination von Schiene und Straße wird in ausreichendem Maße zu einer Bewältigung des zukünftigen Verkehrsaufkommens zwischen dem europäischen Festland und Skandinavien beitragen.

Die **Fehmarnbelt-Querung** ist für mich nicht nur ein Straßen- und Schienenbauprojekt, sondern damit drückt sich für mich auch die von uns seit Jahren betriebene **Ostseekooperation** aus. Wenn diese von uns seit Jahren betriebene Ostseekooperation durch die

Unterstützung bei der Strukturentwicklung im ländlichen Raum durch die Landesinitiative „Ziel - Zukunft im eigenen Land“ mit einem Fördervolumen von 2 Milliarden DM unterstützt wird, dann kann man nicht deutlicher unterstreichen, warum für Schleswig-Holstein Europa so wichtig ist.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Aber auch die **Nordseekooperation** in Zusammenarbeit mit Dänemark, den Niederlanden, Großbritannien und vor allem Norwegen muss verstärkt werden. Die aktuellen Zahlen, die wir in der letzten Woche hinsichtlich des Warenaustausches mit Norwegen bekommen, sind ein gutes Beispiel dafür, dass hier für schleswig-holsteinische Unternehmen noch ein wichtiges Feld zu beackern ist. Darin liegt auch eine wichtige Zukunft der Politik unseres Landes.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass - bei aller berechtigter Kritik an europäischen Fehlentwicklungen - gerade die Regionen ein starkes und funktionierendes **Europa** brauchen. Deshalb ist für Sozialdemokraten die Europafreundlichkeit immer ein Markenzeichen ihrer Politik gewesen. Wir wissen: Soziale Gerechtigkeit, Arbeitsplätze, eine gesunde Umwelt oder Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger können heute nur europäisch garantiert werden. Deshalb stehen wir zu der Fortführung der Europapolitik. Wir müssen die EU um Länder im Ostseebereich erweitern.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wenn ich in die Reihen der Opposition gucke, dann gehe ich davon aus, dass die Europapolitik auch in Zukunft - wie auch in der Vergangenheit - von großer Übereinstimmung getragen wird. Da haben wir immer weitestgehend an einem Strang gezogen. Ich hoffe, dass das auch in Zukunft so sein wird.

Wir wissen, dass **Bildung und Ausbildung** die Voraussetzungen für eine gute Zukunft unseres Landes und unserer Kinder sind. Eine gute Ausbildung ist immer noch die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Wir wissen - und dies nicht erst seit der begonnenen Diskussion um die GreenCard -, dass im IT-Bereich die Zukunft unseres Landes liegt und dass wir alle Anstrengungen daran setzen müssen, hier den Anschluss nicht zu verlieren.

Weil dies so ist, hat Bildungspolitik eine herausragende Priorität. Das wird auch durch den Koalitionsvertrag deutlich. Bereits in wenigen Monaten - ab dem 1. August 2000 - werden 200 neue junge Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen in Schleswig-Holstein

(Lothar Hay)

kommen. Wir schaffen zwischen 2001 und 2005 weitere 1.000 Stellen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

2005 werden ein Viertel aller Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein unter 35 Jahre alt sein. Damit kommt frischer Wind in die Schulen, der in einem Land wie Schleswig-Holstein manchmal ganz gut ist.

Wir werden alle Schulen in Schleswig-Holstein so schnell wie möglich ans Netz gehen lassen. Ich bin mir sehr bewusst, dass dies nur dann die erhofften Früchte tragen wird, wenn wir die Lehrerinnen und Lehrer gleichzeitig in ausreichendem Maße mit den neuen Kulturtechniken vertraut machen und sie vorbereiten, sodass sie diese neuen Kulturtechniken auch im Unterricht an den schleswig-holsteinischen Schulen umsetzen können.

Lassen Sie mich jetzt auf den Bereich der **Hochschulen** eingehen. Ich gehe davon aus, dass es in diesem Punkt mit der Opposition keine Übereinstimmung geben wird. Wir sind der Meinung, dass die Hochschulen unseres Landes ausreichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet sind. Wir erwarten von den Hochschulen, dass sie die Chancen, die ihnen die neuen Zielvereinbarungen - die meines Wissens von fast allen unterschrieben worden sind - geben, auch nutzen und dass sie die zugewiesenen Mittel sowohl nach wirtschaftlichen als auch nach bildungspolitischen Kriterien einsetzen. Es wird darauf ankommen - hier spreche ich die größte Universität dieses Landes, die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, an -, endlich eigene Strukturüberlegungen auf den Tisch zu legen. Wettbewerbsfähigkeit und strukturelle Veränderungen sind nicht ausschließlich von Finanzen abhängig. Es ist nicht hilfreich für eine Diskussion, mit der Schließung unverzichtbarer Fächer zu drohen, um Druck auf die Landespolitik auszuüben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist aus der Sicht der SPD-Fraktion der falsche Weg, um sich längst überfälligen eigenen Strukturüberlegungen zu entziehen. Deshalb haben wir auch darauf hingewiesen - nicht nur heute, sondern schon in der Vergangenheit -, wie wichtig es ist, dass wir zu einer Zusammenarbeit der Hochschulen im norddeutschen Raum kommen.

(Jürgen Weber [SPD]: Sehr gut!)

Das heißt, hier muss man einfach erwarten, dass sich die Hochschulen zusammensetzen - es kann in Zukunft nicht sein, dass jede Hochschule jedes Fach anbietet

und vereinbaren: eine Hochschule macht dieses Fach, die andere jenes.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine zukunftsgerichtete Hochschulpolitik.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Ein entscheidender Puls

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

- vom Kollegen Puls gehen natürlich immer Impulse aus -, also ein entscheidender Impuls für die Hochschulen dieses Landes wird von dem **Multimedia-Campus** ausgehen. Ein hervorragendes Beispiel ist die Diskussion - wir konnten gerade in dieser Woche lesen, dass die Landeshauptstadt hier sehr aktiv geworden ist - und die Kooperation zwischen Politik und Wirtschaft. Wenn im Juli dieses Jahres die Entscheidung über den Standort getroffen wird, haben wir ein bundesweit einmaliges Projekt auf den Weg gebracht, nämlich eine Hochschule, die unter anderem einen achtzehnmonatigen Aufbaustudiengang als eine Art Schnellkurs in Kommunikationstechnologie anbietet. Auch aus diesem Grund findet das Projekt ein großes Interesse in sieben Städten unseres Landes, weil man zu Recht vermutet, dass ein Multimedia-Campus ein Magnet für die Wirtschaft sein wird. Es werden sich neue Unternehmen in Schleswig-Holstein ansiedeln, und ich gehe davon aus, dass der Multimedia-Campus den Ruf Schleswig-Holsteins als Hightech-Land und Wunderland noch weiter voranbringt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen können wir keine Kommune daran hindern, wenn sie meint, ohne auf eine Entscheidung des Landes zu warten, selbst in diesem Bereich aktiv werden zu wollen. Damit meine ich dann meine Heimatstadt.

Ich will nun noch eine Anmerkung zu einem weiteren Punkt machen, um zu zeigen, wie sich die Hochschul Landschaft in Schleswig-Holstein zum Positiven verändert hat. Das haben wir gar nicht so wahrgenommen. Es geht um die **Fachhochschule Lübeck**, die die **virtuelle Hochschule** in Zusammenarbeit mit den schwedischen Hochschulen auf den Weg gebracht hat. Wer sich damit einmal beschäftigt hat, weiß, dass wir da zumindest für Mittel- und Nordeuropa beispielhaft und federführend sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir werden auch in Zukunft alle Anstrengungen fortsetzen, die **Arbeitslosigkeit** in Schleswig-Holstein weiter zu verringern; wir werden

(Lothar Hay)

uns nicht auf den Daten ausruhen, die wir heute gehört haben und die positiv sind. Wir wollen in dieser Legislaturperiode 70.000 Menschen in unserem Lande durch das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ mit einbeziehen in einen Prozess, der sie für den Arbeitsmarkt wieder qualifiziert. Wir wollen erreichen, dass die Arbeitslosigkeit wirksam durch unsere Qualifizierungsangebote für die Arbeitslosen bekämpft wird. Dazu gehört auch das **Bündnis für Ausbildung**. Ich erwarte, dass wir in diesem Jahr noch einmal eine deutliche Steigerung bei den Ausbildungsverträgen erreichen. Wir wollen nach wie vor Spitzenland in der Bundesrepublik Deutschland bleiben, was die Ausbildungsplätze betrifft.

(Beifall bei der SPD)

Gestatten Sie mir, dass ich kurz auf den **Tourismus** eingehe, nicht aufgrund eigener Erfahrungen, sondern aufgrund von Dingen, die gemacht werden müssen.

(Lachen bei der CDU)

Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass es hier nach wie vor Fehlentwicklungen gibt. Den Verantwortlichen im Tourismusbereich muss deutlich gemacht werden - damit meine ich den Verband und auch die neue Marketing-Gesellschaft -, dass die Freigabe der Mittel vor wenigen Tagen im Finanzausschuss die letzte Entscheidung gewesen ist, die von uns positiv begleitet wird. Wir erwarten, dass endlich ein Konzept vorgelegt wird, das die Chancen Schleswig-Holsteins im touristischen Bereich umsetzt. Sollte dies nicht geschehen, werden wir uns in der SPD-Fraktion nicht für eine Fortsetzung der Finanzierung einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, gerade für die **Umweltpolitik** hat der Begriff der **Nachhaltigkeit**, der sich durch den neuen Koalitionsvertrag wie ein roter Faden zieht,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

eine besondere Bedeutung. Was den Begriff „Nachhaltigkeit“ betrifft, so sind sich Rot und Grün einig. Allerdings sollte man mit diesem Begriff auch sorgfältig umgehen. Wenn Finanzpolitiker von einer nachhaltigen Finanzpolitik zu sprechen anfangen, dann läuten bei mir die Alarmglocken. Deshalb möchte ich noch einmal klarstellen, was für unsere Fraktion Nachhaltigkeit ist. Es ist eine Politik, die die Bedürfnisse der heutigen Generation erfüllt, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu beeinträchtigen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Dieser Ansatz basiert auf drei Säulen: Ökonomie, Ökologie und Soziales. Das wird auch das grundsätzliche Prinzip unserer Politik in allen wichtigen Feldern sein.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb will ich auf den Bereich der Energiepolitik nicht weiter eingehen. Der Ausbau der **Windenergie** ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor in Schleswig-Holstein. Ich hoffe, dass wir es in dieser Legislaturperiode schaffen, dass ein Viertel des in Schleswig-Holstein benötigten Stroms aus Windenergieanlagen kommt. Und es gibt weitere Bereiche, in denen wir vorangehen müssen, bis hin zu dem ganz neuen zukunftssträchtigen Bereich der **Wasserstofftechnologie**.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich nun eingehen auf die **Regionalentwicklung** und damit natürlich in erster Linie auf die Frage: Was geschieht in den ländlichen Räumen? Ich habe schon das Programm „ziel“ mit seinen drei Säulen angesprochen. 2,3 Milliarden DM, das ist das größte Investitionsprogramm in der Geschichte des Landes. Das muss von uns mit einem Betrag von einer halben Milliarde DM kofinanziert werden, damit wir 1,1 Milliarden DM aus Brüssel binden. Daran müssen wir uns messen lassen.

(Beifall von Abgeordneten der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich gehe davon aus, dass gerade dieses Programm dazu beitragen wird, dem ländlichen Raum neue Zukunftschancen, neue Arbeitsplätze zu eröffnen. Dem muss sich dieses Programm unterordnen. Wir wollen damit Arbeitsplätze schaffen und noch einmal Arbeitsplätze. Das ist das Ziel des Programms „ziel - Zukunft im eigenen Land“.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Nun will ich Folgendes nicht verschweigen - damit komme ich zum letzten wesentlichen Punkt meiner Rede -: Wir stehen hinter der Steuerreform von Hans Eichel, auch wenn sie den Landeshaushalt trifft. Wir haben uns aber alle immer wieder für Steuerentlastungen eingesetzt, weil die Steuerentlastungen auch zu einem Anspringen der Konjunktur führen und weil sie dringend erforderlich sind, gerade im unternehmerischen Bereich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wurde früher immer geleugnet!)

Das Land wird aber selbst - Heide Simonis hat die Zahl von 150 Millionen DM genannt - ebenfalls alle Anstrengungen unternehmen - da sind wir alle hier im Parlament gefordert -, um eigene Kürzungsvorschläge

(Lothar Hay)

zu unterbreiten, um einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorzulegen. Ich kann den Kommunen von dieser Stelle aus nicht versprechen, dass sie bei allen Beiträgen, die wir einbringen, verschont bleiben. Wir wollen kürzen, wir wollen sparen, weil wir neue Arbeitsplätze schaffen wollen, weil wir die Ausbildung für unsere Kinder sichern wollen und weil wir die Innovationsbereitschaft unserer Wirtschaft aufrechterhalten wollen und weil wir gleichzeitig auch die **Nettoneuerschuldung** - wie Heide Simonis es dargestellt hat - senken wollen. Das ist eine große Kraftanstrengung. Wir stehen dazu und wir werden das auch packen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, jetzt spreche ich Sie noch einmal gezielt an. In unseren Koalitionsvertrag steht, dass die **Zuwendungen** für die Jahre 2001 und 2002 maximal überrollt werden sollen. Maximal heißt nicht, dass alle das Geld des Jahres 2000 bekommen. Herr Kayenburg, ich habe immer mit großer Aufmerksamkeit Ihre Vorschläge verfolgt. Auch da steht mein Angebot, dass wir uns zusammensetzen und gucken, wo es eine Schnittmenge bei den Zuwendungsempfängern gibt. Das gilt auch für die **Förderprogramme**. Alle Förderprogramme müssen zum Haushalt 2001 neu beantragt werden. Ich erinnere mich noch an die Diskussion im Finanzausschuss,

(Thomas Stritzl [CDU]: Ja?)

wo wir gesagt haben, dass es bei diesen Förderprogrammen sehr viele Mitnahmeeffekte gibt. Wir müssen es gemeinsam in diesem hohen Hause hinkriegen, die Förderprogramme so zu überprüfen und so zu gestatten, dass **Mitnahmeeffekte** die Ausnahme bleiben. Wo viele Programme ein Ziel haben, müssen wir sie bündeln. Unterm Strich steht selbstverständlich auch die Verbesserung, das heißt die Kürzung für den Landeshaushalt. Das ist ein Angebot, das ich hier an die Opposition mache.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir sollen die Drecksarbeit leisten und er streicht das Lob ein!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir erwarten nach den Gesprächen, die wir mit der kommunalen Seite schon geführt haben, weiterhin einen Dialog. Es gibt viele Punkte, in denen wir uns einig sind, aber es wird auch Punkte geben, in denen es keine Einigung gibt. Es geht unter anderem auch darum - da müssen wir auch gucken, wie wir das hier im hohen Hause gemeinsam hinkriegen, oder, wenn das nicht gewollt ist, uns allein darum bemühen-, die **Funktionalreform** bis zum 31. Dezember 2001 umzusetzen. Ich weiß auch, woran das bisher gescheitert ist.

(Klaus Schlie [CDU]: Ja?)

Es ist am Einstimmigkeitsprinzip gescheitert. Deshalb werden wir von diesem Prinzip abweichen; wir werden eventuell auch Entscheidungen gegen einen kommunalen Landesverband treffen müssen, wenn wir die Funktionalreform umsetzen wollen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Gestatten Sie mir nun noch eine Anmerkung zu der **Enquetekommission**, die die CDU-Fraktion beantragt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt ist die CDU gefragt!)

Wir werden uns natürlich beteiligen. Wir werden dem auch zustimmen. Wir sind allerdings der Meinung, dass mit Blick auf den Haushalt des Jahres 2001 ein Sonderausschuss der richtige Weg gewesen wäre.

(Klaus Schlie [CDU]: Abkassieren oder was?)

Denn wir müssen in diesem Sonderausschuss auch zu kurzfristigen Entscheidungen kommen, die eigentlich schon auf dem Tisch des hohen Hauses liegen.

(Zuruf von der CDU: Also doch!)

Wenn ich an das Gutachten zum System der **zentralen Orte** denke - das muss nicht wieder neu erfunden werden. Was die Modernisierung der Verwaltung betrifft, dazu hat es eine Enquetekommission gegeben, da muss geschaut werden, was sich seitdem verändert hat. Eine Enquetekommission, die die Vorschläge erst im Jahr 2004 auf den Tisch legt

(Klaus Schlie [CDU]: Wer hat das denn gesagt?)

- ich habe nur davon gesprochen-, kommt, zumindest was die Umsetzung betrifft, zu spät. Wir müssen sehr schnell zu einer Entscheidung kommen. Das ist die Aufgabe, die sich meine Fraktion gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ins Stammbuch geschrieben hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu einem weiteren ganz wichtigen Punkt. Wer einmal Kommunalpolitik gemacht hat, weiß, dass das den Ehrenamtlichen unter den Nägeln brennt. Wir haben gesagt, durch die Änderung der **Kommunalverfassung** wollen wir das **Hauptamt** stärken und das **Ehrenamt** auch. Das ist eine Quadratur des Kreises und ich warte auf den, der das hinkriegt. Ich nehme die Sorgen ernst. Wenn wir uns über eine Änderung der Kommunalverfassung unterhalten, muss im Vorder-

(Lothar Hay)

grund eine Stärkung der Ehrenamtlichen stehen. Denn sonst werden wir keine Leute mehr finden, die bereit sind, sich zu engagieren.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spørendonk [SSW])

Ich weiß nicht, ob der Vorschlag, den Herr Wadephul gemacht hat, noch auf dem Tisch des Hauses liegt. Die SPD-Fraktion ist auch bereit, kritisch auszuwerten, was bei Landratswahlen - wir haben ja bis auf einen Fall nicht den Sieg davongetragen - zu beachten ist, ob man auch in Zukunft Landräte direkt wählen sollte oder nicht. Das bedarf aber eines sorgfältigen Entscheidungsprozesses und der Diskussion.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Am Ende muss eine Entscheidung stehen. Dem werden wir uns nicht verweigern.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in den nächsten fünf Jahren mehr sparen und noch härter zupacken müssen, um unsere wichtigen Ziele zu erreichen. Wir sparen nicht um des Sparens willen, sondern um uns die nötigen Freiräume für unsere Schwerpunkte Arbeit, Bildung und Innovation zu schaffen.

Wir bieten der Opposition an, sich an den schwierigen Entscheidungen zu beteiligen. Sollten Sie sich jedoch aus reinem Opportunismus für eine Verweigerungspolitik entscheiden, so wird Rot+Grün stark genug sein, die Entscheidungen auch allein zu treffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nur zu!)

Unabhängig von den wichtigen Verkehrsprojekten wird in den nächsten fünf Jahren die Ostseekooperation - vor allem mit der Region Kopenhagen und Südschweden - das wichtigste Feld für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes sein. Wir Sozialdemokraten werden mit voller Kraft für eine gute Zukunft des - wie es „RSH“ nennt - schönsten Bundeslandes der Welt arbeiten. Und wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, daran mitzuarbeiten. Es lohnt sich für unsere eigene Zukunft und für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Fraktionsvorsitzenden der F.D.P. das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir müssen uns alle erst an die neue Reihenfolge der Redner gewöhnen.

(Lothar Hay [SPD]: Ich hätte gern nach dir gesprochen!)

- Das kann ich mir vorstellen!

„Mit Spannung“ - so war den „Kieler Nachrichten“ von gestern zu entnehmen-, werde die Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Heide Simonis erwartet. Doch was Spannendes zu erwarten? Etwas Neues? - Schon der Koalitionsvertrag zwischen Rot und Grün, dessen spannendste Elemente die Geschwindigkeit seiner Beratung und die Schlichtheit seiner Formulierung sind, zeigt die Tristesse gähnender Langeweile des „Weiter so“, für die Grün-Rot bei dieser Landtagswahl angeblich gewählt wurde.

Wurden Sie, Frau Ministerpräsidentin, wurden die Parteien Grün und Rot wirklich für das „Weiter so“ gewählt? Wollten die Wählerinnen und Wähler nicht vielmehr einen Politikwechsel hin zu weniger Fortschrittsverweigerung und weg von dem Mief unsäglich-er Provinzialität, den die letzte Regierung allen amtlichen PR-Maßnahmen zum Trotz verbreitete? - 3.000 SPD-Mitglieder sind im Oktober 1999 zu einem Kongress mit dem Titel „Arbeit, Bildung, Innovation“ ihrer Partei eingeladen worden - und niemand hat sich dafür interessiert. Warum sollte sich die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit für diese Regierungserklärung interessieren, die in weiten Bereichen ihrer Ankündigungen eher den Fünfjahresplänen des ZKs der SED ähnelte?

(Beifall bei der F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

Säße diese Regierung jetzt auf der Regierungsbank, hätte es die CDU-Spendenaffäre nicht gegeben? Ich will nicht bewerten, ob es der CDU dieses Landes gelungen wäre, ohne unsere Hilfe eine neue Aufbruchstimmung im Land zu erzeugen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mein Freund Volker, warum ist der nicht gekommen!)

Mit Volker Rühle an der Spitze und an unserer Seite hätte zumindest die Chance bestanden. Nun hat die CDU keinen Stich bekommen, obwohl sie ihn verdient hätte. Max Stich hat im „Flensburger Tageblatt“ vom 6. Mai 2000 für die Zukunft der Union - nach meiner

(Wolfgang Kubicki)

Auffassung, Herr Kollege Wadephul - alles Notwendige gesagt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das aus meiner Sicht wirklich Erfreuliche, Herr Kollege Hentschel, an dem **Wahlausgang** vom 27. Februar 2000 ist die Tatsache, dass die F.D.P. Schleswig-Holstein die Verhältnisse zwischen der F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - übrigens nach der Bundestagswahl zum zweiten Mal - zurecht-rücken konnte. Die Menschen wollen weniger grüne Behinderung, sie wollen nicht erzogen oder betreut werden, sie wollen offensichtlich mehr Liberalität und wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik. Ich bin mir nicht sicher, ob der vollständige Personalwechsel bei den Grünen, der in beeindruckender Weise die ersten Drei der Liste auf die letzten drei Parlaments-sitze der Grünen verbannte, eine positive Reaktion auf das Wähler-votum darstellt.

Und ich bin mir auch nicht sicher - nachdem wir ja gehört haben, die Grünen hätten in den letzten Jahren so viel gelernt -, ob es richtig ist, die beiden Kabi-nettsposten der Grünen ständig dem Bündnis für Aus-bildung zuzuordnen.

(Beifall und Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Kollege Hay, ich bin mir auch nicht sicher, ob der personelle Verlust der Minister Ekkehard Wienholtz und vor allem Gerd Walter im Kabinett und in der SPD ohne weiteres wettgemacht werden kann. So viele Personen, die über den Tellerrand der nächsten Tage hinaus-blicken können und dies auch tun, hat dieses Land nicht. Über den Tellerrand hinaus-blicken ist das Stichwort, um sich mit der Drohung der Ministerprä-sidentin auseinander zu setzen, diese Regierung die nächsten Jahre bis zu ihrem Ende zu führen.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Wie steht die schleswig-holsteinische Sozialdemoka-tie, wie steht der sozialdemokratische Teil des Kabi-netts, wie steht die Ministerpräsidentin eigentlich zur **Grundwertediskussion in der SPD** und deren span-nenden politischen Konsequenzen? Wie reagieren wir als Land auf die Herausforderungen der Globalisie-rung und einer Intensivierung des Wettbewerbs? Be-reiten wir unsere jungen Menschen auf die Zukunft ausreichend vor und nutzen wir unsere wenigen Re-sourcen optimal? - Die Folgerungen, Frau Minister-präsidentin, die sich aus den jüngsten Äußerungen des Bundeskanzlers und SPD-Parteivorsitzenden Gerhard Schröder und des stellvertretenden Vorsitzenden und wahrscheinlich auch künftigen Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens Wolfgang Clement ergeben, sind weit reichend und kommen einer liberalen Rev-

lution gleich - jedenfalls erinnern sie in vielem an die Politik, die die F.D.P. in diesem Land seit langer Zeit fordert.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn Wolfgang Clement erklärt, die SPD müsse sich von ihrer bisherigen Definition sozialer Gerechtigkeit verabschieden und akzeptieren, dass gerecht auch die Hinnahme, ja die Förderung der Ungleichheit sein könne, weil nur so die Leistungsbereitschaft und der Leistungswille gestärkt werden könnten und gesell-schaftlichen Wohlstand erzeugten - so nachzulesen in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 27. April 2000 -, dann muss diese Einsicht auch Auswirkungen auf unser **Bildungssystem** haben, und zwar sowohl insti-tutionell als auch inhaltlich. Dann muss es einen Wett-bewerb zwischen den Schulen, privaten wie öffentli-chen, zwischen den Hochschulen, privaten wie öffentli-chen, und den Bildungseinrichtungen insgesamt ge-ben. Wenn Bundeskanzler Gerhard Schröder heute davon spricht, dass eine gezielte Elitenförderung von-nöten sei - die Green Card lässt grüßen - muss dies Auswirkungen auf die innere Struktur der Schulen und Hochschulen, ihre Ausstattung in jeder Hinsicht, vor allem aber auch auf die Vermittlung der Inhalte haben. Welche Debatten haben wir hier im Haus über die Frage der Förderung von Hochbegabten, der Ausbil-dung von Eliten, des Bildungswettbewerbs, der Wis-sensvermittlung geführt - jeweils auf Initiative oder jedenfalls unter erheblicher Mitwirkung der F.D.P. - und auf welche Weise, verehrter Herr Kollege Hay, reagierten jeweils die Sozialdemokraten in einem na-hezu pawlowschen Reflex auf die angeblich so kalten sozialdarwinistischen Liberalen?

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den
Vorsitz)

Welche Debatten haben wir über die Frage der Flexi-bilisierung, der Entbürokratisierung und der Privatisie-rung geführt? Immer empfanden Sozialdemokraten dies als Angriff auf soziale Errungenschaften, die es um jeden Preis zu verteidigen galt. Heute wissen auch Sozialdemokraten, dass im Standortwettbewerb die Attraktionen entscheiden. Hiervon hängt unsere künf-tige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ab.

Überregulierung und Bürokratisierung sind der sichere Weg in die Stagnation. Aber überall dort, wo der schöpferischen Kraft des Menschen nicht nur keine Steine in den Weg gelegt wurden, sondern seine Le-stungsbereitschaft gefördert wird, stellen wir **Ent-wicklung und Wachstum** fest.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der
CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Was mich besonders beeindruckt, Kollege Kayenburg, ist die Tatsache, dass dieselben Sozialdemokraten, die vor einiger Zeit noch das Nullwachstum propagierten, heute mit Wachstumsraten von 2,8 oder 3% werben - und das als Ausweis erfolgreicher Politik.

Den besten Anschauungsunterricht für die Richtigkeit der Auffassung, dass Wachstum nötig ist und viele Probleme lösen hilft, liefert die jüngere europäische Geschichte. Die Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern macht deutlich, worin die Perversion, das unverzeihliche Unrecht des Sozialismus bestanden haben: Er hat die Menschen behindert, ihre Talente zu entfalten, ihre Schaffenskraft zu beweisen und nach ihren Neigungen leben zu können. Die Menschen in Polen, Tschechien, Ungarn oder in den neuen Bundesländern sind vor dem Zusammenbruch des Kommunismus nicht weniger begabt, anspruchsvoll und fleißig gewesen als jetzt - aber man hat sie früher nicht machen lassen.

Heute beweisen sie, dass sie zu einer rasanten wirtschaftlichen Aufholjagd fähig sind. Heute sind zum Beispiel die sächsischen Uhrenbauer aus Glashütte wieder weltspitze, und das in einem hart umkämpften Markt.

Die Politik muss den Menschen die Chance geben, ihren Neigungen nachzugehen, ihre Talente zu verwirklichen. Nur so kann es gelingen, durch den Abbau der Arbeitslosigkeit wieder oder erneut ein Umfeld hoher sozialer Sicherheit zu schaffen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dies lässt sich durch marktwirtschaftliche Mittel besser erreichen. Staatliche Beiträge der Landespolitik in den nächsten Jahren sollten sich neben der Mitwirkung an einer weit greifenden Steuerreform auf Maßnahmen zur **Verbesserung der Infrastruktur und des Ausbildungswesens** konzentrieren, kurz gesagt auf alles, was die Attraktivität des Standorts Deutschlands und vor allem Schleswig-Holsteins erhöht und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit steigert.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Soweit sich das Angebot des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Lothar Hay, zur Zusammenarbeit an die Opposition hierauf bezieht, werden wir uns nicht verweigern. Die Herstellung von Ruhe zur Kaschierung einer verfehlten Politik kann und darf allerdings von uns nicht erwartet werden. Und, Herr Kollege Hay, Gesprächsangebote sollte man schlicht nicht dadurch untermauern, dass man entweder die Personen, mit denen man reden will, angreift, oder aber droht, man werde es, wenn die Opposition nicht fügsam sei, im Zweifel alleine machen. Im Hinblick auf den von mir sehr geschätzten Volker Rühle erlauben Sie mir eine

Anmerkung - weil ich unerhört finde, was Sie hier vorgetragen haben. Als führendes Mitglied einer Partei, dessen ehemaliger Bundesvorsitzender sich halunkenhaft vom Acker gemacht hat, sollten Sie in dieser Frage den Ball flach halten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich will die Aufrichtigkeit der Analyse des Kollegen Hay in seinem „KN“-Gespräch vom 9. Mai 2000 ausdrücklich hervorheben, man habe 1994 und später nicht den Mut zu notwendigen Sparmaßnahmen und strukturellen Haushaltsverbesserungen aufgebracht. Aber was ist damals mit entsprechenden Vorschlägen der F.D.P. geschehen? Und wie ist 1996 mit dem Vorschlag der F.D.P. verfahren worden, mit einem Investitionsprogramm in Höhe von 40 Millionen DM über vier Jahre alle Schulen mit PCs zu versorgen?

(Martin Kayenburg [CDU]: Eben!)

Heute die Debatten nachzulesen, kann lohnend sein. Vergleichen wir doch nur die heutigen Aussagen von Ute Erdsiek-Rave und Heide Simonis mit denen von vier Jahren. Wo wären wir in diesem Land eigentlich, wenn das Programm 1996 gemeinsam umgesetzt worden wäre?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wie sähen unsere Schulen heute aus, hätten wir die letzten vier Jahre nicht mit Spiegelfechtereien verbrennen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben heute im **Zeitalter der dritten technologischen Revolution**. Den meisten Menschen ist noch nicht voll bewusst, mit welcher Wucht und Nachhaltigkeit diese Entwicklung auf die wirtschaftliche Existenz von Nationen einwirkt und wie sehr es schon heute das Leben einzelner Menschen bestimmt. Vielen Menschen macht diese Entwicklung Angst.

Die technische Entwicklung der Kommunikationsmittel - insbesondere die Datenübertragung durch Internet, Satellitenkommunikation, Fax und Telefon - hat uns einen Punkt erreichen lassen, wo jedermann irgendwo auf der Welt und zu jedem beliebigen Zeitpunkt Informationen minuten-, ja sekundenschnell abrufen und verschicken kann. Dies ist der Kern der dritten technologischen Revolution. Sie hat das Zeitalter der Globalisierung ausgelöst.

Die Durchbrüche in der Datenübertragung, aber auch die Entwicklungen in der Verkehrstechnik und im Frachtwesen haben unseren Planeten in ein globales Dorf verwandelt. Mehr und mehr Firmen richten in der globalen Welt ihre gesamte Wertschöpfungskette global aus. Es kann an jedem Ort der Welt produziert werden, wenn das betriebswirtschaftlich sinnvoll ist.

(Wolfgang Kubicki)

Damit schießen neue Produktionsstätten aus dem Boden und treten in Wettbewerb mit etablierten Standorten.

Die **Globalisierung** reicht jedoch in ihrer Tragweite über die Wirtschaft hinaus. Sie erfasst alle Bereiche, die Kultur ebenso wie die Gesellschaftspolitik, die Beschäftigungspolitik ebenso wie die Sozialpolitik, unsere innere und äußere Sicherheit ebenso wie den Schutz unserer natürlicher Lebensgrundlagen. Und sie reicht in ihren Wirkungen über unsere Grenzen hinaus, sowohl in ihren positiven Folgen als auch in ihren Fehlentwicklungen und sie macht deutlich, wie begrenzt eigentlich der Regelungsraum ist, innerhalb dessen wir uns bewegen.

Wir haben die Erschütterungen, die sich 1997 durch die Finanzkrise in Asien einstellten, in vielen Ländern der Welt gespürt, auch in Schleswig-Holstein. Sie führte zu Firmenzusammenbrüchen, Arbeitslosigkeit und plötzlicher Verarmung. Wir stoßen auch auf ein hässliches Gesicht der Globalisierung. Dieselben Instrumente der Kommunikationstechnik, die Fortschritt und Wohlstand ermöglichen, werden durch kriminellen und perversen Umgang zu einer Bedrohung, wie dies der „love-letter“ nachdrücklich belegt. Sie fördern die Ausdehnung des organisierten Verbrechens, des Frauenhandels und der Kinderpornographie, wie erst kürzlich der Weltentwicklungsbericht der Vereinten Nationen 1999 eindringlich beschrieben hat.

Wir müssen sehen, dass die Globalisierung etwas bewusst gemacht hat, was wir schon früher hätten erkennen sollen: Wir sind in unserer einen Welt stärker denn je voneinander abhängig und aufeinander angewiesen. Das ist der eigentliche Kern der Problematik der Globalisierung.

Welches konkrete Handeln steht denn hinter dem Begriff? Es ist nichts anderes als die Suche nach demjenigen Standort, der für die Herstellung eines Produktes oder einer Dienstleistung am geeignetsten erscheint. Die Frage der Standortentscheidung aber ist uralte.

Neu hingegen ist, dass sich die Frage des Standorts „entnationalisiert“ hat. Plakativ gesprochen: Musste sich das Unternehmen früher zwischen Flensburg und Garmisch entscheiden, steht ihm heute fast die ganze Welt offen. Pilsen liegt übrigens näher an Frankfurt als Flensburg.

Globalisierung ist damit im Gegensatz zu früher auch zu einer Frage geworden, unter welchem politischen oder rechtlichen Umfeld ein Unternehmen produziert oder seine Dienstleistung anbietet. Das begrenzt erneut den Handlungsrahmen unserer politischen Entscheidungen.

Die Frage, ob dies ein Segen oder ein Fluch ist, wird von vielen mit großer Leidenschaft diskutiert. Es macht aber keinen Sinn mehr, über den Fluch oder den Segen der Globalisierung zu streiten, oder darüber, ob sie zu einem „Jobkiller“ oder „Jobknüller“ geworden ist.

Auch die Landesregierung hat ihre Position noch nicht gefunden und changiert zwischen „new labour“ und „neu laber“.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Auf der einen Seite gibt die Ministerpräsidentin ja mittlerweile zu, dass die Liberalisierung der Märkte, die Privatisierung bisher öffentlicher Leistungen und der Wettbewerb zu einer Vermehrung des Wohlstandes und nicht zu einer Verminderung geführt haben. Auf der anderen Seite verfällt sie reflexartig in alte sozialdemokratische Stereotypen und ist meilenweit von der Wirklichkeit entfernt. Beim Tag der offenen Tür an der Universität Kiel wurde die Ministerpräsidentin mit dem Vorschlag konfrontiert, die Universität doch einfach an die Börse zu bringen. Übrigens: Denkverbote soll es angeblich nicht geben. Zitat aus den „Kieler Nachrichten“ vom 8. Mai:

„Kurzerhand wetterte die Sozialdemokratin aufseiten der Gegner gegen die drohenden kapitalistischen Strömungen.“

- Gegen die drohenden kapitalistischen Strömungen! -

„Doch auch diese Argumentationshilfe nutzte nichts: Die Befürworter des Börsengangs machten bei der Zuhörerabstimmung per Hand das Rennen.“

Warum diese Verweigerungshaltung? Kann es sich Schleswig-Holstein leisten, sich vom Rest der Welt abzukoppeln? Macht es etwa einen Sinn, dass wir uns anders verhalten als beispielsweise Herr Scherf in Bremen, der gerade vor 14 Tagen gelobt hat, dass dort eine private Universität mit einem Post-value-Studium weltweit Kapazitäten heranholt und für die Ausbildungsmöglichkeiten in Deutschland sorgt?

Die Alternative kann doch nicht sein, wie die Frau Ministerpräsidentin in der „Süddeutschen Zeitung“ von heute erklären lässt: „Ich gehe immer wieder durch die Wand.“ - Das glaube ich sofort. Sinnvoller für dieses Land wäre es allerdings, Sie würden - wie jeder vernünftige Mensch - die Tür nehmen.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Nehmen Sie wie die gesamte Sozialdemokratie die neuen Realitäten zur Kenntnis. Hören Sie mit dem Jammern auf. Hören Sie auf, Globalisierung als einen

(Wolfgang Kubicki)

Schicksalsschlag zu begreifen, sondern begreifen Sie sie als eine Chance, die es zu nutzen gilt.

Die Herausforderung besteht nicht darin, der Ausweitung globaler Märkte in den Arm zu fallen. Die Herausforderung besteht vielmehr darin, politische Vorkehrungen zu treffen, um die Vorzüge globaler Märkte und des globalen Wettbewerbs auszuschöpfen, aber zugleich Sorge dafür zu tragen, dass sich die Globalisierung zu einer Wohltat für die Menschen und nicht nur für den Umsatz entfaltet.

Den **globalisierten Märkten** müssen schnellstmöglich globalisierte oder zumindest europäisierte **politische Entscheidungseinheiten** gegenübergestellt werden. Der Nachholbedarf ist mit den Händen zu greifen. Das ist die eigentliche Lernaufgabe der Politik, der schnellen Veränderungsgeschwindigkeit der Märkte zu folgen und die Rahmenbedingungen den neuen technischen Gegebenheiten anzupassen.

Das vergleichsweise kleine Land Schleswig-Holstein muss sich Bündnispartner suchen: in der Bildungs-, der Wirtschafts- und der Infrastrukturpolitik. Mehr denn je gilt es, Probleme im internationalen Verbund zu lösen. Nicht nur die Zusammenarbeit im Ostseeraum muss intensiviert und ausgedehnt werden. Virtuelle länderübergreifende Hochschulen, gemeinsame koordinierte Infrastrukturpolitik, Zusammenarbeit der Regionen sind nur einige wenige Stichworte für zukünftige Projekte. Frau Ministerpräsidentin, auch Ihre dänischen Kolleginnen und Kollegen werden Ihnen erklären, dass es die Dänen mittlerweile Leid sind, dass die zwei Stunden Fahrzeitverkürzung durch die Große-Belt-Querung dadurch aufgefressen wird, dass die dänischen Fahrzeuge zwei Stunden länger vor dem Elbtunnel stehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Also auch hier wird es Zeit, nach dem Prinzip des do ut des zu verfahren. Auf diese Fragen muss sich der Fokus der Landespolitik richten, wenn wir in der globalisierten Welt bestehen wollen.

Ich will keineswegs dramatisieren, aber es geht nicht nur um die Lebensfähigkeit, sondern um die **Überlebensfähigkeit unserer Wirtschaft**. Reden Sie mit den Unternehmen, die in einem globalisierten Markt tätig sind! Dies führt zu einem umfassenden Wettbewerb, in dem nur derjenige überlebt, der das qualitativ beste Produkt unter den günstigsten ökonomischen Bedingungen herstellt. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist Ihnen das von Motorola ja ziemlich deutlich klargemacht worden, was den Standort Flensburg angeht.

Aber auch hier ist daran zu erinnern, dass dies nichts Neues ist. Schumpeter hat schon vor dem Zweiten Weltkrieg, ohne den Begriff der Globalisierung zu

nennen, analysiert, dass dem Markt sowohl ein zerstörerisches wie auch ein schöpferisches Element innewohnt, ja innewohnen muss. Im Zeitalter der Globalisierung haben sich allenfalls Tempo und Intensität dieses Prozesses erhöht. Das mag man vielleicht nicht wollen, aber so ist es nun einmal.

Industrieprodukte brauchbarer Qualität lassen sich inzwischen zu niedrigeren Lohnkosten praktisch überall günstiger herstellen als in Deutschland. Über Qualität und Produktivität entscheidet aber mehr als nur der Lohnkostenanteil. Entscheidend sind vielmehr hoch technologische Produktionsprozesse, Innovationsfähigkeit, qualifiziertes Management, überlegene Markt- und Vertriebsstrategien und begleitende Dienstleistungen. Es kommt also auf die **Mobilisierung intellektueller Ressourcen** an, um in einem sich verschärfenden Wettbewerb bestehen zu können. Bestimmte industrielle Leistungen sind heute nicht von einzelnen Unternehmen und nicht einmal allein von einer Volkswirtschaft zu erbringen. Hätte es Europa jemals geschafft, das Monopol der amerikanischen Luftfahrtindustrie zu durchbrechen, wenn es nicht zu einer internationalen Kooperation gekommen wäre, mit deren Hilfe der Airbus entwickelt und produziert werden konnte? Und wie provinziell, Kollege Hay, diskutieren wir die Frage der Erweiterung der Airbusflächen in der Nähe von Hamburg?

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Damit will ich sagen, dass jener in der Globalisierung verschärfte Wettbewerb einen **neuen kooperativen Ansatz** verlangt. Die Nutzung synergetischer Effekte und des vorhandenen Informationspotentials sind nach meiner Einschätzung heute die stärkeren Triebfedern für Unternehmensfusionen als der Wunsch nach Kapitalakkumulation oder einer Optimierung des Shareholder value.

Der Globalisierung begegnen zu wollen, hieße zu versuchen, die Ostsee mit einem Eimer leer zu schöpfen. Es kommt darauf an, sie zu begleiten, zu moderieren und zu gestalten.

Frau Ministerpräsidentin, diesen Anforderungen wird die Politik Ihrer rot-grünen Landesregierung nicht gerecht. Diese Regierungserklärung verdient ihren Namen nicht. Sie erklären uns nicht, wie Sie und Ihre Landesregierung den Herausforderungen der Zukunft begegnen wollen. Im Gegenteil, Ihre Erklärung sagt nur, was Sie in den letzten 12 Regierungsjahren nicht geschafft haben.

Nur wer in der Vergangenheit auf dem Abstellgleis gestanden hat, muss heute die Weichen neu für die Zukunft stellen. Nur wer Regionalliga spielt, hat den

(Wolfgang Kubicki)

Wunsch, endlich in der 1. Liga zu spielen. Nur wer Mitläufer ist, will Vorreiter werden. Schon da ist Ihre Sprache verräterisch. Statt neuer Ideen und Antworten präsentieren Sie uns nur neue Abkürzungen für die alte einfallsslose Subventionskannnenpolitik. Kollege Hay, ich kann der Tatsache, dass Schleswig-Holstein von der Europäischen Union und vom Bund und von anderen Ländern so viel Geld wie nie zuvor bekommt, nichts Positives abgewinnen; es sei denn, man macht damit jetzt endlich etwas Positives damit, denn es ist ein Zeichen dafür, wie strukturschwach unser Land in Wirklichkeit eigentlich ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich werde den Eindruck nicht los, dass sich die Originalität der Regierungserklärung darin erschöpft, jedes Programm mit einer phantasievollen Abkürzung und einer fortlaufenden Nummer zu versehen: ziel, ZAL, Baltic 21 und das Kürzungsprogramm wird bestimmt den Namen „weg“ tragen.

Und weiter? Warum reden wir erst heute über ein Abitur nach 12 Jahren, über eine ausreichende Anzahl von Computeranschlüssen an den Schulen, über neue Bildungsangebote an den Universitäten? Warum wird erst heute der Ausbau der Biotechnologie angekündigt, während in Bayern bereits ein Biotech-Valley entstanden ist? Schleswig-Holstein läuft immer nur hinterher. Übrigens, die Karikatur im „Flensburger Tageblatt“ von heute stimmt ja. Auch im Wellness-Bereich läuft Schleswig-Holstein hinterher und die in diesem Bereich Tätigen lachen sich geradezu krumm angesichts der Gesundheitspolitik der letzten Jahre, die auch diese Regierung zu verantworten hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie wollen immer das, was die anderen schon längst haben.

Nach 12 Jahren roter und rot-grüner Regierung ist das Land eben nicht ganz vorn - aller regierungsamthcher Propaganda zum Trotz. Diese Regierungserklärung ist ein Gemischtwarenladen, der für jeden etwas hat - von A wie „Arbeit“ bis Z wie „ziel“. Dabei ist das Sortiment eigentlich nicht nur trist, sondern auch weitgehend verdorben.

Das Lob auf die liberale und bürgernahe **Justiz- und Innenpolitik** hat die neue Justizministerin nicht davon abgehalten, von menschenunwürdigen Verhältnissen in den Gefängnissen des Landes zu sprechen. Ich will das gar nicht weiter kommentieren, weil ich ein persönliches, herzliches Verhältnis zu Gerd Walter habe. Aber wir erwarten jetzt, Frau Ministerin, dass nach dieser Feststellung, es liege ein Verstoß gegen die Menschenwürde nach Artikel 1 des Grundgesetzes vor, noch in diesem Jahr konkret in den Haushaltsberatun-

gen für das Jahr 2001 die Konsequenzen folgen werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Ankündigung, bis zum Jahre 2010 die **Neuverschuldung** auf null zu senken, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es allenfalls gelungen ist, die Höhe der Nettoneuverschuldung nicht noch weiter ansteigen zu lassen - übrigens hat das Bundesverfassungsgericht dankenswerterweise ja nun klargestellt, Herr Finanzminister, dass diese durch Artikel 53 unserer Landesverfassung wirklich begrenzt wird.

Die A 20 kann nur deswegen nicht zum Schlüsselprojekt erhoben werden, weil der grüne Koalitionspartner den Schlüssel zum Weiterbau nicht herausrückt -

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

mich wundert ja bei den Grünen mittlerweile gar nichts mehr -, obwohl ich mit großem Erstaunen gesehen habe, dass sich die Grünen wenige Tage vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen als ewige Befürworter jeden Straßenbaus outen.

Das ist Fortschritt nach dem Verständnis der beliebtesten Ministerpräsidentin, die Schleswig-Holstein je hatte. Sie machen jahrelang Fehler und rühmen sich dann der Beseitigung der Versäumnisse der Vergangenheit.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

In der sich schnell wandelnden globalisierten Welt ist Stillstand Rückschritt. Frau Ministerpräsidentin, ich würde doch das Begehren von jungen Menschen- von Schülerinnen und Schülern sowie von Studenten - ernst nehmen, die nach Ausbildung schreien. Das sind doch keine Dankesdemonstrationen, die draußen abgehalten werden, sondern das sind Hilferufe, denen Sie nicht mit dem Hinweis begegnen können, dass erst einmal Strukturreformen durchgeführt werden müssen oder dass die Mittel knapp sind. Wenn wir in diesem Bereich der intellektuellen Ressourcen nicht ordentlich investieren, müssen wir uns über die sozialen Folgewirkungen in drei, vier, fünf oder zehn Jahren überhaupt gar keine Gedanken mehr machen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Mit Ihrer Erklärung hat die Ministerpräsidentin nicht erkennen lassen, wie, ja noch nicht einmal ob Sie sich den geänderten Realitäten stellen möchte. Die vergangenen vier Jahre rot-grüner Regierung haben das Land nicht entscheidend vorankommen lassen. Die Rezepte, die schon in der Vergangenheit wenig Wirkung gezeigt haben, einfach in die Zukunft fortzuschreiben, reicht nicht.

(Wolfgang Kubicki)

Die Ministerpräsidentin hat bereits erklärt, die Umsetzung Ihrer Vorstellungen werde nicht in fünf Jahren zu schaffen sein. Nach dem, was die Sozialdemokratie in diesem Land in den letzten 12 Jahren nicht geschafft hat, glaube ich Ihr das aufs Wort.

Mit der alten Politik werden die Sozialdemokraten die neuen Herausforderungen auch in 20 Jahren nicht meistern. Für eine Politik des „Weiter so“ steht die F.D.P. nicht zur Verfügung. Aber wir werden, soweit es landespolitischen Gestaltungsspielraum gibt, als gestärkte Oppositionskraft - Kollege Hay, das wird die Sozialdemokratie dieses Hauses noch vehement spi-

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

unsere Möglichkeiten nutzen, um Schleswig-Holstein attraktiv zu machen oder zu halten, damit die Menschen dieses Landes, insbesondere die jungen, ihrer Zukunft gesichert entgegensehen können.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Kollege Astrup, Angst solltet Ihr nicht haben. Verstand würde mir reichen.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich erteile dem Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist Mai in Schleswig-Holstein. Die Rapsfelder blühen. Das zarte Grün bricht aus den Zweigen. Die Menschen ziehen die dicken Wintermäntel aus, setzen freundliche Gesichter auf und aus den Fenstern des Landeshauses sieht man die ersten weißen Segel über die Förde kreuzen.

(Klaus Schlie [CDU]: Die Vorhänge sind doch zugezogen!)

Schade, dass die Vorhänge heute vorgezogen sind. Für mich als Schleswig-Holsteiner, der das Meer liebt, als Grünen-Politiker, der die Natur und die Menschen liebt, kann es gar keine schönere Zeit geben, über die Regierungserklärung einer rot-grünen Regierung in meinem Land zu reden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist auch mein Land!)

Natürlich kann ich verstehen, meine Damen und Herren von der Opposition, dass Sie diese Regierung nicht so gut finden dürfen. Das ist nicht nur verständlich, es ist sogar die vornehmste Aufgabe der Opposition in einer Demokratie, die Finger möglichst geschickt in alle Wunden zu legen. Was man aber erwarten kann, ist, dass Sie es mit Intelligenz tun und dass Sie Alternativen aufzeigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stereotypen!)

Eine Alternative ist es nicht, wenn Herr Kubicki einen volkswirtschaftlich-theoretischen Exkurs über die Globalisierung und Technologie hält, der eher als theoretische Begründung für die Regierungserklärung erhalten könnte,

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

und wenn er im zweiten Teil seiner Rede ununterbrochen erzählt, dass im Grunde alle Vorschläge von ihm stammen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt überhaupt nicht!)

Eine Alternative ist es auch nicht, wenn Herr Kayenburg über einen großen Teil seiner Rede hinweg mit der Aufarbeitung der verlorenen Wahl beschäftigt ist und mit „ich und Herr Rühle“ dem verlorenen Spitzenkandidaten nachtrauert.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben überhaupt nicht zugehört!)

Der ehemalige Abgeordnete Max Stich hat sicherlich Recht, wenn er sagt - ein CDU-Abgeordneter; letzte Woche in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ -:

„Politik besteht nicht nur darin, die Regierung zu kritisieren. Das ist nur ein Teil der Arbeit der Opposition. Der wichtigere Teil besteht darin, den Wählern, den Bürgern im Lande Alternativen aufzuzeigen. Da kommt derzeit von der Landes-CDU zu wenig.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

„Stattdessen spekulieren fast alle nur auf die Postenvergabe.“

Nach vier erfolgreichen Jahren grüner Regierungsbeteiligung

(Lachen bei CDU und F.D.P. - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wo sind sie denn, die Minister?)

(Karl-Martin Hentschel)

versuchen die Oppositionsparteien immer noch, an uns das Darniederliegen der **schleswig-holsteinischen Wirtschaft** festzumachen. Das entbehrt nicht einer gewissen Hilflosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Wie Sie vielleicht wissen, hat uns Minister Rohwer gerade in der letzten Woche seinen Wirtschaftsbericht vorgelegt - auch wenn das zu kurzfristig war, als dass Sie in der Lage gewesen wären, ihn zu lesen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wer hat den denn?)

Darin finden wir doch die erstaunliche Tatsache vermerkt, dass just seit 1997- also ein Jahr nach dem Eintritt der Grünen in die Regierung - die **Exportquote**

(Lachen bei CDU und F.D.P. - Heiterkeit bei der SPD - Anhaltende Zurufe)

Schleswig-Holsteins um 3 % gestiegen ist.

(Klaus Schlie [CDU]: Sie könnten ja in der Lach- und Schießgesellschaft auftreten! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sie sollen hier keine Büttenrede halten!)

Wenn das unter einer CDU/F.D.P.-geführten Regierung geschehen wäre, kann ich mir gut vorstellen, wie Sie das dann auf die segensreiche Signalwirkung Ihrer beiden Parteien und das gute Klima der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Wirtschaft zurückgeführt hätten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Aber es geht noch weiter. Just unter einer grünen Regierungsbeteiligung wurde Schleswig-Holstein, was die Zahl der **Existenzgründungen** angeht, zu dem Land, das stets unter den drei Spitzenländern dieser Republik zu finden war; zufälligerweise geschah das ausgerechnet, nachdem wir in den Koalitionsvertrag eine Existenzgründungsoffensive geschrieben und anschließend auch gestartet hatten. Ich frage Sie: Was hätten Sie gesagt - worauf hätten Sie das zurückgeführt -, wenn das unter einer CDU/F.D.P.-Regierung gelungen wäre?

Kann es sein, dass die **Verdoppelung der Naturschutzflächen** in Schleswig-Holstein wider alles Erwarten diesem Land doch nicht geschadet hat, sondern es sogar attraktiver gemacht hat?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum haben Sie dann bei der Wahl verloren?)

Kann es sein, dass der Ausbau der **regenerativen Energien** und das Setzen auf **ökologische Produktionsverfahren** in diesem Land entgegen Ihren Warnungen doch Arbeitsplätze geschaffen hat?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Kann es sein, dass die explizite **Förderung von Frauen** in der Wirtschaft gar nicht so unlogisch ist, wie uns die F.D.P. immer weismachen wollte?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum haben Sie dann eigentlich verloren?)

Ich jedenfalls bin von den von Ihnen vorgetragenen Argumenten noch nicht endgültig überzeugt, muss ich ehrlich sagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie wollen wir ja auch nicht überzeugen, Herr Hentschel!)

Davon hat sich die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin deutlich abgehoben, weil sie den Blick nach vorn gerichtet hat. Dabei ist mir durchaus bewusst, dass es uns noch nicht gelungen ist, alle Probleme dieses Landes zu lösen, und erst recht nicht die der Welt. Im Gegenteil, es treibt mich um, wenn ich weiß, dass es immer noch 100.000 Arbeitslose in Schleswig-Holstein gibt. Es treibt mich um, wenn Jahr für Jahr mehr Kinder an Allergien erkranken, weil wir immer noch unkontrolliert Tausende von künstlich produzierten Chemikalien freisetzen, deren Wirkungen unbekannt sind. Es treibt mich um, wenn immer noch Tag für Tag wertvolle Naturflächen ohne echten Ausgleich auch in Schleswig-Holstein verloren gehen. Ich bin mir durchaus bewusst, dass wir trotz unserer Probleme für jemanden, der uns hier aus afrikanischer Sicht betrachten würde, wahrscheinlich auf einer Insel der Seligen leben. Noch immer wächst der Abstand zwischen den reichen und den armen Ländern weiter an. Noch immer ist unsere Produktionsweise nicht so naturverbunden und Ressourcen schonend, dass wir sie auf ganz Afrika und Asien übertragen könnten, ohne dass die Erde an Umweltproblemen zugrunde geht. Deshalb ist mir auch schmerzhaft bewusst, dass wir zur **Lösung dieser Probleme** die notwendige **Wende in der Politik** auch in Schleswig-Holstein noch nicht endgültig vollzogen haben.

(Klaus Schlie [CDU]: Das stimmt!)

Aber ich kann nicht erkennen, dass die beiden Sprecher der Opposition hier - ob mit oder ohne Volker Rühle - Antworten skizziert haben, die uns der Lösung dieser Probleme näher bringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Karl-Martin Hentschel)

Deshalb stelle ich fest: Die Opposition ist keine Alternative.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich will Ihnen skizzieren, wie wir uns die Zukunft dieses Landes vorstellen, welche mittelfristigen Ziele wir mit unserer Politik hier in Schleswig-Holstein

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das würde doch die Menschen erschrecken!)

und warum wir sie in den Koalitionsvertrag eingebracht haben.

Meine Damen und Herren, ich beginne - ich kann Ihnen das auch nicht ersparen, Herr Kubicki - mit der Vision einer **nachhaltigen Wirtschaftspolitik**. Ich bin davon überzeugt, dass die entscheidenden Kriterien für die Wirtschaftsweise des neuen Jahrhunderts folgende Punkte sein werden.

Erstens: Komme ich bei der Produktion mit einem Minimum an Energie aus?

Zweitens: Komme ich mit einem Minimum an Rohstoffen aus?

Drittens: Ist das Produkt hundertprozentig wiederverwertbar?

Viertens: Sind die Produktion und das Produkt hundertprozentig umweltverträglich ohne schädliche Emissionen?

Der entscheidende Antrieb für die Innovationen der kommenden Jahrzehnte ist also die ökologische Verträglichkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das heißt, die entscheidende Veränderung, die uns bevorsteht, ist die „Effizienzrevolution“,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott!)

wie Weizsäcker sie genannt hat: Die Minimierung des Ressourcenverbrauchs, die Wiederverwendbarkeit aller Materialien und die Vermeidung von schädlichen Einwirkungen auf die Umwelt. Wir werden eine Wirtschaftsweise entwickeln, die auf Generationen hinaus nachhaltig ist und nicht in einer Generation oder zwei Generationen unsere Ressourcen verbraucht und man am Ende vor einem Scherbenhaufen steht.

Dazu ein Beispiel: Das Auto der Zukunft wird ein Auto sein, das mit weniger als einem Liter Benzin-Äquivalent für 100 km auskommt, das nur Wasserdampf und eventuell Kohlendioxid ausstößt und dessen Verschleißteile vollständig biologisch abbaubar

(Klaus Schlie [CDU]: Und wo ist das Gewerbegebiet dafür?)

und die sonstigen Teile hundertprozentig wiederverwertbar sind.

Zweites Beispiel: Die Energieversorgung der Zukunft basiert zu 100 % auf regenerativen Energien wie Sonne, Wind, Wasser und Erdwärme.

Drittes Beispiel: Das Haus der Zukunft ist das Passivhaus, das keine Heizung mehr benötigt und trotzdem zu allen Jahreszeiten angenehm warm ist, ein gesundes Innenklima hat, möglicherweise sogar eine vollständige Kompostierung aller organischen Abfälle und Reinigung des Abwassers bereits im Haus gewährleistet und das natürlich beim Abriss vollständig wiederverwertbar gebaut ist.

Wer sagt, das gehe nicht, der weiß nicht, was heute bereits in den Laboren entwickelt wird, der weiß nicht, welche Haustypen bei uns heute schon serienmäßig von Fertighausherstellern im Internet herzustellen sind; die Adresse ist bei mir zu haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich bin überzeugt davon, dass dasjenige Land, das als erstes eine solche Produktionsweise entwickelt, einen Konkurrenzvorsprung für die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte hat. An diesen Kriterien werden sich alle Produktionsverfahren messen lassen müssen, zum Beispiel auch die umstrittene Biotechnologie. Ich halte die Biotechnologie für eine große Chance, wenn sie richtig genutzt wird. **Sanfte biotechnische Produktionsverfahren** sind energiesparender

(Martin Kayenburg [CDU]: Können Sie das einmal definieren?)

und können umweltverträglicher sein als die klassischen energieintensiven chemischen Prozesse.

Aber biotechnische, insbesondere gentechnische Verfahren sind auch eine Risikotechnologie, die sorgfältiger Technikfolgenabschätzung, gründlicher Sicherheitsverfahren und in bestimmten Bereichen auch eindeutiger Verbote bedürfen, damit nicht unkontrolliert Organismen freigesetzt werden, deren Wirkungen auf die Biosphäre unvorhersehbaren Schaden bewirken können.

Diese Zielvorstellungen, diese Visionen sind der Grund dafür, dass wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, dass in Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren die Förderung der **ökologischen Innovationen** einen besonderen Stellenwert haben soll. Das ist der Grund, warum wir aus der Atomenergie aussteigen und anstreben, bereits in wenigen Jahren über die

(Karl-Martin Hentschel)

Hälfte des Stroms in Schleswig-Holstein regenerativ zu erzeugen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das ist der Grund, warum wir mit der Wohnbauförderung in die wärmetechnische Altbausanierung und beim Neubau in die Passivhausförderung einsteigen wollen. Das ist der Grund, warum wir vereinbart haben, die Brennstoffzellentechnologie zu fördern, warum wir das Öko-Audit fördern, warum insbesondere die sanften Biotechnologien in Schleswig-Holstein vorangetrieben werden sollen. Das ist auch der Grund, warum in Zukunft Umwelt, Gesundheit und Effizienz immer mehr Standortfaktoren werden, die darüber entscheiden, ob Kapital in Schleswig-Holstein investiert werden wird, ob die Menschen hier gern leben und ob es uns gelingt, die Arbeitsplätze der Zukunft zu schaffen.

Deshalb gilt: Ökologie ist die Ökonomie der Zukunft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, Bildung und Jugend sind in den letzten Jahren zu Metaphern des Zeitgeistes geworden. In den Medien ist Jugend anscheinend alles. Politik und Wirtschaft wie auch Wissenschaft überbieten sich in den letzten Jahren in lautstarken Bekundungen für die Jugend und dafür, dass die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts eine **Bildungsgesellschaft** sein wird.

Es gibt **bildungspolitische Diskurse**, in denen anscheinend Bildung nur noch danach beurteilt wird, ob jeder Schüler und jede Schülerin mit ausreichenden Kilobit pro Sekunde ans Internet angeschlossen ist.

Die Wirklichkeit sieht jedoch leider anders aus. In unserer Gesellschaft werden weniger Kinder geboren als je zuvor. Kindergeschrei wird schon vielerorts als Ruhestörung empfunden. Kinder sind inzwischen das Armutsrisiko Nummer eins in dieser Republik. Zugleich fühlen sich immer mehr Kinder und Jugendliche von den wachsenden Bildungsanforderungen überfordert und verweigern sich dem System.

Wenn es stimmt, dass die Jugend, die Kinder es sind, von denen unsere Zukunft abhängt, wenn es stimmt, dass die Zukunft von einer guten Ausbildung abhängt, dann müssen wir mehr tun, als alle Kinder mit Computern auszurüsten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich glaube, gerade als EDV-Spezialist kann ich es mir leisten, das zu sagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glaube ich nicht!)

Deshalb wollen wir die Schulzentren zu Stadtteilzentren weiterentwickeln. Deshalb wollen wir die Schulen zu **Lebensorten** machen, bei denen eben nicht nur Lernen stattfindet, sondern auch Freizeit, Sport, Musik, Tanzabende, Hobby-Treffs und so weiter stattfinden. Schulen sollen Lernorte für Jugendliche und Erwachsene sein, sie sollen ganztägig und bis in den Abend und auch in den Ferien geöffnet sein.

(Unruhe bei CDU und F.D.P.)

In diesen Zusammenhang gehört auch, dass wir an allen Grundschulen eine feste Halbtagsbetreuung brauchen. Wir brauchen mehr Ganztagschulen und wir brauchen endlich Mittagessen und Schularbeitbetreuung in den Schulzentren. Kinder und Beruf müssen endlich tatsächlich vereinbar sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Diese Themen werden wir in den kommenden Jahren Schritt für Schritt anpacken, obwohl wir wissen, dass diese Schritte erst einmal Kosten für das Land und für die Kommunen verursachen werden. Wenn es aber stimmt, liebe Opposition, dass eine gut ausgebildete und für die Gesellschaft engagierte Jugend unsere Zukunft ist, dann wird sich diese Investition auszahlen.

Ein Schritt auf dem Weg zur Schule der Zukunft ist auch die geplante Angliederung der Jugendhilfemaßnahmen an die Schulen. Schule und Jugendamt sollen nicht länger nebeneinander herarbeiten. Wenn die Schule zum Stadtteilzentrum wird, dann ist es selbstverständlich, dass die Jugendarbeit auch dort stattfindet.

Zur Schule der Zukunft gehört auch die Öffnung der Schule. Das betrifft die Arbeitsbiografien von Lehrerinnen und Lehrern, mit denen wir die Fluktuation zwischen Schule und Arbeitsleben erleichtern wollen. Das betrifft die **Kontakte mit dem Arbeitsleben** und mit Betrieben, die sich an vielen Orten des Landes bereits immer mehr entwickeln. Dazu gehört auch der Einsatz von Lehrbeauftragten ergänzend zu fest angestellten Lehrerinnen und Lehrern, um zusätzliche Impulse in die Schulen hineinzubringen.

Sie sehen, unser Bild von der Schule der Zukunft umfasst mehr als die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer und Computer. Aber auch hier haben wir uns entschieden, alles zu tun, was irgend möglich ist, und wir werden in dieser Legislaturperiode 200 Lehrerinnen und Lehrer

(Karl-Martin Hentschel)

mehr einstellen, als es die Opposition wohlfeil gefördert hat.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für uns gilt nämlich: Bildung steht an erster Stelle.

(Beifall von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Was für die Schulen gilt, gilt entsprechend für die Hochschulen. Wir wissen, dass die Finanzlage auch hier harte Schranken setzt und dass nicht alles, was wünschenswert ist, auch machbar ist. Ich bin aber davon überzeugt, dass wir auch in Zukunft sehr viel Geld in den Ausbau unserer Hochschulen stecken werden. Gern hätten wir, als vorige Woche die Studentinnen und Studenten der CAU vor dem Parlament demonstrierten, ihnen zugerufen: „Eure Wünsche werden alle erfüllt!“ Aber so einfach geht es nicht.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Hochschulen hängt eben nicht nur davon ab, wie viel Geld verteilt wird. Ich weiß, dass in den letzten Jahren sehr viel passiert ist. Dabei fielen den Fachhochschulen Veränderungen manchmal leichter als der großen Universität. Meine Vision sind Hochschulen, die sich selbst als geistige Zentren des Landes, als **Dienstleistungsbetriebe des Landes** verstehen. Wir brauchen die Öffnung der Hochschulen - auch personell. Dazu gehören auch die Abschaffung der Habilitation, die gezielte Frauenförderung und die Einführung international vergleichbarer Abschlüsse.

Moderne Hochschulen brauchen aber auch handlungsfähige Strukturen. Autonomie und Budgetierung setzen ein effektives Management voraus. Zugleich muss das Land auch lernen loszulassen und darf sich nicht mehr in jeden Beschaffungsvorgang einmischen. Hier wurden mit der Hochschulgesetznovelle im vorigen Jahr wichtige Schritte getan. In der Umsetzung liegt aber noch viel Arbeit vor allen Beteiligten.

Meine Damen und Herren, wir leben in einem der reichsten Länder der Erde. Seit Anfang der siebziger Jahre hat sich der Wohlstand dieses Landes noch einmal verdoppelt. Trotzdem haben wir heute mehr Arbeitslose als damals, mehr Kinderarmut als damals und in der Folge auch mehr Jugendkriminalität.

Dies alles auf die Globalisierung zu schieben, wie es häufig gern gesagt wird, scheint mir nicht einleuchtend zu sein. Immerhin war Deutschland doch letztlich weit mehr Gewinner als Verlierer dieses Globalisierungsprozesses. Wenn bei uns trotzdem die sozialen Verwerfungen zugenommen haben, dann ist dies vor allem ein Grund dafür, sich an die eigene Nase zu fassen. Es schadet auch nicht, beim Fassen an die eigene Nase

ein bisschen nach Norden und Westen zu schielen - also in Richtung der Nachbarländer Dänemark und Niederlande. Immerhin standen diese Länder noch vor wenigen Jahren vor ähnlichen Problemen wie wir heute - mit hoher Arbeitslosigkeit, die sie in den letzten Jahren deutlich gesenkt haben, und sie sind sogar dabei, die Überschüsse im Staatshaushalt einzufahren.

Sicherlich, wir wissen, dass nicht alles übertragbar ist. Aber über zwei Punkte sind wir uns doch alle einig: Die Lohnnebenkosten beziehungsweise die Lohnsatzkosten müssen gesenkt werden und die Arbeitsmarktpolitik darf nicht zur Verwahrung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern im System führen, sondern muss aktiv darauf abzielen, die Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Jeder Mensch muss das berechtigte Gefühl haben, dass er gebraucht wird. Denn es gilt weiterhin: Arbeit und Gerechtigkeit sind das Fundament unseres Gemeinwesens!

Deshalb bin ich stolz darauf, dass in diesem Koalitionsvertrag eine Umorientierung der **Arbeitsmarktpolitik** nach dänischem Modell vereinbart worden ist. Ich finde, dies ist ein gutes Beispiel dafür, dass die intensiven und offenen Landtagsdebatten in der letzten Wahlperiode und die vielen Besuche von Landespolitikerinnen- und politikern in Skandinavien nicht nutzlos waren, sondern direkt in die Politik eingeflossen sind. Wir wollen jetzt erreichen, dass bald jeder Arbeitslose nach wenigen Monaten ein individuell zugeschnittenes Angebot bekommt, und wollen zu diesem Zwecke Job-Rotationsmodelle fördern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Ich warne aber davor zu glauben, dass wir mit der Vorlage von ASH 2000 bereits über den Berg sind. Im Gegenteil! Eine so gravierende Veränderung der Politik wird zwangsläufig zu erheblichen Problemen führen, weil sich natürlich die Wirklichkeit wieder als komplexer erweisen wird. Es wird Probleme geben - wie bei jeder großen Umstellung-, es wird sicherlich auch Proteste geben und es werden Korrekturen erforderlich sein. Weil dies so ist, möchte ich heute schon alle Kolleginnen und Kollegen in diesem Parlament auffordern, diesen Prozess offen und konstruktiv zu begleiten und zu helfen, dass der **Abbau der Arbeitslosigkeit** Erfolg hat, und nicht wieder unsinnig herumzupolemisieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Bei der Senkung der Lohnnebenkosten entwickelt sich die Sache schwieriger. Hier ist das dänische Modell nicht einfach übertragbar, weil dort das Sozialsystem

(Karl-Martin Hentschel)

überwiegend durch Verbrauchssteuern, also Mehrwert- und Ökosteuern, finanziert wird.

Ich bin sehr stolz, dass die neue Bundesregierung bereits zweimal das Kindergeld erhöht und die Situation von Familien mit Kindern verbessert hat, dass endlich eine Einkommensteuerreform auf den Weg gebracht wurde und dass jetzt auch die Unternehmenssteuerreform in Arbeit ist.

Aber für die notwendige Entlastung der unteren Einkommen reicht dies noch nicht aus; denn auf ihnen lastet nach wie vor das Bleigewicht von zusammen über 40 % Sozialabgaben. Eine so hohe Belastung von niedrigen Einkommen ist Gift für die Arbeitsplätze in diesem Sektor und international einmalig.

Zum Vergleich: In Dänemark liegt die Belastung von niedrigen Einkommen unter 2.000 DM zwischen zwei und fünf Prozent. In den USA gibt es in einigen Bundesstaaten sogar die negative Einkommenssteuer; das heißt, sehr niedrige Einkommen bekommen sogar noch „Steuern“ dazu.

Um die Sozialabgaben für untere Einkommen spürbar zu senken, sehe ich persönlich nur einen Weg: die von Kurt Biedenkopf vorgeschlagene **steuerfinanzierte Grundrente**, auf der dann eine allgemeine Sozialversicherung als zweite Säule und eine private Absicherung als dritte, individuelle Säule aufbauen kann.

Diese Diskussion wird nicht nur in meiner Partei geführt; ich weiß, dass auch in anderen Parteien Einzelne in diese Richtung denken. Die Entscheidung, die Einnahmen aus der Ökosteuer zur Senkung der Rentenversicherung einzusetzen, war zumindest ein erster Schritt in diese Richtung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Das stimmt doch gar nicht! Das stimmt nicht! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ausreichend ist dieser Schritt nicht.

Hier stehen uns noch gewaltige Kraftanstrengungen bevor, die ein Umdenken quer durch alle Parteien erfordern. Ich würde mich freuen, wenn die Diskussion dazu auch hier in diesem Parlament weitergehen würde.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Meine Damen und Herren, die Steuerreformen stellen den Landeshaushalt Schleswig-Holsteins vor gewaltige Probleme. Diese Probleme lösen sich auch nicht dadurch, dass Sie bei jeder Klientengruppe, mit denen wir Diskussionen führen sagen, ja, es darf nicht gespart werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir?)

- Ja, Sie. Ich kenne ja Ihre Kollegen. Vielleicht verhalten Sie sich persönlich immer anders als Ihre Landtagskollegen, die ich erlebe. - Aber dann sagen Sie natürlich immer: Wir wollen ganz konkrete Sparschlüsse, ohne zu sagen, welche.

(Zuruf von der CDU: Von der Regierung oder wie? - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir werden erhebliche Einsparungen vornehmen müssen, die zu lauten Protesten führen, und eine **Erhöhung der Neuverschuldung** im kommenden Jahr nur schwer vermeiden können.

Was auch ich nicht will, ist Sparen ohne Sinn und Verstand, zum Beispiel die Schließung von Hochschulinstituten mit dem Ergebnis, dass wir sie nach drei Jahren kostenträchtig wieder aufmachen. So etwas darf uns nicht passieren.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Sparen heißt auch, Großprojekte kritisch zu prüfen. Die Deutsche Bahn AG leidet heute unter der Folge von unrentablen Großprojekten. Das sollte uns eine Warnung sein, zum Beispiel bei dem 10-Milliarden-Projekt einer Fehmarnbelt-Querung.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Darunter leidet die Bahn heute?)

Wir müssen aber auch den Mut und die Entschlossenheit aufbringen, alles Liebgewonnene auf den Prüfstand zu stellen, noch mehr, wir müssen die notwendigen Strukturentscheidungen treffen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie für die Bahn?)

Dabei appelliere ich auch an die beiden großen Parteien, die sich in dieser Sache naturgemäß viel schwerer tun, wenn es um einzelne Bevölkerungsgruppen geht. Ich begrüße ausdrücklich den Vorschlag von Lothar Hay, erneut den Versuch zu machen, sich zu diesem Zweck mit allen Parteien zusammenzusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Vorwürfe und Krokodilstränen der Opposition finde ich in diesem Zusammenhang etwas verlogen. Wenn die Opposition in Berlin wohlfeil immer neue **Steuersenkungen** fordert, nachdem sie 16 Jahre lang

(Karl-Martin Hentschel)

nichts anderes hinbekommen hat, als neue **Steuer-schlupflöcher** zu schaffen,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

und dann hier jammert, dass das Defizit zu hoch sei, ist das nicht ganz ernst zu nehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wenn die Opposition hier zu feige ist, sich durch eigene Kürzungsvorschläge selbst auch einmal mit betroffenen Gruppen anzulegen, sondern stattdessen allen nach dem Mund redet, ist das unredlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Machen Sie das doch einmal!)

Ich habe sehr wohl zugehört. Weder Herr Kayenburg noch Herr Kubicki haben heute einen einzigen Kürzungsvorschlag vorgetragen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Haben Sie denn schon einen gemacht? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welchen Kürzungsvorschlag hat denn die Ministerpräsidentin gemacht?)

Wenn Sie wirklich vorhaben, in den kommenden Jahren finanzpolitisch wieder ernst genommen zu werden, nachdem sich die CDU im vorigen Jahr aus der **Haus-haltspolitik** mangels eigener Anträge völlig verabschiedet hat,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

müssen Sie mit Vorschlägen kommen. Wir sind gespannt darauf. Sie haben die Chance im Herbst, Sie haben die Chance sogar jetzt im Sonderausschuss, in der Diskussion vor dem Sommer.

(Klaus Schlie [CDU]: Aber regieren wollen Sie noch, oder?)

Sehr geehrte Damen und Herren, mit Recht ist diese Regierung stolz auf ein Markenzeichen, das ich in Zeiten zunehmenden Populismus und auch Rassismus gar nicht hoch genug schätzen kann und will, die liberale Innen- und Justizpolitik. Jegliche Polemik ist an diesem Punkt unangebracht.

Die Besonnenheit und Klugheit, mit der in diesem Land mit dem heiklen Thema der öffentlichen Sicherheit umgegangen wurde, ist nicht nur bemerkenswert, sondern war auch noch von merkbaren Erfolgen in der Statistik begleitet, die sich sehen lassen können. In der **Flüchtlings- und Ausländerpolitik** hat Schleswig-Holstein in vielen Fällen versucht, die Rechtsmöglichkeiten so weit wie möglich auszuschöpfen und Huna-

nität an die erste Stelle zu stellen, auch wenn dies die Bundesgesetze nicht immer zuließen.

Dies war nur möglich, weil wir mit Minister Wienholtz einen Innenminister hatten, der ein hohes Ansehen bei der Polizei und in der Öffentlichkeit genoss

(Klaus Schlie [CDU]: Vor allen Dingen bei der Polizei! - Martin Kayenburg [CDU]: Deswegen hat er auch sein Gewerkschaftsbuch zurückgegeben!)

und nie in den billigen Populismus verfiel, für den Innenminister in anderen Bundesländern nicht selten anfällig sind.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt bei der SPD)

Ich freue mich deshalb, dass die neue Regierung diese Politik fortsetzen will, und setze in diesem Sinne großes Vertrauen in den neuen Innenminister Buß und die Justizministerin Lütkes. Sie hat dabei mit den Justizvollzugsanstalten einen Bereich übernommen, in dem Schleswig-Holstein zugestandenermaßen erheblichen Nachholbedarf hat und der neben den anderen Aufgaben ihres Hauses ihre ganze Kraft fordern wird.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Ich bin sicher, dass sie diese schwierige Aufgabe meistern wird, und freue mich, dass beide Vorsitzenden der Oppositionsparteien ihr bei dieser Aufgabe ihre Unterstützung zugesagt haben.

Für die kommenden fünf Jahre jedenfalls gilt für uns: Liberalität bleibt ein Markenzeichen für Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dank einer starken F.D.P.!)

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Schluss möchte ich auf eines der interessantesten Projekte in diesem Lande eingehen, den geplanten **Multimedia-Campus**, weil es exemplarisch ist für die Art, wie wir Zukunftsdiskussionen führen. Ein Großteil der Diskussion dreht sich um das Modethema Informationstechnologien. Da ist die Rede vom Silicon Valley des Nordens, vom Informationszeitalter, vom Mangel an Spezialisten und wir reden über Tausende von IT-Experten, die per Green Card in unser Land kommen sollen.

Wenigen scheint bewusst zu sein, dass das eigentliche Ziel dieses Projektes nicht darin besteht, ein Informatikstudium anzubieten, auch keine Wirtschaftsinformatik, sondern dass es um etwas qualitativ Neues geht: die Verbindung von Multimedia, Kunst, Kultur, Informatik und Betriebswirtschaft. Das qualitativ Neue ist

(Karl-Martin Hentschel)

aber auch das Problematische an dem Projekt, denn Schleswig-Holstein gilt ja nicht gerade als Medienhochburg.

(Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hören wir von der Regierung sonst immer anders!)

Ich halte das Projekt für ausgesprochen spannend. Der Irrtum in dieser Diskussion ist nicht zufällig, sondern typisch für viele Modernisierungsdiskussionen, die von Leuten geführt werden, die sich mit dem Thema gar nicht so sehr beschäftigt haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Kollege Hay, das würde ich zurückweisen!)

Wir glauben manchmal, das Entscheidende am **Informationszeitalter** sei die Ausbildung von Informatikern und die Ausrüstung der Schulen mit Computern. Wir vergessen dabei, dass Silicon Valley 20 Jahre alt und längst Schnee von gestern ist.

Worauf es in Wirklichkeit ankommt, ist die Frage, was wir mit den Computern tatsächlich anfangen. Worauf es ankommt, ist die Frage, welche künstlerischen, medialen, sozialen und politischen Konsequenzen die neuen Technologien und Kommunikationsmöglichkeiten haben. Man kann es auch anders ausdrücken: Worauf es ankommt, sind die Inhalte. Bertelsmann hat gerade im Vorstand des Weltkonzerns die Position des Inhaltenmanagers geschaffen und sie mit einem Journalisten besetzt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch an den Schulen werden uns noch so viele Computer nichts nützen, wenn wir nicht wissen, was wir Kreatives mit ihnen anfangen können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Also alle Journalisten an die Schulen?)

Man kann den Computer mit der Erfindung der Dampfmaschine im 18. oder der des Elektro- und Ottomotors im 19. Jahrhundert vergleichen. Verkauft, produziert und zum Durchbruch kamen nicht die Dampfmaschine oder der Motor, den Durchbruch brachten vielmehr die Anwendungen: der automatische Webstuhl, die Eisenbahn, die Werkzeugmaschine, das Automobil, die Waschmaschine.

(Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Auch die Erfindung des Kinos brachte keine Millienkonzerne hervor, die Filmvorführgeräte oder Filmkameras produzierten. Milliarden wurden dagegen in Hollywood verdient, mit der Produktion von Träumen.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Bei dem Multimedia-Campus geht es also um eine Schmiede für das Management der Produktion von Träumen, von Visionen, von medialen Techniken, eben von Multimedia.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dazu brauchen wir die Einbeziehung aller kreativen Potentiale dieses Landes. Ohne sie wird dieses Projekt scheitern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da sollten Sie die Regierung mal hinschicken!)

Wer die **Zukunft** dieses Landes im 21. Jahrhundert auf einen gnadenlosen Wettkampf um Effizienz, Technologien, Weltmarktanpassung, Aktienkurse und Renditen reduzieren will, der wird dieses Land in eine Sackgasse führen. Entscheidend sind am Schluss die kreativen Ideen, die soziale Kompetenz - altmodisch gesagt: die **Gerechtigkeit der Gesellschaft** -, die Verbindung von Kultur, Bildungseinrichtungen und Firmen dieses Landes.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt bei der SPD)

Politik hat in diesem Umfeld die Aufgabe der Moderation, der Filterung, der Organisation von Entscheidungen. Dies alles nützt aber nichts, wenn wir nicht den Mut haben, Entscheidungen zu fällen, politisch durchzusetzen und umzusetzen.

Meine Fraktion ist entschlossen, ihren Teil dazu beizutragen. In der Regierungserklärung können wir uns damit gut wieder finden: Offenheit für die Zukunft statt Besserwisseri und die Bereitschaft, für unsere Kinder Verantwortung zu übernehmen, sind die gemeinsame Herangehensweise, die diese Koalition prägt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich bin deshalb guter Dinge, dass wir mit unserem Koalitionspartner, mit unserer Ministerpräsidentin und mit dem neuen Kabinett auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich erteile das Wort der Vorsitzenden des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Frau Anke Spörendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wahl am 27. Februar war ein Medienspektakel - wegen des Spendenskandals, wegen ihrer bundesdeutschen Bedeutung, doch nicht zuletzt auch wegen der schlichten Tatsache, dass wir in einer Mediengesellschaft leben. Was bleibt, wenn die Scheinwerfer verschwunden sind, ist die Feststellung: Es gibt bekanntlich keinen schlimmeren Geist als den Zeitgeist. Wer ihm verfällt, verfällt leicht der Illusion, dass nur das, was im Scheinwerferlicht passiert, auch wirklich stattfindet.

Ich könnte in Klammern hinzufügen: Wer ihm verfällt, scheint manchmal auch zu vergessen, dass eine tolle Rhetorik nicht alles ist. Eine Ähnlichkeit mit hier anwesenden Personen wäre rein zufällig.

(Beifall bei SSW und SPD)

In Übereinstimmung mit dem Zeitgeist ist es daher nur selbstverständlich und folgerichtig, dass sich die CDU nach ihrem Bundesparteitag in Essen wieder zurückmeldete, denn im Scheinwerferlicht steht die neue Bundesvorsitzende und nicht mehr der Finanzskandal ihrer Partei. Politik profitiert mehr vom Vergessen als vom Gedenken, behauptet sehr zutreffend der Publizist Roger Willemsen.

Es mag bequem sein, sich unter dem Deckmantel der Sachpolitik wieder den aktuellen Themen und dem alten Parteienstreit zu widmen. Außerhalb des Scheinwerferlichts geht es jedoch um ganz andere Fragen. Dort ist es ein Problem, dass die Skepsis der Menschen den Politikerinnen und Politikern gegenüber vielerorts weiterhin mit den Händen zu greifen ist. Dass trotz gegenteiliger Befürchtungen die Wahlbeteiligung bei der Wahl am 27. Februar nur knapp unter der letzten Landtagswahl lag, darf kein Ruhekissen sein.

(Beifall bei SSW und SPD)

Dass die Politik in der Bundesrepublik durch jeden politischen Skandal ein Stück **Glaubwürdigkeit** verliert, dürfte mittlerweile ein Allgemeinplatz sein. Was dies wiederum zur Folge hat, führt uns unter anderem die letzte Shell-Jugendstudie vor Augen. Wir müssen uns deshalb alle Gedanken darüber machen, wie wir es schaffen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik zurückzugewinnen. Das Schüren alter Feindbilder und das Herausposaunen überholter Paölen scheinen dazu wenig geeignet. Stattdessen brauchen wir einen echten Dialog darüber, wie wir die Zukunft unseres Landes am Anfang des 21. Jahrhunderts gestalten wollen.

Zur Glaubwürdigkeit der Politik gehört aber auch, dass wir bei uns selbst anfangen und immer wieder die Rahmenbedingungen für unsere eigene Arbeit auf den Prüfstand stellen. Daher begrüßt der SSW, dass wir uns gleich in dieser ersten Landtagstagung der 15. Legislaturperiode mit der vorgeschlagenen Änderung des Landesministergesetzes zur Reduzierung der Pensionsansprüche und mit der Änderung des Wahlggesetzes zur Begrenzung des Landtags auf 75 Mitglieder befassen werden. Wir stehen aber auch in der Pflicht, das Abgeordnetengesetz auf mögliche Ungereimtheiten abzuklopfen und dementsprechend zu ändern. Wer als verantwortliche Politikerin oder als verantwortlicher Politiker anderen Härten zumutet, muss immer wieder auch seine eigenen Besitz- und Versorgungsansprüche auf ihre Angemessenheit überprüfen.

(Beifall beim SSW)

Aus allen Wahlumfragen ging hervor, dass für die Menschen in Schleswig-Holstein die Arbeitslosigkeit das wichtigste gesellschaftliche Problem sei. Was vor der Wahl als Erwartung an die Politik herangetragen und in Wahlaussagen umgemünzt wurde, darf nach der Wahl nicht als „Wahlspeck“ entlarvt werden - etwa nach dem Motto: Was schert mich mein Geschwätz von gestern!

Im real existierenden Leben spielen nicht die Scheinwerfer die entscheidende Rolle. Da geht es ganz einfach um die Bewältigung des Lebens und somit auch um das Recht auf Arbeit. Deshalb begrüßt der SSW, dass sich die Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung ausdrücklich dazu bekannt hat, dass das Problem der viel zu hohen Arbeitslosigkeit für die Landesregierung weiterhin oberste Priorität haben soll.

Auf Bundesebene wurde zwar im vergangenen Monat - wir haben jetzt die neuen Zahlen bekommen - die psychologisch wichtige 4-Millionen-Marke unterschritten und die Fachleute gehen in diesem Jahr von einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen um mindestens 140.000 aus. Dennoch waren Ende April allein in Schleswig-Holstein über 115.000 Menschen ohne Arbeit.

Natürlich begrüßt auch der SSW die aktuellen Konjunkturdaten und die **positive Arbeitsmarktentwicklung** in Schleswig-Holstein. Beim Wirtschaftswachstum lag Schleswig-Holstein 1999 mit 2 % sogar bundesweit an der Spitze. Vor Jahren konnten wir von solchen Fakten nur träumen. Bei den Existenzgründungen und Unternehmensansiedlungen liegt Schleswig-Holstein ebenfalls bundesweit in der Spitzengruppe. Sowohl die Wirtschaft als auch die Landesregierung haben für dieses und das kommende Jahr eine **optimistische Konjunkturprognose** abgegeben. Für

(Anke Spoorendonk)

das Jahr 2000 rechnet man sogar mit einem Wachstum von rund 3 %.

Bei aller Freude über diese guten Aussichten dürfen wir nicht vergessen, dass sich hinter diesen Zahlen ein struktureller Wandel verbirgt, der zwar immer mehr Gewinner hat, aber - wenn wir nicht aufpassen - auch sehr viele Verlierer.

Ich habe dies in der letzten Legislaturperiode bereits mehrfach betont: Je schneller unsere Gesellschaft diesen Modernisierungsprozess voranbringt, je schneller sich der Strukturwandel auf allen Ebenen durchsetzt, umso mehr brauchen wir eine zukunftsweisende Sozialpolitik.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Dabei sind Sozial- und Arbeitsmarktpolitik immer auch zwei Seiten derselben Medaille. Es geht in Zukunft mehr denn je darum, wirtschaftliches Wachstum und technologischen Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu verbinden. Ich hätte schon Lust, mich an der Diskussion über das neue Grundsatzprogramm der SPD zu beteiligen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Du kannst ja eintreten!)

Wir begrüßen es daher, wenn die Ministerpräsidentin die guten wirtschaftlichen Bedingungen dazu nutzen will, um vor allem die Zahl der Langzeitarbeitslosen zu reduzieren. Auch das Ziel, dass spätestens am Ende dieser Legislaturperiode jeder Arbeitslose, der in Schleswig-Holstein länger als sechs Monate arbeitslos ist, ein entsprechendes Angebot erhalten soll, findet unsere Zustimmung - zumal dieses Modell nördlich der Grenze bereits mit großem Erfolg praktiziert wird.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten
Lothar Hay [SPD])

Das Programm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit hat nicht nur wesentlich zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beigetragen, sondern gezeigt, dass mit aktiver Arbeitsmarktpolitik - wie vom SSW gefordert - Wirkung erzielt werden kann. Die Fortführung des Bündnisses für Arbeit und des Bündnisses für Ausbildung sowie die Weiterführung des Programms zum **Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** sind wichtige Pfeiler einer solchen Politik. Dazu steht auch der SSW.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten
Lothar Hay [SPD])

Interessant für die Diskussion über den Bedarf einer aktiven Arbeitsmarktpolitik ist vor allem die Höhe der so genannten Beschäftigungsschwelle. Laut Aussagen

von Experten sind erst bei einem Wirtschaftswachstum von mindestens 2,8% positive Arbeitsplatzeffekte zu verzeichnen. Da auch in Zukunft pro Jahr kaum viel höhere Wachstumsraten zu erwarten sind, müssen wir also weiterhin Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem zweiten Arbeitsmarkt schaffen.

Vor diesem Hintergrund wird der SSW darauf drängen, dass sich die Landesregierung in den kommenden fünf Jahren auch für die Stärkung des zweiten Arbeitsmarktes einsetzt. Ein aktuelles Beispiel aus Flensburg zeigt das Bedürfnis für eine Arbeitsmarktpolitik, die Ausbildung und Qualifizierung von arbeitslosen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Im Arbeitsamtsbezirk Flensburg konnten im Frühjahr dieses Jahres trotz 15.000 registrierter Arbeitsloser fast 2.000 Stellen nicht besetzt werden. Ursache war angeblich mangelnde Qualifikation der Arbeitslosen.

Dieses Beispiel zeigt, dass Arbeitslose nicht links liegen gelassen werden dürfen. Sie müssen ausgebildet und fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden. Anders formuliert: Aus Sicht des SSW gehört es zur Verantwortung eines modernen Sozialstaates, durch Ausbildung, **Weiterbildung und Qualifizierung** aller Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen, dass Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zusammenpassen. Wir wollen nicht nur einen flexiblen Arbeitsmarkt, wir wollen auch einen räumlichen Arbeitsmarkt. Dabei ist es für den SSW entscheidend, dass die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ernst genommen wird.

(Beifall bei SSW und SPD)

Unsere Wissens- und Informationsgesellschaft fordert die Weiterbildung in allen Ausprägungen heraus, denn die Lebenschancen der einzelnen Menschen hängen zunehmend vom Wissen ab, ebenso wie Wissen Politik und gesellschaftliche Entwicklung prägt.

(Beifall beim SSW)

Der SSW begrüßt, dass die Landesregierung noch in der letzten Legislaturperiode - zusammen mit den Trägern der Weiterbildung - ein Weiterbildungskonzept erarbeitet hat.

Wir bedauern aber, dass dadurch ein eigentliches **Weiterbildungsgesetz** in Schleswig-Holstein in weite Ferne gerückt ist. Dabei ist Schleswig-Holstein neben Sachsen weiterhin das einzige Flächenland ohne Weiterbildungsgesetz. Für den SSW galt von Anfang an, dass das Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz nur ein erster Schritt sein könnte. Dort wird das Recht auf Weiterbildung festgeschrieben und das ist auch gut so. Dass dies längst nicht mehr ausreicht, machte die Debatte um den Bericht der Landesregierung zum Bildungsurlaubsgesetz in der letzten Legis-

(Anke Spoorendonk)

laturperiode deutlich. Ein Weiterbildungsgesetz ist immer nur die zweitbeste Lösung. Wir meinen deshalb, um weiterzukommen, sollte das rheinland-pfälzische Weiterbildungsgesetz, das ein neues und modernes Gesetz ist, für Schleswig-Holstein ernsthaft geprüft werden.

In diesem Zusammenhang ist die Einführung der Green Card, um ausländische Computerexperten anzuwerben, eigentlich ein Armutszeugnis der bundesdeutschen Bildungspolitik und nicht zuletzt auch der bundesdeutschen Wirtschaft. Wie erklären wir beispielsweise den knapp 800 arbeitslosen Computerexperten in Schleswig-Holstein diese Entwicklung? Eines ist klar, das Thema eignet sich überhaupt nicht für billigen Populismus à la Rüttgers. Den lehnt der SSW entschieden ab.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Green-Card-Initiative darf aber nur eine Übergangslösung sein, um den aktuellen Mangel an Spitzenkräften zu überwinden, weil wir gleichzeitig sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene Anstrengungen unternehmen müssen, um die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen besser an die Anforderungen der **Informationsgesellschaft** anzupassen. Langfristig betrachtet geht kein Weg an einem Einwanderungsgesetz vorbei. Wir brauchen ein Gesetz, das sowohl die aktuelle Situation und die kurz- und längerfristige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt als auch das Zuwanderungsverfahren reguliert und vereinfacht - das alles bei gleichzeitiger Beibehaltung des Asylrechts. Wir werden uns dazu noch äußern.

(Vereinzelter Beifall bei SSW und SPD)

Die aktuelle Green-Card-Diskussion führt uns leider auch vor Augen, dass wir in den 90-er Jahren zum Teil den Anschluss an die so genannte Neue Ökonomie - das heißt die Informationstechnologie und das Internet - verschlafen haben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wer war eigentlich Zukunftsminister?)

Gerade im Bereich dieser so genannten Neuen Ökonomie zeigt sich am deutlichsten, wie schnell eine neue Technik unsere Gesellschaft spalten kann. Man spricht bereits von einem digitalen Graben, also von denen, die „drin“ sind, und denen, die das Internet nur aus Zeitungen und Fernsehen kennen. Da kann es nicht verwundern, dass es heißt: Nur wer mit Computer und Internet umgehen kann, hat noch Zukunft. Deshalb muss es ein vordringliches Ziel sein, dass unsere Schülerinnen und Schüler schnellstmöglich alle einen PC- und Internet-Anschluss bekommen.

(Beifall der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

In diesem Bereich gibt es eine Landesinitiative, die gemeinsam mit Unternehmen versucht, dieses Ziel zu erreichen. Wenn man sich die aktuelle Situation in unseren Klassenzimmern ansieht, muss man aber feststellen, dass der ganz große Wurf in dieser Frage noch immer nicht gelungen ist. Gleiches gilt natürlich auch für die Unterrichtssituation an unseren **Schulen**.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Dabei unterstützt der SSW die Forderung nach mehr Lehrerinnen und Lehrern an unseren Schulen. Die möglichen 1.500 Neueinstellungen sind eigentlich nur das Minimum, das notwendig ist, um den Status quo aufrechtzuerhalten. Was wir nicht unterstützen, ist die Einführung eines Abiturs nach zwölf Jahren, wenn das die einzige Strukturreform in unserem Schulwesen sein soll.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der F.D.P.)

Weil ich Applaus bekommen habe, möchte ich noch einmal deutlich machen, dass es für den SSW darum geht, das Schulwesen von unten zu reformieren. Unser Anliegen ist immer noch die Einführung der sechsjährigen Grundschule. Hier dürfen Sie auch klatschen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die aktuelle Situation an der CAU Kiel zeigt uns, wie es um die finanzielle Ausstattung unserer **Hochschulen** steht.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Traurig!)

Allerdings stimmt es natürlich nachdenklich, wenn der Landesrechnungshof in seinem jährlichen Prüfungsbericht gerade im Bereich der Hochschulen viele finanzielle Unzulänglichkeiten und Schlampereien entdeckt.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Es deutet also vieles darauf hin, dass auch die Hochschulen darin besser werden müssen, sich auf eine veränderte Umwelt einzustellen. Dazu gehört, dass interne Strukturen und Verhaltensweisen ernsthaft auf den Prüfstand gestellt werden. Das gilt nicht zuletzt auch in der Vermittlung von Wissen zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft. In diesem Bereich betritt Schleswig-Holstein mit dem so genannten **Multimedia-Campus** einen interessanten neuen Weg in der Bildungs- und Technologiepolitik. Der Multimedia-Campus kann neues Leben in die traditionelle Hochschullandschaft bringen. Allein durch die Aus-

(Anke Spoorendonk)

schreibung dieses Projektes sind an vielen Standorten in Schleswig-Holstein viel versprechende regionale Initiativen in Gang gesetzt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird Sie nicht verwundern, dass sich der SSW als regionale Partei für den Standort Flensburg stark macht. Viel wichtiger ist es aber, dass die jetzt begonnenen Initiativen bei den Bewerbern vor Ort auch dann weitergeführt werden, wenn sie nicht den Zuschlag bekommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir erwarten, dass die Landesregierung diese regionalen Initiativen unterstützt und eine landesweite Vernetzung des Multimedia-Campus mit den möglichen anderen Standorten erleichtert. Das ist das wirklich Wichtige und Interessante.

Für den SSW ist es darüber hinaus von großer Bedeutung, dass sich die Landesregierung gerade im Rahmen der **Technologienpolitik** weiterhin dafür einsetzt, regionale Schwerpunkte - nicht zuletzt auch im Landesteil Schleswig - zu fördern. Dass es weiter Nachholbedarf gibt, zeigt das Ergebnis eines **Hightech-Tests** der Regionen in der Zeitschrift „Wirtschaftswoche“. Hier schnitt der Landesteil Schleswig mit seinem 76. Platz von 97 weit abgeschlagen hinter den anderen Regionen Schleswig-Holsteins ganz schlecht ab.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dank des SSW!)

- Nein, gäbe es den SSW nicht, würde es noch schlechter aussehen.

(Beifall beim SSW)

Dabei hat es in den letzten Jahren viele Fortschritte gegeben. Stichworte sind hier - ich belege es gleich - die Errichtung des Technologiezentrums Flensburg, das Innovationscenter in Niebüll und natürlich auch die Ansiedlung von Motorola. In diesem Zusammenhang war es sehr wichtig für die ganze Region, dass Flensburg endlich als Universitätsstandort anerkannt wurde. Hier kommt die Bedeutung des SSW zum Tragen. Die Universität Flensburg kann nun an ihrem Profil weiter arbeiten und ihre Studienangebote attraktiver gestalten. Der SSW erwartet, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den dänischen Hochschulen ausgebaut und intensiviert wird. Und wir erwarten auch von der Universität Flensburg, dass sie das als Chance sieht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Überhaupt wird es für die Entwicklung des Landesteils Schleswig in den nächsten Jahren sehr entscheidend sein, dass eine Verbesserung der grenzüberschreitenden

Zusammenarbeit erreicht wird. Dabei wünscht sich der SSW mehr konkrete Projekte vor Ort - sozusagen aus der Region für die Region.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Dazu sollte man durchaus die Expertise im bestehenden Regionskontor nutzen und ausbauen, um verstärkt pragmatische Hilfen unter anderem für die Grenzpendler geben zu können.

Dabei scheint eines klar: Die **Fehmarnbelt-Querung** wird so oder so kommen. Das geht aus der Regierungserklärung eindeutig als Ziel der Landesregierung hervor und die ersten privaten Bauherrenkonsortien stehen schon in den Startlöchern. Dänische und schwedische Unternehmen wissen, dass diese Querung kommen wird. Da soll man sich nichts vormachen. Auch wenn die Querung unter Umständen erst in zehn Jahren fertig gestellt wird, so bekommt dadurch die Regionalpolitik Schleswig-Holsteins schon heute eine neue Dimension. Bereits heute hat die Zusammenarbeit mit der Hansestadt Hamburg für Schleswig-Holstein laut Regierungserklärung höchste Priorität. Eine Verwirklichung der Fehmarnbelt-Querung würde die wirtschaftliche Entwicklung rund um die Achse Hamburg-Kopenhagen-Malmö zusätzlich stärken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dadurch würde sich der Abstand zwischen den wirtschaftlich starken Gebieten am Hamburger Rand - einschließlich der Landeshauptstadt Kiel - und dem nördlichen Landesteil weiter vergrößern. Damit all dies nicht zulasten der strukturschwachen Regionen geschieht, fordert der SSW die Landesregierung auf, die zehn Jahre bis zur Fertigstellung der Fehmarnbelt-Querung zu nutzen, um mit einer aktiven Regionalpolitik den nördlichen Landesteil und die Westküste weiter voranzubringen.

(Beifall beim SSW)

Dazu gehört im Zuge des Ausbaus der A20 eine schnelle Verwirklichung der westlichen Elbquerung mit Anbindung an die Westküste. Das ist Ziel des SSW. Weiter fordert der SSW eine Verbesserung des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs - insbesondere einen Ausbau der Schienenanbindung Hamburg - Flensburg - København.

Auch das **Regionalprogramm 2000** muss so gestaltet werden, dass die Regionen selbst ihre Projekte und die damit verbundenen Zielsetzungen definieren und mit einbringen können. Dabei begrüßen wir, dass das Land die Investitionshilfen für Betriebe verbessern will. Durch die Aufhebung der Beschränkung auf die so genannten Konversionsstandorte kann die einzelle-

(Anke Spoorendonk)

triebliche Förderung jetzt in größerem Ausmaß, insbesondere in den Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland, wieder als Investitionshilfe genutzt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Mit der Möglichkeit, dass Produktions- und Dienstleistungsunternehmen für Investitionen einen direkten Zuschuss bis zu 15 % bekommen können, wenn die Betriebe Arbeitsplätze schaffen und ihre Leistungen überregional absetzen, hat die Landesregierung auch eine alte SSW-Forderung erfüllt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

Durch neue Verkehrswege entsteht eine Neuordnung der Verkehrsinfrastruktur in Nordeuropa. Das Fernarnbelt-Projekt muss auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Dadurch verändern sich die Rahmenbedingungen für die Ostseekooperation.

Zuständig für die **Ostseekooperation** ist ab dieser Legislaturperiode die Staatskanzlei. Ostseekooperation ist somit zur Chefsache deklariert worden. Dass der SSW bei dem Thema „Chefsache“ so seine Schwierigkeiten beziehungsweise ein etwas strapaziertes Verhältnis dazu hat, liegt nicht an der Ministerpräsidentin, möchte ich hinzufügen.

(Klaus Schlie [CDU]: Degradiert? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deklassiert!)

Doch wenn schon „Chefsache“, dann erwarten wir nicht nur „Verwaltung“, sondern verstärkt „Gestaltung“ in der Ostseepolitik unseres Landes.

(Beifall bei SSW und F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Dabei ist die Zahl der Akteure gewachsen. Das Land Schleswig-Holstein muss zum Teil direkt mit Staaten konkurrieren, die der Ostseepolitik im Rahmen ihrer nationalen Außenpolitik hohe Priorität einräumen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr gut!)

Dies gilt in erster Linie für die skandinavischen Staaten.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ja!)

Mit dem Regierungswechsel nach Berlin ist der Stellenwert der Ostseepolitik auch auf Bundesebene gewachsen - kein Zweifel. Hier gibt es dennoch einiges zu tun - trotz des Besuchs des Bundeskanzlers in Kolding.

Es gilt in Zukunft, einerseits die Präsenz Schleswig-Holsteins zu sichern. Andererseits sollte unbedingt daran festgehalten werden, dass Ostseepolitik mehr ist

als nur EU-Politik. Ostseekooperation läuft auf allen Ebenen und in unzähligen Gremien. Es ist sicherlich eine gute Idee - wie hier schon einmal angesprochen-, den Informationsfluss zu bündeln und eine zentrale Anlaufstelle für Brüssel zu schaffen. Es wäre aber aus unserer Sicht ein Fehler, das kreative Chaos strukturieren zu wollen oder gar eine institutionalisierte Zusammenarbeit anzustreben. Durch die Beteiligung und Mitwirkung auf den verschiedensten Ebenen bekommt die Ostseezusammenarbeit eine echte, entscheidende demokratische Dimension. Ziel der Ostseepolitik des Landes sollte also weiterhin sein, diese vielfältigen Verbindungen zu fördern und zu pflegen.

Auf europäischer Ebene wird in diesen Tagen konkret darüber diskutiert, inwieweit in einem zukünftigen europäischen Grundrechtskatalog auch die Rechte der **nationalen und ethnischen Minderheiten** berücksichtigt werden sollen. Gerade vor dem Hintergrund der Ereignisse im Kosovo im letzten Jahr scheint dies eine mehr als sinnvolle Debatte zu sein.

In Schleswig-Holstein haben wir mit dem Artikel 5 der Landesverfassung zum Schutz der nationalen Minderheiten eine vorbildliche Regelung. In ihrer Regierungserklärung spricht die Ministerpräsidentin davon, dass „Schleswig-Holstein in Europa als Vorbild für partnerschaftliches Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten gilt“ und „dass Dänen, Friesen, Sinti und Roma aktiv und selbstbewusst zur kulturellen Vielfalt und Attraktivität unseres Landes beitragen“. Diese Formulierungen kann der SSW natürlich nur unterstützen.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Bernd Schröder [SPD])

Damit dies auch in Zukunft so bleibt, kommt es entscheidend darauf an, dass die **Minderheitenpolitik** des Landes nicht zur Schönwetterpolitik verkommt.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Alle Formulierungen zum Schutz der Minderheiten sind nur so gut, wie sie sich auch im alltäglichen Leben bewähren oder verwirklichen lassen. Für den SSW geht es deshalb in der Minderheitenpolitik in den nächsten Jahren in erster Linie darum, dass diese Zielsetzungen mit Leben erfüllt werden.

Das gilt zum Beispiel auch für die „Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen“, die von der Bundesrepublik ratifiziert worden ist - vorbildlich schnell, möchte ich hier gern hinzufügen. In Artikel 10 der Sprachencharta ist beispielsweise als Zielsetzung vorgegeben, dass die Bürgerinnen und Bürger bei Bedarf diese **Regional- und Minderheits-**

(Anke Spoorendonk)

tensprachen bei dem Besuch von öffentlichen Behörden sprechen können sollten. Deshalb haben wir einen Antrag in den Landtag eingebracht, in dem sowohl die Landesregierung als auch die Kommunen des Landes aufgefordert werden, die Kenntnis dieser Sprachen als ein zusätzliches Einstellungskriterium bei Neueinstellungen zu nutzen.

Mit Provinzialismus hat die Europäische Charta also sehr wenig zu tun, mit Toleranz und Respekt den Minderheiten gegenüber aber umso mehr.

(Beifall bei SSW und SPD)

Auch bei der Umsetzung der Staatszielbestimmung der Landesverfassung müssen wir weiter vorankommen. Dazu gehört, dass die Landesregierung bei der notwendigen Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen die gewünschten Änderungen auch auf die Belange der Minderheiten abklopft. Ich denke hierbei natürlich an die negativen Folgen für das Fach Friesisch nach der Änderung der Prüfungsordnung für das Lehramtsstudium.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Unglaublich!)

Der SSW erwartet von der Landesregierung, dass sie sich für eine Lösung im Sinne des Erhalts des Faches Friesisch als Prüfungsfach einsetzt.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Auch für die Friesisch-Professur an der Universität Flensburg muss langfristig gesehen eine bessere Lösung gefunden werden.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Es ist zwar positiv, dass Zuschüsse für Minderheiten im Haushalt 2001 nach Angaben der Landesregierung überrollt werden sollen. Angesichts der anhaltenden Lohn- und Preisentwicklung bedeutet das jedoch für die Organisationen natürlich eine reale Kürzung der Mittel. Hinzu kommt, dass es sehr bedenklich ist, dass Dänemark zunehmend den größten Teil der finanziellen Zuwendungen sowohl für die dänische als auch für die deutsche Minderheit zahlt. Dieses Problem ist schon mehrfach angesprochen worden, auch von der Ministerpräsidentin. Das lässt hoffen.

Der SSW fordert die Landesregierung auf, auch diesen Sachverhalt bei den Änderungen der Schülerkostensätze für die dänischen Ersatzschulen zu berücksichtigen,

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

die nach Auslaufen des jetzigen Kompromisses nach dem Jahre 2001 vorgenommen werden müssen. Auch in der Frage der Bezuschussung der **Schülerbeförderung** für die **Schulen der dänischen Minderheit** ist das letzte Wort noch nicht gefallen. Der SSW wird sich weiterhin für eine angemessene finanzielle und rechtliche Regelung im Sinne des Dänischen Schulvertrags einsetzen.

(Beifall beim SSW)

Dabei sind wir uns darüber im Klaren, dass eine Lösung die deutschen Schulen in freier Trägerschaft einbeziehen muss.

(Lothar Hay [SPD]: Das wird teuer!)

Ein umfassendes Schülerbeförderungsgesetz ist nicht kostenlos zu haben. Der SSW hat bereits in der letzten Legislaturperiode auf mögliche Finanzierungen hingewiesen.

In ihrer Regierungserklärung hebt die Ministerpräsidentin hervor, dass es keine Alternative zu einer Konsolidierung des Landeshaushalts gibt. Wir teilen natürlich diese Auffassung. Dennoch fordert der SSW die Landesregierung auf, das strukturelle Defizit für den Haushalt 2001 von 750 Millionen DM, das hauptsächlich durch die Belastungen des Bundes zustande kommt, nicht einfach zu akzeptieren. Weder das Land noch die Kommunen in Schleswig-Holstein können eine solche finanzielle Kürzung verkraften.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Auf Landesebene kann sich der SSW keine Einsparungen bei den verschiedenen Institutionen, Vereinen und Verbänden vorstellen oder bei den Investitionen, die auf einem Tiefstand sind. Gefragt sind also Strukturänderungen und echte Reformen.

Dabei kann es nicht angehen, dass die Bundesregierung zusätzliche Mehreinnahmen von wahrscheinlich über 100 Milliarden DM nicht zur Finanzierung der angepeilten Unternehmensteuerreform benutzen will, sondern dass die Länder und Kommunen weiterhin die Hauptlast dieser Reform tragen sollen. Der SSW fordert daher die Landesregierung auf, sich über den Bundesrat entschieden für eine Änderung der Finanzierung der Unternehmensteuerreform einzusetzen. Die zusätzlichen Belastungen für die Länder und Kommunen im Zuge der Unternehmensteuerreform müssen begrenzt werden.

Der SSW hat Heide Simonis' Wahl zur Ministerpräsidentin unterstützt. Unsere Stimmen sind allerdings keineswegs ein Blankoscheck für die Ministerpräsidentin und ihr neues Kabinett.

(Anke Spoorendonk)

Der SSW wird aufmerksam und kritisch verfolgen, ob es der neuen Landesregierung gelingen wird, in den nächsten fünf Jahren das Land mit Schwung voranzubringen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hast du daran Zweifel?)

Dabei bleibt die Leitlinie unserer Politik das Wahlprogramm und das Programm des SSW.

Die heutige Regierungserklärung der Ministerpräsidentin gibt uns aber die Hoffnung, dass Schleswig-Holstein Segel gesetzt hat und dass das Regierungsbündnis die richtigen Koordinaten hat, um ans Ziel zu kommen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt. Wir treten in die Mittagspause ein. Sie dauert bis 15:30 Uhr. Um 15:30 Uhr setzen wir mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 14 fort. Ich wünsche allen einen guten Appetit.

(Unterbrechung: 13:21 - 15:30 Uhr)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Sie alle hatten eine köstliche Mittagspause - zumindest was den Spargel angeht. Wir wollen in der Tagesordnung fortfahren.

Ich rufe Punkt 14 der Tagesordnung auf:

Resolution zur Sicherung des regionalen Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/54

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat für die SPD-Fraktion Herr Abgeordneter Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Blick auf jene Kolleginnen und Kollegen, die jetzt noch nicht hier sind, kann man sagen: sie haben eben die Abfahrt des Zuges verpasst.

Mit der heute dem Parlament vorliegenden Resolution zur Sicherung des regionalen Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein, die - wie ich hoffe - von einer breiten Mehrheit des Hauses mit getragen wird, wollen

wir erreichen, dass die außerordentlich erfolgreiche Politik für den Bereich der Modernisierung und des Ausbaus des Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein fortgesetzt werden kann.

Schleswig-Holstein war das erste Bundesland, das Anfang der neunziger Jahre den integralen Taktfahrplan eingeführt und damit eine Verbindungsverknüpfung an den Haltestellen und Bahnhöfen sichergestellt hat. Schleswig-Holstein war aber auch - und das sage ich diesmal mit Bedauern - das erste Bundesland, das für die Elektrifizierung einer Hauptstrecke Landesmittel aufwenden musste.

In einem nächsten Schritt sind weitere Verknüpfungen, die die Attraktivität der Schiene im Land steigern sollen, geplant. Seit der Regionalisierung hat das Land die Leistungen im Schienenpersonennahverkehr ständig gesteigert. Das wird auch in Zukunft so sein und es wäre außerordentlich begrüßenswert, wenn uns die Bahn dabei aktiv unterstützte, statt sich zurückzuziehen oder weiter im Süden mehr zu investieren als im Norden.

Schleswig-Holstein hat konsequent an der politischen Forderung „ein Fahrplan - ein Tarif - ein Fahrschein“ gearbeitet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar!)

Der erste Landesweite Nahverkehrsplan, die Vorfinanzierung der Planungskosten der Elektrifizierung für die Strecke Hamburg - Lübeck - Travemünde, die geplante Reaktivierung der Strecke Neumünster - Bad Segeberg - Bad Oldesloe, die Schienenengpassbeseitigung Elmshorn - Pinneberg - Eidelstedt, der Durchbruch bei den Verhandlungen über einen einheitlichen Tarif für die Pendler auf dieser Strecke, die bundesweit führende Spitzenstellung bei der konsequenten schrittweisen Verwirklichung des Wettbewerbs bei der Ausschreibung der Schienenpersonennahverkehrslastungen sind stichwortartig Beleg für eine erfolgreiche zukunftsgerichtete Schienenpolitik in Schleswig-Holstein.

Es kann daher nicht hingenommen werden, wenn in einem internen Papier der Deutschen Bahn AG, das von der „Süddeutschen Zeitung“ am 20. März dieses Jahres veröffentlicht wurde - man mag sich fragen, aus welchem Grund und wie diese Zeitung wohl dazu kam -, die Aussage enthalten ist, dass sich die Bahn durch die Umsetzung des Projekts „REGENT“, der Regionalnetzentwicklung der Deutschen Bahn AG, aus dem Eisenbahnbetrieb auf Regionalstrecken zurückziehen will. Ist die geplante Streichung von zwölf InterRegio-Zügen zwischen Hamburg und Lübeck ab nächstem Frühjahr bereits der Beginn dafür? Man fragt sich doch, ob die Bahn hier nicht einen Versuch

(Bernd Schröder)

gestartet hat, um vielleicht einmal abzutesten, wie die Reaktion der Länder darauf ausfallen wird.

Wir wollen und können es aber nicht hinnehmen, dass der Bahnverkehr in Hamburg endet und der Norden erneut ins Hintertreffen gerät.

(Beifall im ganzen Hause - Wolfgang Kubik-ki [F.D.P.]: So ist es!)

Wir wollen eine attraktive Versorgung unserer Regionen im Lande mit durchgebundenen schnellen und modernen Fernverkehrszügen - darüber hinaus auch zu unseren Nachbarn im Norden.

Die von der Deutschen Bahn AG geäußerte Absicht, nur noch lukrative Strecken zwischen Ballungsräumen betreiben zu wollen, die Städte und Gemeinden in der Region zu vernachlässigen und Strecken völlig aufzugeben, widerspricht ihrem Auftrag zur Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur und Daseinsvorsorge und steht in krassem Widerspruch zu den hier in Schleswig-Holstein von uns unternommenen Maßnahmen zur Sicherung des regionalen Schienenverkehrs.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus der Sicht des Landes ist daher eine genau gegenteilige Vorgehensweise erforderlich. Wir müssen die Deutsche Bahn AG auffordern, den Schienenverkehr in der Region noch attraktiver zu gestalten, das Netz zu modernisieren und auszubauen und vor allem alles daranzusetzen, mehr Kunden für Personen- und Güterverkehr zu finden. Jeder Unternehmer würde doch versuchen, durch bessere Angebote mehr Kunden zu gewinnen und mehr Produkte abzusetzen. Bei der Bahn ist dieses unternehmerische Denken aber immer noch nicht eingeekehrt.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Es gibt Beispiele dafür - so in Karlsruhe die Altbahn -, wo es gelungen ist, mehrere hundert Prozent an Zuwachs in der Personenbeförderung zu erreichen. Das ist also machbar.

Wir erwarten von der Deutschen Bahn AG eine transparentere und wettbewerbsfähige Preisgestaltung und einen besseren Service sowohl für die Personen- als auch für die Güterbeförderung sowie ein offensives Marketing.

Wir fordern die Deutsche Bahn AG daher auf, Planungen für die Streichung von zwölf InterRegio-Zügen zwischen Hamburg und Lübeck ab Frühjahr 2001 rückgängig zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Eine solche Verschlechterung des Angebots widerspricht völlig den öffentlichen Erfordernissen und den Bestrebungen des Landes Schleswig-Holstein zum Ausbau von Bahnstrecken sowie zum Ausbau einer leistungsfähigeren Schienenverbindung zwischen Hamburg und Lübeck.

Wir setzen uns weiter dafür ein, die Trassenpreise einer wettbewerblichen Aufsicht zu unterstellen.

Wir nehmen einen Kahlschlag des Streckennetzes für unsere Region auch deshalb nicht hin, weil die Schiene auch das Rückgrat des Öffentlichen Personennahverkehrs ist. Die Deutsche Bahn AG darf sich nicht aus ihrer Verantwortung auch für den ÖPNV stehlen. Das Ziel der Schienenpolitik in Deutschland kann weder aus betriebswirtschaftlichen noch aus volkswirtschaftlichen Überlegungen heraus die börsenfähige Rumpfbahn sein; sonst würde der Begriff „bahnfrei“ eine völlig negative Bedeutung erhalten.

Der Abwärtstrend der Bahn ist endlich zu stoppen. Allein im Güterverkehr hat die Bahn seit 1992 ein Fünftel weniger transportiert. Auch hier muss die Bahn, statt den Verlust von Kunden und Personen im Güterverkehr in Kauf zu nehmen und die Bedienung von Strecken aufzugeben, endlich wie ein Unternehmen agieren und die Anstrengungen darauf konzentrieren, ihr Dienstleistungsangebot zu verbessern, um mehr Kunden zu gewinnen. Nur so kann das volkswirtschaftlich sinnvolle Ziel einer Verlagerung von mehr Verkehr auf die Schiene auch erreicht werden.

So wie bisher geht es bei der Bahn nicht weiter, meine Damen und Herren!

(Lothar Hay [SPD]: Sehr richtig!)

Wir sollten daher ein Zeichen setzen und als Landtag, als Parlament gerade heute dieser Resolution zustimmen. Morgen findet ein Gespräch zwischen der Ministerpräsidentin, dem Verkehrsminister und dem Bahnhelf Mehdorn statt. Wir sollten auch als Parlament zum Ausdruck bringen, dass wir den Weg, der in der Öffentlichkeit bekannt wurde, in dieser Form nicht mitgehen. Ich hoffe daher, dass Sie mit mir in unseren Forderungen übereinstimmen, und bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Bevor ich dem Herrn Abgeordneten Eichelberg für die CDU-Fraktion das Wort erteile, darf ich noch eine Begrüßung vornehmen.

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Zunächst begrüße ich in der Loge ganz herzlich unseren langjährigen Kollegen und ehemaligen Abgeordneten Hans-Klaus Solterbeck. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Auf der Tribüne begrüße ich Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Hauptschule Langeloh in Elmsborn, vom Gymnasium Elmschenhagen, Kiel, und Angehörige des 1. Minensuchgeschwaders - Minenjagdboot „Rottweil“ -, Kappeln. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich darf jetzt dem Herrn Abgeordneten Eichelberg das Wort erteilen.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Bewunderung nimmt die CDU immer wieder zur Kenntnis, mit welchem Misstrauen die Parteien der Regierungskoalition der Regierung in Kiel gegenüberstehen. Wir reden heute über eine Resolution von SPD und Grünen gegen die eigene Bundesregierung, gegen die eigene Landesregierung und gegen die Bahn AG.

(Lothar Hay [SPD]: Da können Sie mal sehen!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, man muss sich fragen: Suchen Sie nicht das Gespräch mit Ihren Regierungsmitgliedern, mit Ihren Bundestagsabgeordneten und mit den Verantwortlichen der Bahn AG, die ja durchaus nicht alle Ihrer Partei fern stehen? Glauben Sie nicht, dass Sie mit stichhaltigen Argumenten mehr schaffen können als mit Resolutionen, die - wie ich meine - eigentlich mehr ein Handwerkszeug der Opposition sind?

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bahn AG ist von den Zahlungen der Bundesregierung abhängig, lieber Herr Schröder, und der Versorgungsauftrag wird politisch definiert. Wer ist denn nun an der Regierung? Hat nicht gerade die Regierung in Berlin in den letzten Tagen und Monaten der Bundesbahn zusätzliche Lasten auferlegt wie zum Beispiel die anteilige Übernahme der Bundesgrenzschutzkosten? Dann mussten - entgegen der früheren Vereinbarung, dass Altlasten beim Bund bleiben sollten - Leistungen in den Entschädigungsfonds für NS-Zwangsarbeiter eingezahlt werden, die Ökosteuer kam auf, die Mineralölsteuer wird erhöht - das alles sind zusätzliche Lasten, die auf eine Bahn zugekommen sind, die mit hohen Kosten zu kämpfen hat.

Herr Schröder, natürlich werden wir als CDU der Resolution nicht entgegenstehen - das ist ganz klar-, obwohl wir meinen, dass wir auch weiterhin selbstständig Gespräche mit den Verantwortlichen führen müssen. Wir hoffen, dass an den Gesprächen, die die Regierung mit Herrn Mehdorn führen wird, die Opposition auch beteiligt werden kann. Das ist nötig.

Wir hatten nach den ersten Informationen sehr rechtzeitig im Wirtschaftsausschuss um Auskunft gebeten. Wie wir meinen, hat Herr Dr. Rohwer die Argumente sehr stichhaltig vorgetragen. Wir waren von der Sache her überzeugt, dass Herr Dr. Rohwer mit Initiative an die Aufgaben herangeht. Dennoch geben wir ihm völlig Recht, dass die zurzeit nur in den Medien verfügbar gehaltenen Informationen über das REGENT-Konzept und über die Änderung der Fern- und Nahverkehrskonzepte der BahnAG Böses ahnen lassen. Deshalb glauben wir schon, dass man hier nicht länger abwarten kann.

Leider zeigt sich in diesen Tagen aber auch - dies ist ebenfalls wieder nur den Medien zu entnehmen-, dass die Bundesbahn ein kräftiges Fehlmanagement zu verzeichnen hat und in vielen Bereichen stark am Abwirtschaften bei Strecken und Transportmaterial - sprich bei Trassen, Traktionen und Wagenmaterial - ist. Die Situation ist mitunter so miserabel, dass wir nicht glauben, dass die Deutsche Bahn AG und ihre Töchter in den nächsten Jahren ohne den Zuschuss des Bundes in Höhe von 3 Milliarden DM überleben können. Allein das Kostensparen und das Zurückstellen von Ersatzinvestitionen oder das Aufgeben von Strecken ist keine Politik der Bahn für die Zukunft.

Deswegen sieht die CDU mit großer Skepsis den vermeintlichen Plänen - ich betone, den vermeintlichen Plänen - von Herrn Mehdorn entgegen, die einer Zerstörung des Grundkonsenses bei der Neustrukturierung der regionalen Aufgabenteilung im Schienennahverkehr gleichkämen. Hier hat Schleswig-Holstein ja in der Tat in den letzten Jahren eine ganze Menge erreicht.

Es ist ein Irrglaube, lieber Kollege Hentschel, wenn Sie meinen, es gäbe kostendeckende Trassen. Ich habe mich gerade noch einmal erkundigt: Selbst in den USA sind in Großstadtbereichen wie New York bei einem Takt von drei Minuten, in denen die Strecken gefahren werden, die Trassen in einem miserablen Status. Wenn wir von Stundentakt reden, dann glaube ich nicht, dass wir diese Trassen jemals dauerhaft so gestalten können, dass sie auch wirtschaftlich befahren werden können. In Schweden schaffen die Sozialdemokraten gerade die Regionalbahnen ab und ersetzen sie durch Busse. Gewisse Zwänge sind also gegeben.

(Uwe Eichelberg)

Wir glauben, dass in unserem Schienennahverkehrskonzept in Schleswig-Holstein, das ja alle Parteien mit tragen, unsere bisher auch von der Bundesregierung anerkannten Forderungen an den Bundesverkehrswegeplan - Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck und auch Beseitigung des Engpasses Elmshorn - durchaus bescheiden sind. Diese Forderungen müssen auch getragen werden, weil sie unser Land in die Lage versetzen, auch die Anforderungen der Zukunft gestalten zu können.

Natürlich sind wir uns bewusst, dass die Wiedereröffnung von stillgelegten Trassen nur schwer möglich sein wird. Auch die Wiedereröffnung der Strecke Bad Segeberg - Neumünster wird wohl eine Ausnahme bleiben. Diese Strecke wird aber eine Zukunft haben, wenn man an ringförmige Verbindungen mit der Stadt Hamburg denkt. Das wäre ein Zukunftskonzept, das eine kostendeckende Bewirtschaftung durchaus möglich machte.

Eine weitere Aufgabenübernahme durch das Land halten wir als CDU nicht für möglich, es sei denn, dass nach dem Konnexitätsprinzip entsprechende Mittel nach Schleswig-Holstein kämen. Das haben Sie, meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, ja in den letzten Jahren verhindert; denn es war ja der Antrag gestellt worden, dass bei der Rückdelegation von Bundesaufgaben an die Länder auch Konnexität hergestellt werden müsste. Dies war ein Fehler, der eben in der Vergangenheit gemacht wurde.

Ganz wichtig ist - Herr Schröder, das haben Sie auch deutlich gemacht -, dass Schleswig-Holstein nicht von den internationalen Tangenten abgekoppelt werden darf. Wir sind ein Brückenland. Dessen sind wir uns bewusst. Deshalb brauchen wir auch diese Verbindungen. Oder aber es gibt keinen Bedarf. Ich habe gerade in den letzten Tagen gelesen, dass für die feste Verbindung von Schweden über Kopenhagen nach Hamburg nur ein Zugpaar pro Tag vorgesehen ist. Das spricht nicht für den ganz großen Bedarf, den wir uns vorgestellt haben. Die Autobahnen können den Verkehr aber auch nicht aufnehmen.

Meine Damen und Herren, wir stimmen der Resolution zu, hoffen aber, dass Sie von der SPD und von den Grünen Ihre Bundestagsabgeordneten und Ihre Verantwortlichen hier in Kiel mit scharfem Druck annehmen, damit nichts schief läuft.

(Beifall bei CDU und SSW sowie des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke, Sie haben das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Für die Bahn ist der Zug abgefahren“ - so die „Lübecker Nachrichten“ zur Entscheidung über die Vergabe der Strecken Neumünster - Bad Oldesloe und Heide - Büsum an die AKN und an die Hamburger Hochbahn.

Angesichts der Pläne des neuen Bahnchefs Mehdorn - bekannt geworden unter anderem unter der Bezeichnung REGENT - stellt sich die Frage, ob auch für das Land Schleswig-Holstein der Zug schon abgefahren ist oder demnächst abgefahren sein wird - jedenfalls der Fernzug.

Kein Zweifel, meine Damen und Herren, niemand von uns kann ein Interesse daran haben, dass Schleswig-Holstein im wahrsten Sinne des Wortes einfach abgehängt wird. Die Verkehrssituation auf der Straße mit dem Quasi-Schlagbaum Elbtunnel muss nicht noch durch ein Schienenkonzept begleitet werden, das in Hamburg vor einem roten Signal endgültig stehen bleibt. Dabei geht es - das sei am Rande vermerkt - nicht nur um die - wie der Antrag wörtlich sagt - „Sicherstellung der Mobilität für die Menschen in Schleswig-Holstein“. Nein, ein solches Abkoppeln bedeutet für unser Land viel mehr. Das wäre ein fataler Imageverlust für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere mich jedenfalls noch gut an die Zeiten vor der Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Kiel, als wir von der restlichen Republik mitleidig belächelt wurden, wenn wir in Hamburg-Altona eine Dreiviertelstunde lang auf dem Bahnsteig standen, um dann mit einem „Silberling“ in die Landeshauptstadt zu fahren.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Genauso wie Kiel auf der Wetterkarte erscheint, im Flugplan der Lufthansa präsent ist, müssen selbstverständlich Flensburg, Lübeck und Kiel auch im Fernfahrplan der DB AG weiterhin erscheinen.

(Beifall bei F.D.P., CDU und vereinzelt bei der SPD sowie der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Es wäre übrigens ein weiterer Schlag für die Entwicklung des Tourismus in Schleswig-Holstein - wir haben heute Morgen darüber gesprochen-, wenn die Westküste einschließlich Sylt oder auch Lübeck - Puttgarden nicht mehr mit durchgebundenen Fernverkehrszügen erreicht werden könnten. Wir werden also dem Antrag der Regierungskoalition zustimmen, weil die Zielrichtung stimmt, auch wenn der Inhalt im Einzelnen einer weiteren Diskussion bedürfte.

Zum Beispiel würden wir doch gern wissen, Herr Kollege Schröder, wie Sie sich das mit der Aufsicht über die Trassenpreise eigentlich genau vorstellen.

Unverkennbar bleibt allerdings, dass sich Rot-Grün auch in der Sicherung des regionalen Schienenverkehrs nicht ganz grün sind. Der gemeinsame Antrag formuliert Protest gegen die Pläne der DB AG. Das ist in Ordnung, aber doch ein bisschen wenig. Vielleicht wäre es sinnvoller, wenn auch arbeitsaufwendiger, ein eigenes Konzept anzubieten.

Der Kollege Hentschel hat ja am 18. April dieses Jahres ein solches Konzept veröffentlicht. Darin lese ich zu meinem Erstaunen Folgendes: Die Krise der DB AG lasse sich als Chance nutzen. Wörtlich heißt es dann: „Im Rahmen der Diskussion über das REGENT-Konzept wird auch die Einstellung des IR-Verkehrs und von Endstrecken im ICE-Verkehr diskutiert.“ Jetzt kommt es: „Es ist klar, dass eine rein privatwirtschaftlich betriebene DB AG keine defizitären Strecken betreiben wird.“

Das, meine Damen und Herren, ist eine Einsicht, die der heute vorliegende Antrag leider nicht vermittelt. Dieser Einsicht werden wir uns aber stellen müssen, nämlich der Tatsache, dass es sich bei der DB AG um ein privatwirtschaftliches Unternehmen handelt, das entsprechend agieren muss. Mit bloßem Protest werden wir da auf Dauer nicht weiterkommen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Das Konzept des Kollegen Hentschel schlägt vor, die Länder sollten die Möglichkeit haben, zusätzliche Fahrten von ICEs zu bestellen, gegebenenfalls verbunden mit zusätzlichen Haltepunkten.

Sehr interessant! Nur, meine Damen und Herren, wer bestellt, muss auch bezahlen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die mahnenden Worte des damaligen Verkehrsministers Steinbrück bei der Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs. Zu Recht wurde damals darauf hingewiesen, dass die Zuteilung von Regionalisierungsmitteln durch den Bund an das Land nicht automatisch dazu führe, dass sich auch die Schienenverkehrsleistung erhöhe.

Ob der Bund jetzt bereit sein wird, ausreichende Mittel auf die Länder zu übertragen, um die Bildung eines **Nord-Ostsee-Netzes** für das Land kostenneutral zu gestalten, darf sicherlich mit einem großen Fragezeichen versehen werden - ebenso wie die euphorischen Berechnungen des Kollegen Hentschel hinsichtlich des Überschusses aus Trassengebühren.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Dennoch ist es notwendig, sich mit der weiteren Regionalisierung und den Fragen der Neufinanzierung des gesamten Bahnverkehrs auseinander zu setzen. Dabei werden zusätzliche Möglichkeiten des Wettbewerbs ein wesentlicher Aspekt sein.

Das alles geht allerdings weit über den heute vorliegenden Antrag hinaus. Gleichwohl werden wir dem Antrag selbstverständlich zustimmen, damit der Verkehrsminister und auch die Ministerpräsidentin morgen im Gespräch mit Herrn Mehdorn mit aller Kraft die Meinung aller hier vertretenen Parteien und ganz Schleswig-Holsteins vortragen können.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich würde mich allerdings freuen, wenn wir eine derartige Einigkeit hinsichtlich der Interessen der Mobilität der Menschen dieses Landes auch einmal bei anderen Verkehrsprojekten, bei anderen Verkehrsträgern erreichen könnten und nicht nur bei dem Lieblingsspielzeug von Herrn Hentschel, der Eisenbahn.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich werde ich mich für mein Lieblingsspielzeug einsetzen; ich fahre nämlich manchmal auch Eisenbahn.

(Reinhard Sager [CDU]: Fahren oder mitfahren?)

- Nicht als Lokomotivführer!

Der Antrag ist optimal getimt, denn morgen kommt der Bundesbahnchef. Insofern ist es genau die richtige Sekunde, um ihm eine Message des Landtages mitzugeben.

Ich stehe zur Regionalisierung. Die **Regionalisierung** des Zugverkehrs hat sich schon gelohnt. Wir haben eine Reihe von Strecken ausgeschrieben. Es wird bill-

(Karl-Martin Hentschel)

ger. Dadurch werden neue Züge in Auftrag gegeben. Der Zugverkehr hat zugenommen. Es sind zusätzliche Fahrten eingeführt worden, zum Beispiel der Halbstundentakt zwischen Preetz und Kiel, der Halbstundentakt zwischen Eutin und Lübeck im Pendlerverkehr. Es passiert etwas. Es geht aber noch zu langsam. Wir werden in Schleswig-Holstein demnächst neue Züge im Regionalverkehr haben, modern, schnell, sauber, attraktiv, sodass ein anderes Bild entsteht als mit den alten Silberlingen, die viele Leute geärgert haben. Wir müssen auf diesem Weg weitgehen.

Nun zur zentralen Frage, die die beiden Oppositions-sprecher genannt haben, nämlich zur Frage, ob und warum es sich rentiert, das Netz zu übernehmen. Der Kern der Antwort liegt darin, dass wir das Netz schon heute bezahlen. Von den 210 Millionen DM, die das Land an die DB AG jährlich für den Regionalverkehr überweist, zahlt das Land bereits 160 Millionen DM Trassenkosten. Die Rechnung, die ich aufgestellt habe, stammt nicht von mir, sondern von Bahnexperten, die darauf hinweisen, dass dieses Geld bei der Bundesbahn im Wesentlichen für Trassen ausgegeben wird, aber leider nicht für Trassen in Schleswig-Holstein, sondern für den Neubau von Fernverkehrsstrecken in anderen Regionen, zum Beispiel für das Eisenbahnkreuz in Berlin, für die neue Trasse quer durch Nordrhein-Westfalen und so weiter,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

während die Unterhaltung und Pflege der Trassen in Schleswig-Holstein nur einen Bruchteil dessen kostet, was wir jährlich an Trassenkosten bezahlen. Deswegen rentiert es sich für uns, wenn wir das übernehmen.

Das Beispiel Schweden stimmt nicht. In Schweden betragen die Trassenkosten ein Fünftel von denen in der Bundesrepublik. Das muss man wissen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Dann würde es sich nicht lohnen. Wir müssen aber fünfmal so viel bezahlen, also lohnt es sich für uns, die Trassen zu übernehmen. Einfache Rechnung, erste Klasse!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche gilt übrigens für die Bahnhöfe. Ich führe die Rechnung nicht vor, man kann sie in meinem Pressekonzferenzpapier nachlesen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Zur Wettbewerbsaufsicht! Wir brauchen eine **Wettbewerbsaufsicht** über die Schienen, denn mit den Schienen verhält es sich wie mit den Straßen. Man

stelle sich vor: Die Straßen gehören Mercedes, Mercedes sagt, dass zunächst immer nur Mercedes fahren darf, während alle anderen Riesenmautgebühren bezahlen müssen, VW, Opel und so weiter, und nur dann fahren dürfen, wenn Mercedesautos noch Platz lassen.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Das wäre ein absurder Zustand. Genau den Zustand haben wir auf den Schienen. Das Schienennetz gehört der DB AG. Alle Konkurrenten, alle anderen Bahngesellschaften, die fahren wollen, müssen hohe Trassenpreise bezahlen und werden von der DBAG systematisch herausgehalten. Das nützt nicht dem Schienenverkehr, das schadet dem Schienenverkehr. Da muss eine politische Regulierungsaufsicht hin, weil die Trassen ein natürliches Monopol sind. Volkswirtschaftlich - Herr Kubicki, ich hoffe, diesen Kurs haben Sie auch noch drauf - bedeutet das, dass bei einem natürlichen Monopol eine Regulierung her muss.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo steht das denn? - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Zum Senken der Trassenpreise! Wir haben zurzeit Trassenpreise auf der Schiene, die die Gesamtkosten des Transportes im Güterverkehr etwa verdoppeln. Wir haben Trassenpreise auf der Straße für den LKW praktisch gleich null; denn der LKW ist praktisch nicht beteiligt. Anders sieht es beim PKW aus, der seine Kosten über die Mineralölsteuer im Wesentlichen trägt, während der LKW von den Abnutzungskosten der Straßen nichts trägt, obwohl der LKW etwa zwischen 95 und 98 % zur Abnutzung der Straßen beiträgt. Das muss man wissen. Die physikalische Formel - falls Sie das interessiert - für die Abnutzung der Straßen ist die vierte Potenz der Achslast mal die Anzahl der Räder.

(Beifall)

Wenn wir also eine Wettbewerbsgleichheit zwischen Schiene und Straße haben wollen, bedeutet das: Die **Trassenkosten** für die Schiene müssen herunter, die Trassenkosten für die Straße müssen hoch, damit eine Gleichberechtigung existiert. Wir können kein Interesse daran haben, als Steuerzahler ein Verkehrsmittel besonders zu subventionieren, das andere zu belasten und dann hinterher festzustellen, dass das umweltfreundlichere Verkehrsmittel nicht benutzt wird und alle beklagen, dass keiner Bahn fährt. Kein Wunder, wenn man dafür sorgt, dass es alles teurer ist, während das andere billiger ist.

Wir brauchen gleiche Wettbewerbsbedingungen. Alle Experten - das können Sie in der Zeitschrift der Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft beziehungsweise

(Karl-Martin Hentschel)

anderen Fachzeitschriften nachlesen - sagen: Wenn es gleiche Wettbewerbsbedingungen gäbe, gäbe es erhebliche Veränderungen des so genannten modal split, das heißt, es würden Verkehre verlagert werden. Deshalb plädiere ich dafür zu handeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir scheuen uns nicht, auch unsere eigene Bundesregierung einmal aufzufordern, etwas zu tun. Das ist im Interesse des Landes sinnvoll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD sowie der Abgeordneten Günther Hildebrand [F.D.P.] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Der Handlungsauftrag ist natürlich auch ein Votum gegenüber der Deutschen BahnAG. Das ist eine private Gesellschaft; das ist von Frau Aschmoneit-Lücke richtig gesagt worden. Unser Minister wird ja mit ihr verhandeln. Es ist sinnvoll, dass ihm der Landtag ein klares Votum für seine Verhandlungen mitgibt, das ihm hilft, die Standpunkte des Landes offensiv zu vertreten, wie Sie es gefordert haben.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

In dem Sinne vielen Dank für Ihren Beitrag. Ich hoffe, dass wir jetzt gemeinsam zur Verabschiedung kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Beratungen werden durch das Präsidium geschlossen. Ich darf erst noch Herrn Abgeordneten Harms das Wort erteilen.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vom Grundsatz her kann der SSW die Resolution von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherung des regionalen Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein unterstützen. Gerade der SSW hat als regionale Partei ein ureigenes Interesse, dass der Bahnverkehr - sowohl der Nah- als auch der Fernverkehr - in allen Regionen des Landes weiterhin aufrechterhalten wird. Allerdings ist es schon notwendig, sehr genau zwischen der aktuellen Situation im Nahverkehr und im Fernverkehr der Bahn zu unterscheiden, auch wenn diese nicht völlig isoliert voneinander gesehen werden dürfen. Denn eine attraktive Infrastruktur gibt es natürlich nur, wenn genügend überregionale und regionale Verbindungen in einer Region vorhanden sind.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Durch die 1996 beschlossene Bahnreform entscheiden die Bundesländer mit dem Einsatz ihrer Regionalisierungsmittel zum Teil bereits selber über das Nahverkehrsangebot vor Ort. In Schleswig-Holstein sind wir in diesem Bereich gut vorangekommen und haben verschiedene Nahverkehrsstrecken ausgeschrieben. Diese Ausschreibungen wurden von regionalen Anbietern gewonnen, was für das gute Preis-Leistungsverhältnis bei diesen Anbietern spricht und zeigt, dass sich der Wettbewerb in diesem Bereich lohnt.

(Beifall bei SSW und F.D.P.)

Aus Sicht des SSW sind die bisherigen Erfahrungen mit der Regionalisierung in Schleswig-Holstein auf der Grundlage der Bahnreform von 1996 also nicht so schlecht.

Deshalb wundert mich dann doch der erste Satz im Resolutionsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit dem gegen die Umsetzung des Projektes „REGENT“ der DB protestiert wird, das darauf hinausläuft, dass sich die Bahn aus dem Eisenbahnbetrieb auf Regionalstrecken zurückzieht. Aufgrund der Bahnreform geschieht dies doch bereits seit Jahren. Der Ansatz, dass dezentral und regional operierende Bahnunternehmen im Nahverkehr kundennäher, kostengünstiger und erfolgreicher arbeiten als der vergleichsweise schwerfällige Konzern DB AG, ist nichts Neues.

Das Problem sind natürlich die weniger attraktiven Schienennahverkehrsstrecken, insbesondere im dünn besiedelten Raum.

Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die **Trassenpreise**, die neue Anbieter an den Monopolisten zahlen sollen. In diesem Punkt gebe ich Herrn Hentschel Recht. Alle zur Verfügung stehenden Zahlen zeigen, dass die Trassenpreise im DB-Netz relativ hoch sind. Der SSW unterstützt daher das Ansinnen, durch eine wettbewerbliche Aufsicht der Trassenpreise eine Senkung der Trassenkosten zu erreichen. Eine weitere Möglichkeit, die weniger rentablen Strecken zu erhalten, ist, sie zusammen mit attraktiven Strecken auszuscheiden. Diese Idee wurde vor kurzem auch schon im Wirtschaftsausschuss diskutiert. Hier könnten sich durchaus regionale Bietergemeinschaften bilden. Das wäre eine Entwicklung zum Guten.

Im **Fernverkehr** - dem zweiten Bereich der Resolution - haben wir im Moment noch eine andere Situation. Hier hat die DB AG immer noch ein Monopol und deswegen ist es eine legitime Forderung an die DB AG, dass die Regionen des Landes weiterhin mit a-

(Lars Harms)

traktiv durchgebundenen Fernverkehrszügen an das DB-AG-Fernverkehrsnetz angeschlossen bleiben.

Wenn beispielsweise die InterRegio-Verbindung Niedersachsen - Hamburg - Flensburg - Dänemark nach 2001 vor dem Aus steht, verkümmert der Flensburger Bahnhof - und mit ihm der ganze Landesteil Schleswig - endgültig zum Provinzbahnhof.

(Anke Spoorendonk [SSW]: So ist das!)

Grenzüberschreitende Verbindungen im Fernverkehr gäbe es dann nur noch für Schlafmützen, da ausschließlich der Schlafwagenzug München - Kopenhagen in Flensburg halten würde. Der SSW fordert seit Jahren, dass der grenzüberschreitende Zugverkehr im nördlichen Landesteil endlich verbessert und ausgebaut wird. Aus unserer Sicht ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass der Eigner der DB AG immer noch die Bundesregierung ist.

(Anke Spoorendonk [SSW]: So ist das!)

Somit trägt die rot-grüne Bundesregierung in Berlin eine Hauptverantwortung für diese Entwicklung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn man will, dass die DB AG schwarze Zahlen schreibt und wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen wirtschaften soll, dann kann es eigentlich keine große Überraschung sein, dass sich die DB AG aus der Fläche zurückzieht.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Deshalb fordert der SSW, dass im Zuge einer **völligen Privatisierung** der DB AG - ähnlich wie bei der Bahnreform von 1996 - vom Bund weitere **Ausgleichsmittel** zur Verfügung gestellt werden müssen, damit die einzelnen Bundesländer weiterhin die wichtigen InterRegio-Verbindungen betreiben können.

(Beifall bei SSW, SPD, CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich erteile Herrn Minister Dr. Rohwer das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Ich finde es sehr beachtlich, dass wir uns gleich im ersten Tagesordnungspunkt nach der Regierungserklärung mit einem verkehrspolitischen Thema beschäftigen. Ich glaube, das macht auch den Schwerpunkt deutlich, den die Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung selbst gesetzt hat. Verkehrspolitik für Schleswig-Holstein

bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre. Dazu gehört die Bahnpolitik ebenso wie die **A 20** und die **feste Fehmarnbelt-Querung**

(Beifall bei der SPD)

Ich werde nach dieser Vorbemerkung in fünf Punkten die Essentials für die Bahnpolitik vorstellen, die uns als Landesregierung und mich als Minister in den nächsten Monaten in den Gesprächen mit Dritten läuten werden.

Erstens. Seit das Land die Regie übernommen hat, gibt es wesentlich mehr Personennahverkehr auf der Schiene. Das heißt, dass die **Regionalisierung** richtig war. Unsere Bahnpolitik in Schleswig-Holstein hat sich bewährt. Wir haben das Angebot an Zugkilometern im Lande seit 1994 um 13,5 % erhöht.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt: mehr Züge, dichtere Takte und neue Verbindungen! Unser Angebot ist angenommen worden. Die Fahrgastzahlen sind überproportional um 15 % gestiegen. Tag für Tag fahren über 20.000 Menschen mehr als vor zehn Jahren mit der Bahn. Das sind 10.000 Pkw-Pendler weniger. Auch das ist ein beachtlicher Effekt, der zeigt, dass sich ein besseres Angebot auf den Schienen lohnt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wir werden das **Angebot** weiter ausbauen und den Bahnverkehr noch attraktiver machen. Dazu werden wir in den nächsten Jahren die Strecke Neumünster - Bad Segeberg wieder in Betrieb nehmen und den Stundentakt zwischen Kiel - Neumünster - Bad Segeberg - Bad Oldesloe einführen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden zwischen Kiel und Hamburg den Halbstundentakt und die Elektrifizierung zwischen Hamburg und Lübeck realisieren und auch dort einen Halbstundentakt einführen. Wir werden auf den Strecken Husum - St. Peter-Ording, Heide - Büsum und Neumünster - Heide ebenfalls den Stundentakt einführen und wir werden alle 150 Bahnhöfe in Schleswig-Holstein modernisieren und viele Stationen neu eröffnen. Ich glaube, das ist ein Fortschritt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist ein enormes Programm zur Entlastung der Straße, zum Schutz des Klimas und für einen modernen öffentlichen Personennahverkehr in Schleswig-Holstein.

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Jetzt komme ich zu den für die Zukunft besonders wichtigen Punkten.

Drittens. Wir werden unsere Politik des Wettbewerbs auf der Schiene konsequent im Interesse des gesamten Verkehrs und insbesondere der Bahnkunden fortsetzen. Zusammen mit Nordrhein-Westfalen sind wir schon jetzt - was den **Wettbewerb** auf der Schiene angeht - bundesweit führend. Mit der jüngsten Vergabeentscheidung werden 20% der regionalen Zugkilometer unter Wettbewerbsbedingungen produziert. Das ist mehr als das Doppelte des Bundesdurchschnitts, wobei die interessantesten Strecken erst noch kommen. Mit dieser Wettbewerbspolitik haben wir die Kosten enorm reduzieren können. Das, was wir sparen, kommt der Quantität und der Qualität unseres Schienennetzes zugute. Das ist keine Politik gegen die Deutsche Bahn, sondern das ist eine konsequente Umsetzung dessen, was wir mit der Bahnreform beschlossen haben und es ist das Zeichen dafür, dass wir das umsetzen, was die Deutsche Bahn selbst gewollt hat und jetzt auch selbst für sich umsetzen kann.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Viertens. Die Schieneninfrastruktur muss ertüchtigt, erhalten und ausgebaut werden. Deshalb sage ich ganz deutlich: Wir wollen die Regionalisierung des Regionalnetzes, weil wir damit riesige Chancen verbinden. Mit der Bahnreform sind Infrastruktur und Fahrbetrieb getrennt worden. Daran wollen wir festhalten. Die Frage ist, wie die regionale Schieneninfrastruktur wirtschaftlich betrieben werden kann.

Die DB Netz AG will im Rahmen der so genannten **Mittelstandsoffensive** Strecken an regionale Unternehmen übertragen. Wir unterstützen die Absicht der Bahn, vor Ort flexiblere Strukturen zu schaffen und verantwortliche Entscheidungen über Investitionen in die Region zu verlagern. Wir können das in der Region besser. Wir wollen allerdings nicht, dass das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird, indem das Netz über die Regionalisierung wieder mit dem Betrieb vereint wird, wie etwa bei der ZugBus. Das hieße nämlich ein Rückgängigmachen der Bahnreform und damit eine Behinderung oder Vereitelung des Wettbewerbs, der ja gerade beginnt, seine positive Wirkung zu entfalten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Ich setze mich für ein echtes und wettbewerbsneutrales Regionalmodell ein, bei dem die Deutsche Bahn - aber auch andere schleswig-holsteinische Schienenverkehrsunternehmen - und das Land gemeinsam wirken.

Ich verspreche mir von einer solchen **regionalen Trassengesellschaft** für Schleswig-Holstein zwei zentrale Vorteile: Schienenwege, die dem Bedarf wirklich ge-

recht werden und zugleich sinkende Trassenpreise. Frau Aschmoneit-Lücke, die Trassenpreise sind zu hoch, da sind wir uns einig. In der Resolution ist zutreffend ausgeführt, dass wir eine wettbewerbsliche Aufsicht brauchen. Das Bundeskartellamt überprüft bereits jetzt die Trassenpreise der Bahn, das ist richtig. Wir brauchen künftig eine laufende Überprüfung der Trassenpreise, weil sie in einigen Fällen um 50% überhöht sind.

Fünftens. Ich gehe jetzt auf den letzten und politisch gesehen vielleicht wichtigsten Punkt ein. Wir wollen die Fernverbindungen von und nach Schleswig-Holstein sichern und ausbauen und dabei Fern- und Regionalverkehr noch enger aufeinander abstimmen. Bekanntlich gibt es Planungen der Bahn, auch in Schleswig-Holstein **Fernverbindungen** zu streichen. Dagegen wird die Landesregierung - wie ich hoffe mit Unterstützung der Resolution, die heute verabschiedet werden soll - mit allen Möglichkeiten kämpfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen durchgehende Fernzüge von und nach allen Zentren des Landes: Westerland, Kiel, Lübeck, Flensburg und weiter in Richtung Kopenhagen und Stockholm. Das Interessante ist, dass diese Züge auch eine Nahverkehrsfunktion haben. Dort fahren auch Nahverkehrskunden mit. Deswegen wollen wir mit der Deutschen Bahn darüber sprechen, ob wir nicht gemeinsam neue Wege gehen und bei der Verknüpfung von Fern- und Regionalverkehr zu neuen Aufteilungs- und Verknüpfungsmodellen kommen können. Das ist der einzige Ansatz, um zu einer wirtschaftlich vernünftigen Lösung zu kommen. Bisher habe ich aus meinen Gesprächen mit der Bahn den Eindruck, dass die Bahn bereit sein könnte, mit Schleswig-Holstein sogar ein Modellprojekt zu fahren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Das wäre besonders chancenreich, weil die Bahn dann zeigen könnte, dass sie in einem konstruktiven Miteinander mit einem Land, das übrigens intakte Strecken hat, bei denen es keinen großen Nachholbedarf gibt - -

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich komme zum Schluss und sage: Ich würde mich freuen, wenn wir diese Resolution verabschieden würden, weil sie uns - das ist für die Gespräche mit Herrn Mehdorn morgen sehr wichtig - die Rückendeckung dieses hohen Hauses geben würde. Ich sage, wenn wir diesen Kurs halten und diese fünf Maßnahmen in den Bereichen durchführen, die ich eben genannt habe, bin ich optimistisch, dass Schleswig-Holstein seinen Erfolgsweg im Schienenpersonenverkehr fortsetzen wird und wir gute Chancen haben, auch künftig eine moderne Region zu bleiben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall bei der F.D.P. sowie Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann schließe ich die Beratung und wir treten in die Abstimmung ein. Wenn ich das richtig verfolgt habe, ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Wer also der Resolution zur Sicherung des regionalen Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein, Drucksache 15/54, seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Resolution mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW einstimmig angenommen. Ich bedanke mich; damit ist der Tagesordnungspunkt geschlossen.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe dann den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Pflege-Versicherungsgesetz (Landespflegegesetz - LPflegeG)

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/29

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall; dann eröffne ich die Grundsatzberatung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Garg.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dr. Garg!)

- Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Garg.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich gleich zu Beginn ganz deutlich sagen, worum es mir nicht geht: Der vorliegende Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion soll weder als Alternative zur **Qualitätsoffensive** des Sozialministeriums noch als Alternative zum **Pflegenot-Telefon** missverstanden werden. Ich glaube, gerade die vergangenen Monate haben gezeigt, wie notwendig die Einrichtung des Pflegenot-Telefons gewesen ist.

Aber es muss doch unser Ziel sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit in Zukunft Einrichtungen wie das Pflegenot-Telefon überflüssig werden. Pflege- und Betreuungsleistungen müssen doch - unabhängig davon, ob sie in der Familie, von einem ambulanten Pflegedienst oder in einem Pflegeheim erbracht werden - so erbracht werden, dass Beschwerden und Klagen von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen in Zukunft weitgehend ausgeschlossen werden können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich gehe davon aus, dass das gerade das Ziel Ihrer Qualitätsoffensive ist, Frau Ministerin, so habe ich Ihre Ankündigungen jedenfalls verstanden. Abgesehen davon, dass der Personalmangel in vielen Einrichtungen durch die Qualitätsoffensive natürlich nicht bewältigt wird - ich räume gern ein, dass er möglicherweise unter den gegebenen Umständen in diesem Rahmen auch nicht bewältigt werden kann-, fehlen mir aber bislang konkrete Schritte zur Etablierung eines wirksamen und unabhängig arbeitenden **Kontrollinstrumentariums**. Gerade das ist aber eine ganz entscheidende Voraussetzung für eine kontinuierliche Qualitätssicherung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Denn welchen Wert haben noch so hohe Qualitätsstandards, wenn deren Einhaltung nicht regelmäßig kontrolliert und Verstöße nicht sanktioniert werden! Jedes Qualitätssicherungssystem ist ohne ein parallel arbeitendes unabhängiges Kontrollsystem weitgehend nutzlos. Das gilt natürlich auch für die Pflege.

Dabei weiß ich, dass die Forderung nach Kontrollen beziehungsweise nach Implementierung eines ganzen Kontrollsystems durchaus auf Skepsis stößt. Pflegedienstleitungen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen zum Beispiel darauf aufmerksam, dass Kontrollen immer nur zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt stattfinden können. So seien selbst regelmäßig wiederkehrende Kontrollen überhaupt nicht in der Lage, irgendeine Aussage über den permanenten psychischen Zustand des Pflegebedürftigen zu treffen. Folgerichtig lieferten Kontrollergebnisse auch keine oder nur geringe Aufschlüsse darüber, wie die Pflege-

(Dr. Heiner Garg)

situation zu verbessern sei. Die Einrichtung eines entsprechenden Kontrollsystems könne daher allenfalls ganz am Ende entsprechender Verbesserungsmaßnahmen stehen.

Meine Damen und Herren, ich will ganz klar und deutlich sagen: Ich teile diese Auffassung so nicht. Selbstverständlich beseitigt ein Kontrollsystem alleine nicht die vorhandenen Missstände. Aber die in der jüngsten Vergangenheit durchgeführten - zum großen Teil im Vorfeld angekündigten - Kontrollen haben Missstände und Verfehlungen zutage gefördert, von deren Ausmaß und Schwere vermutlich nicht nur ich überrascht war.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist eigentlich unglaublich!)

Hierbei geht es nicht darum, bei den Pflegekassen, den Heimleitungen, den Einrichtungsträgern oder gar bei der Landesregierung die alleinige Schuld

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber Mitschuld!)

für den gegenwärtigen Zustand zu suchen, es muss darum gehen - Herr Kollege Kubicki! -,

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Haus)

so schnell wie möglich die nach wie vor vorhandenen **Misstände** aufzudecken. Denn nur wenn die Misstände konsequent aufgedeckt werden, können sie ebenso konsequent beseitigt werden. Vor allem aber sind Instrumentarien zu entwickeln, die dauerhaft geeignet sind, Fehlentwicklungen auch in Zukunft von vornherein zu verhindern.

(Beifall der Abgeordneten Helga Kleiner [CDU])

Und hierbei spielt ein entsprechendes Kontrollsystem eine ganz entscheidende Rolle. Wichtig sind mir in diesem Zusammenhang vor allem zwei Punkte: Erstens, dass ein solches System unabhängig, das heißt vor allem auch träger- und kostenträgerunabhängig arbeitet, und zweitens, dass es zum integralen Bestandteil eines **Pflegequalitäts-Managements** wird.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Die F.D.P.-Fraktion schlägt Ihnen daher vor, den § 7 Abs. 1 des Landespflegegesetzes dahin gehend zu ergänzen, dass Maßnahmen zur **Sicherstellung und Kontrolle der Qualität der Pflege** künftig ausdrücklich als **förderfähige Maßnahmen** im Sinne des § 7 in das Landespflegegesetz aufgenommen werden. Aus unserer Sicht sind Sicherstellung und Kontrolle der Pflegequalität ganz entscheidende Parameter zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung der Bevölle-

rung und gerade das entspricht ja der Zielsetzung des § 7 des Landespflegegesetzes.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf konstruktive Ausschussbeurteilungen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Beran.

Andreas Beran [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg: Wer das aus dem Antrag der F.D.P. herausgelesen hat, der muss wahrlich hellseherische Fähigkeiten gehabt haben. Als ich diesen Gesetzentwurf oder besser den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Pflegeversicherungsgesetz der F.D.P. in den Händen hielt, habe ich mich gefragt, was die F.D.P. mit diesem Gesetzentwurf eigentlich bezwecken will.

(Klaus Schlie [CDU]: Die Frage ist berechtigt, aber die Antwort haben Sie gerade gehört!)

Denn jeder, der sich auskennt, wird schnell merken, dass das, was hier inhaltlich gefordert wird, an anderen Stellen im Pflegegesetz enthalten ist. Maßnahmen zur Sicherstellung und Kontrolle der Qualität der Pflege finden sowohl Erwähnung im **Landespflegegesetz** als auch im höherrangigen Recht des **SGB XI**, dort speziell in § 80. Ich möchte Ihnen dies einmal vorlesen, um es Ihnen in Erinnerung zu rufen:

„Die Spitzenverbände der Pflegekassen, die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und die Vereinigung der Träger der Pflegeeinrichtungen auf Bundesebene vereinbaren gemeinsam und einheitlich Grundsätze und Maßstäbe für die Qualität und die Qualitätssicherung der ambulanten und stationären Pflege sowie für das Verfahren zur Durchführung von Qualitätsprüfungen.“

Der § 80 führt das dann natürlich noch wesentlich weiter aus, aber ich möchte Ihnen hier den Rest ersparen.

Mir ist nicht bekannt, dass diese Bestimmungen nicht auch in Schleswig-Holstein gelten. Könnten Sie mir daher einmal erklären, was hier anderes gemeint ist als die von der F.D.P. gewollte Änderung des Landespflegegesetzes?

(Andreas Beran)

Die noch notwendigen Ergänzungen zum § 80 Pflegeversicherungsgesetz erwarte ich durch das auf Bundesebene in Vorbereitung befindliche **Qualitätssicherungsgesetz**.

Vielleicht hat dieser Antrag ja eine ganz andere Stoßrichtung. Vielleicht wollte die F.D.P. noch auf den bereits fahrenden Zug aufspringen, den die Ministerin Heide Moser für die Landesregierung zum Fahren gebracht hat, als sie im April dieses Jahres eine Pflegequalitätsoffensive eingeläutet hat. Vielleicht möchte ja die F.D.P. von dieser guten Sache auch einen Teil für sich einstreichen können. Aber das kann ich mir eigentlich kaum vorstellen. Und so ist es wohl das Beste, wenn die F.D.P. im Rahmen der Ausschussberatung noch einmal genauer erläutert, was sie tatsächlich mit diesem Gesetzesvorhaben erreichen will.

Ich habe eben aus den Ausführungen von Herrn Dr. - -

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Garg!)

- Garg, ich wollte eben beinahe etwas Anderes sagen. Ich habe aus den Ausführungen von Herrn Dr. Garg herausgehört, dass im Mittelpunkt seiner Forderungen die Qualitätskontrolle steht.

Wie gesagt: Lassen Sie uns das im Ausschuss noch einmal etwas genauer anschauen. Wir sollten diesen Antrag auch zum Anlass nehmen, uns im Ausschuss über die Pflegequalitätsoffensive der Landesregierung berichten zu lassen.

Sicher wäre es besser gewesen, wenn der Verfasser dieses Gesetzentwurfs diesem eine Begründung beigegeben hätte. Ich hätte mir viele Spekulationen, wie ich sie hier nun ausführen musste, ersparen können. Ich warte gespannt auf die Ausführungen der F.D.P. im Rahmen der Ausschussberatungen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bemerkung machen. Das Thema „Verbesserung der Qualität in der Pflege“ ist für mich eine gesellschaftspolitische Herausforderung. Ihr darf jedoch nicht mit Schriftsätzen begegnet werden, sie muss gelebt werden. Meiner Meinung nach ist daher eine der besten Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität in der Pflege nicht solch ein Gesetzentwurf, sondern ausreichendes, gut ausgebildetes sowie geschultes und motiviertes Pflegepersonal.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe des CDU-Ortsverbandes Erfde und des Deutschen Roten Kreuzes Erfde.

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Kleiner.

Helga Kleiner [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren, insbesondere Herr Dr. Garg! Ich freue mich über Ihre Ausführungen. Ich habe sie auch verstanden, muss ich sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Beran, es trifft zu, dass die Bundesregierung plant, demnächst zwei Gesetze zur **Novellierung des Heimgesetzes** und zur **Ergänzung des Pflegeversicherungsgesetzes** vorzulegen. Beide Gesetzesvorhaben sind schon seit längerer Zeit angekündigt, seit sehr langer Zeit.

Das **Heimgesetz** ressortiert bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bundesministerin Bergmann hat zwei zurückgerufene Entwürfe nicht einmal zur Verfügung gestellt, damit die Mängel nicht zu offenkundig wurden. Nunmehr, unter dem Datum vom 26. April 2000, hat sie einen weiteren Entwurf, einen Referentenentwurf zur Novellierung des Heimgesetzes vorgelegt und Stellungnahmen bis zum 20. Juni 2000 erbeten. In welchem Umfang auch dieser dritte Entwurf erneut geändert und wann er dann als Gesetzentwurf der Bundesregierung in den Bundestag eingebracht wird, lässt sich zurzeit verlässlich überhaupt nicht einschätzen.

Das **Pflegeversicherungsgesetz** ressortiert bei der Bundesministerin für Gesundheit. Bundesministerin Fischer hat bislang für das von ihr geplante Pflegequalitätssicherungsgesetz noch nicht einmal einen Referentenentwurf vorgelegt. Wann dies geschieht, welche Änderungen anschließend vorgenommen werden und wann dann endlich der geänderte Referentenentwurf als Gesetzentwurf der Bundesregierung in den Bundestag eingebracht wird, darüber lässt sich zurzeit noch weniger etwas wirklich Verlässliches sagen als bei der Heimgesetznovelle.

So viel ist allerdings klar: Die Bundesgesundheitsministerin ist auch nach Auffassung der A-Länder ganz erheblich in Verzug. Bezeichnend ist, dass Nordrhein-Westfalen im zuständigen Bundesratsausschuss bereits mit der Einsetzung eines besonderen Unterausschusses gedroht hat.

Betrachtet man diese Gesetzgebungsvorhaben mit dem notwendigen kritischen Blick, so ist festzustellen: Wir sind noch weit entfernt von einer verbindlichen Festlegung des Bundeskabinetts darüber, wie denn in Zukunft die Qualität der Pflege wirklich sichergestellt

(Helga Kleiner)

werden soll. Schon aufgrund dieser Erwägung unterstützen wir den Antrag der F.D.P.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dazu kommt noch Folgendes: Die CDU-Fraktion hat schon in der letzten Legislaturperiode mehrfach darauf hingewiesen - ich wiederhole dies heute ausdrücklich -: Ministerin Moser trägt persönlich die Verantwortung für die **Fachaufsicht über die Heimaufsichtsbehörden** unseres Landes. Sie hat in der Vergangenheit ihre Pflicht zur Fachaufsicht über die Heimaufsichtsbehörden nach unserer Meinung nicht ordnungsgemäß erfüllt.

(Ministerin Heide Moser: Nun reicht es aber!)

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der seit Frühjahr des letzten Jahres angelaufenen Kurzprüfungen aller stationären Pflegeeinrichtungen durch den MDK beweisen unseren Vorwurf. Die CDU-Fraktion begrüßt zwar - ich will dies deutlich hervorheben - das von Sozialministerin Moser Anfang April bekannt gegebene Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Landespflegeausschusses. Noch sind wir aber nicht davon überzeugt, dass sich die Sozialministerin in der Zukunft mit dem gebotenen Nachdruck um die Qualitätssicherung in der Pflege kümmern wird. Schon die werbemäßig besonders gestylte und daher - wie ich meine - unangemessene Bezeichnung dieser jetzt ergriffenen Maßnahmen als „Pflegequalitätsoffensive“ lässt den Verdacht aufkommen, dass hier Versäumnisse der Vergangenheit übertüncht werden sollen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Aber wir wollen uns im Interesse der nicht sorgfältig genug gepflegten Menschen natürlich gern davon überzeugen lassen, dass die Landesregierung nunmehr bei der Qualitätssicherung der Pflege einen neuen Kurs einschlagen will. Bis man uns davon überzeugt hat, sollte allerdings jede Initiative, die geeignet ist, die Landesregierung auf ihre Pflichten in diesem wichtigen politischen Bereich hinzuweisen, ergriffen werden. Auch deswegen unterstützen wir den Antrag der F.D.P.-Fraktion.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Pflege hat die letzte Legislaturperiode ja wie ein roter Faden durchzogen. Wir wissen landauf, landab, das ist

keine Sache, die schleswig-holstein-spezifisch ist: Pflegemissstände sind kein Einzelfall, weder im privaten Haushalt

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist keine Entschuldigung!)

oder in ambulanten Stationen noch in den Heimen. Sie sind leider alltägliche Realität für viel zu viele Menschen!

Dass nun die F.D.P. zu Beginn dieser Legislaturperiode den Faden wieder aufnimmt, halten wir auch angesichts der bundespolitischen Debatte für sinnvoll, auch wenn - dies sei hier ausdrücklich gesagt - Frau Ministerin Moser ja mit der gestarteten Pflegequalitätsoffensive deutlich gemacht hat, dass sie nachdrücklich und in Kontinuität und mit einem großen Kreis von Mitwirkenden tatsächlich neue Schritte geht, also auch den bundesgesetzlichen Rahmenbedingung voraussetzt.

Wir als Grüne wollen uns nicht mit diesen Federn schmücken. Es ist aber wohl eine Aufgabe des gesamten Hauses, Frau Moser in ihren Bemühungen zu unterstützen.

Der nun von der F.D.P.-Fraktion vorgelegte Vorschlag zur Ergänzung des Ausführungsgesetzes zum Pflegeversicherungsgesetz sieht vor, dass diese Qualitätssicherung ausdrücklich im Gesetz enthalten ist. Wir betonen, dass bisher immerhin schon eine Reihe von Maßnahmen gefördert worden sind. Sie werden auch in der Qualitätsoffensive genannt. Wir gehen auch davon aus, dass, ohne dass die Qualitätssicherung in diesem Ausführungsgesetz explizit genannt ist, diese selbstverständlicher Bestandteil einer jeden Heimtätigkeit zu sein hat und selbstverständlich auch im Rahmen der bisherigen Fördermaßnahmen förderungswürdig ist.

Es mag aber sinnvoll sein - gerade angesichts der zugespitzten Debatte -, noch einmal ausführlich und definitiv klarzustellen, was der Landesgesetzgeber hier will. Insofern halte ich es für sinnvoll, dass wir uns im Ausschuss damit befassen und vielleicht bei dieser Gelegenheit die weiteren Planungen der Ministerin erfahren und in angemessener Weise parlamentarisch begleiten können.

Es bedarf tatsächlich einer großen öffentlichen Anstrengung, um zu erreichen, dass das Thema Pflege nicht ein Gegenstand **gegenseitiger Schuldzuweisungen** und auch nicht ein Abgrenzungsmechanismus zwischen verschiedenen Institutionen wird, sondern dass es zu dem kommt, was wir brauchen: mehr Qualität in der Ausbildung und Fortbildung, mehr Zeit für die zu Pflegenden, mehr Qualität auch in unaufgeforderter und unregelmäßiger Überprüfung durch die Verbände selbst und insbesondere mehr **Unabhängig-**

(Angelika Birk)

keit von den Pflegeeinrichtungen der verschiedenen **Institutionen**, die zu beraten haben, was denn die richtige Pflege für einen pflegebedürftigen Menschen ist!

Ich freue mich daher über die Ankündigung, dass nunmehr endlich eine Beratungseinrichtung gefunden werden kann, die diese Aufgabe als erste pilothaft wahrnimmt, denn es geht nicht nur um Kontrolle von außen. Es geht auch um die richtige Beratung für den einzelnen Menschen, der die Pflege sucht, es geht darum, dass die so genannten Verbraucherinnen und Verbraucher - das Wort geht mir in diesem Zusammenhang etwas schwer über die Lippen-, dass diejenigen also, die die Pflege brauchen, tatsächlich eine Instanz haben, an die sie sich wenden können. Das Pflegenottelefon ist hier nur der erste Schritt.

Ich darf deshalb ausdrücklich zu einer Debatte zur Unterstützung der Sozialministerin ermutigen. Wenn denn die Gesetzesänderung hierfür der richtige Weg ist - das werden wir im Ausschuss prüfen-, werden wir uns dem nicht verschließen, sondern diese Ergänzung befürworten. Meiner Ansicht nach ist es aber viel wichtiger, dass wir die Debatte in unseren Kommunen anregen, damit dort das stattfindet, was wir hier im Landtag einfordern. Sie wissen, mit gesetzestechnischen Operationen allein ist dem nicht Genüge getan.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Niemand von uns wird die Schlagzeilen übersehen haben, die um den Jahreswechsel die aktuelle Situation und **Qualität der Pflege** in Schleswig-Holstein anprangerten. Der Medizinische Dienst der Krankenversicherung, MDK, hatte bei Kontrollen erhebliche Mängel festgestellt, die vor allen Dingen die älteren Mitbürger und deren Angehörige erheblich verunsicherten. Die Debatte weckte auf und warf ein grelles Licht auf die Situation in den Pflegeheimen des Landes. Wer dachte, es reiche aus, eine Pflegeversicherung zu gründen und dann auf deren Durchführung zu warten, um eine menschenwürdige und qualitativ hochwertige Pflege zu bekommen, ist eines anderen belehrt worden. Der bestehende Wettbewerb der Anbieter allein hat bisher nicht ausgereicht, um die Qualität in den stationären Einrichtungen zu sichern.

Keiner von uns kann unberührt bleiben von den Befunden, die die Kontrollen erbrachten. Und alle Partä-

en in diesem Hause forderten Konsequenzen, als im Januar diese Sachverhalte hier zur Sprache gekommen sind. Es herrschte und herrscht ein breiter Konsens, dass Maßnahmen der Qualitätssicherung in den Einrichtungen und deren Überwachung deutlich und schnell verstärkt werden müssen. Die Gesetzesinitiative der F.D.P.-Fraktion ist der jüngste Spross dieser wichtigen Debatte. Jeder Versuch, die Qualität in den Pflegeeinrichtungen zu verbessern und zu sichern, verdient unser aller Aufmerksamkeit. Daher müssen wir uns auch mit diesem Entwurf konstruktiv auseinandersetzen.

Die Umsetzung der **Pflegeversicherung** und die neue Debatte über die Pflegequalität haben bereits dazu geführt, dass Maßnahmen eingeleitet wurden, um die Qualität der pflegerischen Versorgung zu verbessern und zu sichern. Gegenwärtig laufen bereits eine Qualitätssicherungsoffensive, ein Aktionsprogramm und eine Reihe weiterer Maßnahmen. Auch die Kontrolle findet jetzt offensichtlich verstärkt statt. Es ist immerhin bemerkenswert, dass Schleswig-Holstein das erste Bundesland war, das flächendeckend seine vollstationären Pflegeeinrichtungen kontrollierte. Die Berichte des MDK sind jedoch paradoxerweise gerade Ausdruck dafür, dass jetzt eine Kontrolle stattfindet, die vorher vernachlässigt wurde. Die Probleme wären sonst nicht entdeckt und thematisiert worden.

(Beifall beim SSW - Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

In diesem Kontext ist der F.D.P.-Vorschlag zu bewerten. Es wird zu klären sein, ob der Vorschlag als Bereicherung und Ergänzung der bereits ergriffenen Maßnahmen geeignet ist. Es bleibt zu klären, ob der Umfang der Kontrolle bereits ausreicht, ob die bestehenden Regelungen ausreichen und ob wirklich zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind, die einer Verankerung im Landespflegegesetz bedürfen.

Mein Fazit lautet: Die Bewertung der F.D.P.-Initiative kann erst erfolgen, wenn geklärt ist, wie die vorgeschlagene Gesetzesänderung mit den bestehenden Regelungen und den neu ergriffenen Maßnahmen harmonisiert. Dies hat Herr Dr. Garg in seiner Rede bereits ausgeführt. Das werden wir hoffentlich im Sozialausschuss nunmehr tun. Der SSW steht jeder Initiative aufgeschlossen gegenüber, die eine Verbesserung der Pflegequalität zum Gegenstand hat.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einer knappen, etwas harschen Feststellung beginnen: Herr Dr. Garg, um Maßnahmen zur **Sicherstellung der Qualität der Pflege** nach dem Landespflegegesetz zu fordern, brauchen wir keine Gesetzesänderung. Der einleitende Satz des § 7 des Landespflegegesetzes reicht völlig aus. Man könnte sich fast darüber wundern, dass die F.D.P. hier einen Beitrag zur Überregulierung leistet.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Ich möchte das erläutern, denn unsere **Offensive zur Pflegequalität** setzt ja gerade bei § 7 des Landespflegegesetzes an. Ich habe aus Ihrer Rede herausgehört, dass Sie mit diesem Antrag vielleicht auch sagen wollen, wir brauchen eine noch bessere Absicherung dieser Qualitätsoffensive. Insoweit bedanke ich mich natürlich für Ihren Vorstoß.

Ich möchte gern darlegen, was bis zum Jahr 2004 im Rahmen dieser Qualitätsoffensive vorgesehen ist, damit deutlich wird, welches Gewicht sie hat. Wir werden über 17 Millionen DM ausschließlich aus Landesmitteln zur Unterstützung des 1998 begonnenen Aktionsprogramms des Landespflegeausschusses einsetzen. Ungefähr 11,5 Millionen DM können nach § 7 dieses Gesetzes verwandt werden.

Wir bekräftigen mit dieser Qualitätsoffensive, dass wir trotz knapper Finanzen Handlungskraft und Handlungsfähigkeit in einem so wichtigen Feld wie der Qualitätssicherung der Pflege bewahren. Insoweit, liebe Frau Kleiner, weise ich mit allem Nachdruck Ihre zum Teil unrichtigen, unsachgemäßen und sehr ungerechten Vorwürfe gegen die Politik der Landesregierung, gegen meine Politik in Sachen Pflege und Pflegequalitätssicherung zurück.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich werde darauf in der Beratung im Ausschuss noch im Einzelnen zurückkommen und Sie über Fakten und Zusammenhänge informieren.

Wir werden uns im Ausschuss - wie ich meine - auch darüber unterhalten - daher bin ich für die Initiative dankbar -, ob es sinnvoll ist, die Richtlinie zu § 7 des Landespflegegesetzes in der Richtung, die Sie mit Ihrem Gesetzentwurf anstreben, zu überarbeiten und zu ergänzen. Das scheint mir ein vernünftiger Vorschlag und Weg zu sein.

Soweit Ihr Antrag Maßnahmen zur **Kontrolle der Qualität der Pflege** nach dem Landespflegegesetz finanzieren will, melde ich allerdings ganz erhebliche

Bedenken an. Nun habe ich nach Ihrem Redebeitrag eher den Eindruck gewonnen, Sie hätten die Vorstellung, landesrechtlich Kontrollfunktionen und Kontrollzuständigkeiten zusätzlich zu dem, was bundesrechtlich geregelt ist - und meines Erachtens auch nur bundesrechtlich geregelt werden kann-, einzuführen. Dies wird nicht gehen. Sie werden die Pflegekassen und Heimträger nicht dazu verpflichten können, auf landesrechtlicher Ebene Kontrollen über das hinaus zu akzeptieren, was bundesrechtlich geregelt ist.

Die Kontrolle der Qualität der Leistungen in der Pflege ist - wie gesagt - bundesrechtlich geregelt. Sie wird in Zukunft besser geregelt sein. Ich habe in Berlin immer mit sehr viel Nachdruck darauf hingewiesen, dass es allerhöchste Zeit wird, dass die beiden Kolleginnen ihre Gesetzentwürfe auf den Weg bringen. Frau Kleiner, auch der zweite Gesetzentwurf von Frau Fischer liegt inzwischen als Referentenentwurf vor. Die Kontrollmöglichkeiten werden verbessert. Die Kooperation der kontrollierenden Instanzen wird verbessert. Dies alles ist auf dem Weg und wir müssen es bis zum Ende des Jahres in Berlin auch verabschiedet haben. Das ist jedenfalls meine Vorstellung.

Im Übrigen sage ich an Ihre Adresse - insbesondere an die Adresse von CDU und F.D.P., die den Leistungsumfang der Pflegeversicherung ja politisch zu verantworten haben, zumindest mit zu verantworten haben -: Wenn wir mehr **Personal** in der **Pflege** wollen und wenn wir eine Definition von Qualität wollen, die deutlich über das hinausgeht, was wir zurzeit haben, dann müssen alle Beteiligten auch sagen, wie das bezahlt werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe das von dieser Stelle aus schon einmal gesagt. Es nützt nichts zu fordern, die Heimaufsicht in Lübeck oder sonst wo solle kontrollieren, wenn nirgends festgelegt ist, welche Qualitätsstandards denn einzuhalten sind.

Insofern freue ich mich auch auf die Ausschussberatungen. Ich denke, wir kommen auf einen gemeinsamen Nenner. Wir werden weiterhin heftig an der Qualitätsverbesserung der Pflege hier im Lande arbeiten. Nur Eines glaube ich nicht, Herr Dr. Garg, dass wir es nämlich je schaffen - mit noch so hoher Qualität, guter Qualitätssicherung und Kontrolle -, so etwas wie Notansprechpartner, Nottelefone überflüssig zu machen, denn Pflege im täglichen Leben, Pflege ganz praktisch löst immer wieder bei Angehörigen und bei Pflegebedürftigen Notsituationen aus; auch für diese Fälle müssen wir bereit sein. Deshalb brauchen wir solche Einrichtungen. Das bekommen wir nicht weg.

(Ministerin Heide Moser)

Aber ich denke, dass dies auch nicht Ihr grundlegender Ansatz ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Moser hat eben natürlich als Ministerin gesprochen, nicht als Abgeordnete.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.- Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/55

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Beratung.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hildebrand.

Günther Hildebrand [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine erste Rede als neuer Abgeordneter des Schleswig-Holsteinischen Landtags

(Beifall im ganzen Haus)

- vielen Dank! - befasst sich nicht gerade mit einem jungfräulichen Thema. An Aktualität hat das Thema jedoch nichts eingebüßt.

Die F.D.P.-Fraktion bringt heute erneut einen Gesetzentwurf ein, der die in der Landesverfassung festgehaltene Formel „Der Landtag besteht aus fünfundsüßzig Abgeordneten“ - das ist Artikel 10 Abs. 2 der Landesverfassung - in die Verfassungswirklichkeit übersetzen kann. Bereits 1994 und 1996 hat sich die F.D.P.-Fraktion für eine **Änderung des Wahlgesetzes** für den Landtag von Schleswig-Holstein in diesem Sinne eingesetzt und eine Verringerung der Zahl der **Direktwahlkreise** gefordert.

(Beifall bei der F.D.P.)

Denn das geltende Wahlrecht mit 45 Wahlkreisen, Überhang- und Ausgleichsmandaten hat uns jetzt schon zum zweiten Mal insgesamt 89 Abgeordnete beschert.

Die Abgeordneten der SPD hatten diese Situation nicht für möglich gehalten - oder besser: nicht für möglich halten wollen -; schließlich hätte jeder abgeschaffte Wahlkreis der eigene sein können. Insbesondere 1996, als allein durch glückliche Umstände die von der Verfassung vorgegebene Zahl von 75 Abgeordneten zufällig wieder getroffen wurde, haben sie deshalb unsere Forderung als geradezu überflüssig und unnötig abgelehnt. Offenbar war der Wille zum Mandatserhalt stärker als alle Sachargumente aus der Enquetekommission in der 12. Wahlperiode.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wie falsch diese Haltung war, sehen wir heute: 89 statt 75 Abgeordnete drücken in der 15. Wahlperiode erneut die Landtagsbänke. Alles Schönreden, die Überschreitung der verfassungsmäßig vorgegebenen Zahl von Abgeordneten in der 13. Wahlperiode sei ein einmaliges Ereignis gewesen, hat nichts genützt. Auch zukünftig wird uns nur die Hoffnung, dass sich die Zahl der Abgeordneten mit der nächsten Wahl wieder reduzieren wird, nicht weiterbringen.

Der einzige seriöse Weg, der Verfassung zu mehr Verfassungswirklichkeit zu verhelfen, ist eine gesetzliche Regelung. Der heute vorgelegte Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein leistet diesen Beitrag. Nur durch eine Verringerung der Zahl der Direktwahlkreise kann gewährleistet werden, dass die Einhaltung der verfassungsmäßig vorgegebenen Zahl von Abgeordneten kein Zufall bleibt, sondern zur Regel wird.

Niemand braucht dadurch Einbußen in der Legitimation des Landtages zu befürchten. Die unterschiedlichen Regionen des Landes sind mit 75 Abgeordneten angemessen vertreten. Die Funktionsfähigkeit des Landes bleibt gewährleistet.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist ein Irrglaube anzunehmen, dass mehr als 75 Abgeordnete - allerdings auch nicht weniger, wenn ich das als Hinweis an den Bund der Steuerzahler hinzufügen darf -

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Effizienz dieses Parlaments steigern oder die Arbeitsbelastung des einzelnen Abgeordneten senken würden.

(Lothar Hay [SPD]: Der Bund der Steuerzahler ist nun wirklich keine seriöse Quelle!)

(Günther Hildebrand)

- Aber deshalb darf man zu solchen Äußerungen wohl trotzdem einmal etwas sagen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Gegen den hat er ja nur Stellung genommen! Zuhören, Herr Hay!)

Die Kollegen Dr. Buchholz und Kubicki haben das 1994 und 1996 schon einmal sehr ausführlich erörtert. Einige von Ihnen mögen sich an diese Argumente erinnern; sie haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.

(Holger Astrup [SPD]: Sie sind auch nicht besser geworden!)

Noch einen Aspekt möchte ich hinzufügen; es ist die Frage nach den **Kosten** der zusätzlichen 14 Abgeordneten, die in dieser Legislaturperiode erneut dem Landtag angehören. Viele Bürgerinnen und Bürger haben gerade hiergegen bereits ihren Unmut geäußert; sie wollen durch ihr Wahlverhalten nicht mit zusätzlichen Kosten für Abgeordnete belastet werden. Auch das sollten wir berücksichtigen.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Wenigstens bis zur nächsten Landtagswahl sollte es uns deshalb gelingen, endlich die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass bei künftigen Wahlen die Zahl von 75 Landtagsabgeordneten nicht oder nicht wesentlich überschritten wird.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei einer Schneidung des Landes in 37 Wahlkreise ist das mit großer Wahrscheinlichkeit möglich.

Wir bitten um Überweisung des Gesetzentwurfs an den Innen- und Rechtsausschuss.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hildebrand hat vorgetragen - das ist ja auch richtig -: Das Interesse der SPD an diesem Gesetzentwurf hält sich in Grenzen. Denn eines muss man vielleicht zu Beginn festhalten: Der Landtag ist doch nur deshalb so groß, weil die SPD so gute Leute hat.

(Heiterkeit bei der SPD - Lachen bei CDU und F.D.P.)

Wir haben 41 von 45 Wahlkreisen direkt gewonnen; nur das hat dazu geführt - weil Sie, Herr Kayenburg, mit Ihrer Truppe im Wahlkampf ein bisschen schwächlich waren -, dass es **Überhangmandate** gibt - sieben an der Zahl - und dass es dafür dann nach unserer derzeitigen Verfassungs- und Landeswahlgesetzlage die entsprechende Zahl von **Ausgleichsmandaten** gibt.

(Klaus Schlie [CDU]: So warm war es heute doch gar nicht!)

Alle anderen Parteien würden von einer Reduzierung der Zahl der Wahlkreise profitieren, die SPD nicht.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das ist doch Quatsch! Es gibt dann doch entsprechend weniger Ausgleichsmandate!)

- Herr Dr. Klug, der antragstellenden F.D.P. kann es letztlich schnurzegal sein, wie viele Wahlkreise es gibt; Sie können ohnehin nie einen davon gewinnen.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen uns als SPD-Fraktion dem Problem gleichwohl nicht verschließen. Wir haben ja in unseren eigenen rot-grünen Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass auch wir die Wahrscheinlichkeit, dass der Landtag mehr als 75 Abgeordnete hat, verringern wollen

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dass wir entsprechende rechtliche Regelungen dafür prüfen wollen. Eine dieser möglichen rechtlichen Regelungen wäre in der Tat die **Reduzierung der Zahl der Wahlkreise**.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Aha! Hört, hört!)

Wir müssen uns dann einmal vom Landeswahlleiter oder der zuständigen Abteilung des Innenministeriums Modelle im Ausschuss vorlegen lassen, wie das konkret aussieht, und dann beraten, wie sich dies auswirkt. Denn eines ist ebenso klar: Wir als SPD bleiben - auch wenn wir die einzige Partei hier im Landtag sind - eine Wahlkreispartei und bekennen uns dazu.

(Beifall bei der SPD)

In der Wahl der Wahlkreisabgeordneten kommt der Wählerwille unmittelbar zum Ausdruck, beim Verhältnisausgleich über Parteilisten eben nur mittelbar. Angesichts der viel beschworenen Politik- und Parteienverdrossenheit scheint es mir notwendig zu sein, die Wahlkreisbezogenheit der Abgeordneten aufrechtzuerhalten.

(Klaus-Peter Puls)

Ich habe hier immer schon gesagt: Folgt man der öffentlichen Meinung, gibt es ja schon jetzt zu wenige Abgeordnete und zu viele Abgehobene.

Die Wahlkreise müssen - das ist unsere Auffassung - für die Abgeordneten betreubar bleiben, dürfen also nicht zu groß werden. Das bezieht sich insbesondere auf den Bereich des schleswig-holsteinischen Nordens.

Es ist möglicherweise den dort direkt gewählten Bewerberinnen und Bewerbern überhaupt nicht mehr möglich, ihren Wahlkreis zu betreuen, wenn der auf einmal nicht mehr nur - wie jetzt schon zum Teil - aus 30 oder 40 Gemeinden, sondern aus 80 Gemeinden bestehen sollte. Dort gibt es bestimmt eine Problematik, was die Vertretung in den Wahlkreisen angeht, die wir dann auch weiter prüfen sollten.

Ein Argument möchte ich zurückweisen, Herr Kollege Hildebrand, was die Bezahlbarkeit und die **Kosten** des Abgeordneten angeht. Lassen Sie uns doch ein bisschen selbstbewusster sein. Es ist doch lächerlich, wenn gesagt wird, dass die Abgeordneten des Landtages überbezahlt sind. Vergleichen Sie das doch einmal mit anderen Berufsgruppen.

(Zurufe von der F.D.P.)

- Herr Kollege Hildebrand, wir müssen doch nicht - das ist ja auch immer wieder das Argument in der Öffentlichkeit und in der Presse - nach Möglichkeit den Landtag deswegen auf 75 Abgeordneten halten, weil die 14 zusätzlichen Leute so zu sagen den Haushalt unsolid und nicht mehr sanierungsfähig machen. Das ist doch ein lächerliches und naives Argument.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Dr. Johann Wadepuhl [CDU])

Wenn wir die Höhe unserer Diäten einmal mit denen anderer Landtage vergleichen - ich habe den Zettel dabei -, so stellen wir fest, dass Schleswig-Holstein, abgesehen von den Teilzeitparlamenten in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen und von Baden-Württemberg, an vorletzter Stelle steht, was die Höhe der Diäten angeht. Lassen Sie uns ein bisschen selbstbewusster sein. Für die Arbeit, die wir hier leisten, müssen wir das entsprechende Geld haben, möglichst vielleicht noch ein bisschen mehr. Die Abgeordnetenzahl können wir gern auf eine funktionsfähige Größe von 75 herunterschrauben, auf das verfassungsmäßige Maß begrenzen mit einer dafür gangbaren Möglichkeit. Ihre könnte eine sein. Wir sind bereit, mit Ihnen diese Möglichkeit im Ausschuss zu prüfen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Puls, zu Beginn meiner Rede möchte ich doch noch einmal klarstellen, dass die Sozialdemokraten nicht alle Wahlkreise in diesem Land gewonnen haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frei nach Asterix möchte ich sagen: Einige Dörfer und Städte leisten hier noch erfolgreich Widerstand.

(Heiterkeit)

Nun ist es allerdings ausgesprochen einfach, liebe Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P., nur eine **Reduzierung der Wahlkreise** zu fordern, von der man selber nicht betroffen ist. Kollege Puls hat das bereits ausgeführt.

Ich glaube schon, dass die Vertretung eines Wahlkreises durch einen direkt gewählten Abgeordneten eine besondere Verpflichtung darstellt.

(Beifall bei CDU und SPD)

Insbesondere in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein ist der persönliche Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern vor Ort von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Kandidaten und Abgeordnete sollten auch regional bekannt sein. Nur so erreichen wir eine Identifikation der Menschen in diesem Land mit ihrem Landtag und seinen Abgeordneten.

Was wir brauchen, ist ein modernes, zeitgemäßes Wahlgesetz, dessen oberstes Prinzip lauten muss: Demokratie lebt von der Auswahl. Das Wahlrecht ist ein entscheidendes, wenn nicht gar das wichtigste Grundrecht der Menschen in diesem Land. Insofern ist die Zahl der Wahlkreise zumindest für SPD und CDU, die die direkt gewählten Abgeordneten stellen, schon von großer Bedeutung. Daher ist es im Ansatz auch positiv, dass 60% der Abgeordneten direkt vom Wähler entsandt werden und nur 40% über die Landeslisten der Parteien bestimmt werden. Noch bürgerefreundlicher wäre es natürlich, wenn die Wählerinnen und Wähler alle Abgeordneten direkt wählen könnten.

(Beifall bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: Ja, daran wäre etwas!)

(Peter Lehnert)

Aber ich glaube, diese Diskussion würde uns heute zu weit führen.

(Heiterkeit)

Die CDU-Fraktion hat in diesem Hause wiederholt Anträge gestellt, die Zahl der Abgeordneten nachhaltig zu begrenzen. Ich möchte klarstellen, dass es das Ziel sein muss, die Zahl der Sitze im Landtag auf 75 zu beschränken, wie es von der CDU bereits in der letzten Wahlperiode beantragt wurde. Im Rahmen der **Verfassungsreform** haben wir sogar beantragt, die Zahl der Sitze auf 68 abzusenken. Das ist damals leider in der Abstimmung gescheitert.

Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es eine Reihe von Möglichkeiten - nicht nur die Verringerung der Zahl der Wahlkreise von 45 auf 37, wobei mir auch die Zahl von 37 nicht zwangsläufig einleuchtet. Ich wüsste nicht, warum die Zahl der Wahlkreise nicht auf 38 oder zum Beispiel auf 40 Wahlkreise festgesetzt werden könnte.

Eine weitere mögliche Maßnahme, die allerdings Verfassungsrang hätte, wäre die Abschaffung der Ausgleichsmandate.

Eine dritte Möglichkeit wäre die bereits erwähnte Reduzierung der Sitzzahlen, die wir in der letzten Legislaturperiode beantragt hatten.

Meine Damen und Herren, Sie können also unschwer erkennen, dass es sich bei der vorliegenden Problematik um ein breit gefächertes, sehr kompliziertes Thema handelt, das nicht in einem Schnelldurchlauf behandelt werden sollte.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Vielmehr ist ein umfassender Meinungsbildungsprozess erforderlich, in den die Menschen einbezogen werden müssen und der in der Öffentlichkeit geführt werden sollte.

Gleichzeitig bedarf es einer sachkundigen Beratung im zuständigen Fachausschuss. Dieser sollte, nachdem das zuständige Innenministerium alle Zahlen und Fakten auf den Tisch gelegt hat und ihm das erforderliche Informationsmaterial zugeleitet hat, über den vorliegenden Antrag beraten.

Namens der CDU-Fraktion beantrage ich daher die Überweisung an den zuständigen Innen- und Rechtsausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es scheint hier ja nun ein ganz klares Interessenkonglomerat zwischen den beiden großen Fraktionen und den kleinen Fraktionen dieses Hauses zu geben.

(Holger Astrup [SPD]: Daran ist was! - Martin Kayenburg [CDU]: Da müssen Sie etwas nicht verstanden haben!)

Aber dass die Aussage, dass die kleinen Parteien davon nicht betroffen wären, nicht zutrifft, könnten Sie schon daran ersehen, dass natürlich uns allen auch klar ist - ich nehme an, auch der antragstellenden F.D.P.-, dass dann, wenn es diese **Ausgleichsmandate** nicht gegeben hätte, wir - um konkret zu bleiben - beide ein Mandat weniger hätten, was für uns ausgesprochen bitter wäre.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist auch eine Lösung!)

Für Sie ist es vielleicht nicht ganz so dramatisch, weil es in der Opposition nicht so darauf ankommt,

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

aber für uns wäre das ausgesprochen dramatisch. - Ja, das sage ich ganz ernst. Ich kann mir gut vorstellen, dass man Oppositionsarbeit

(Anhaltende Zurufe von CDU und F.D.P.)

auch mit vier Leuten sehr schlagkräftig hinkriegen würde, aber dabei, gegenüber einem größeren Koalitionspartner standzuhalten und sozusagen die Regierung ein Stück weit zu kontrollieren und wirklich auch hinterherzukommen, kommt es wirklich - so sage ich einmal - auf jede Figur an, auf jede Persönlichkeit.

(Anhaltende Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Lassen Sie mich doch einfach einmal reden; ich habe Ihnen ja auch aufmerksam zugehört. Aber anscheinend läuft das Unterhaltungsprogramm hier bereits.

(Zurufe von der CDU - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment, bitte, Frau Abgeordnete! Ich bitte das Haus um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Aber wir freuen uns natürlich über diesen Punkt im **Koalitionsvertrag**, den wir für einen ausgesprochenen Erfolg gegenüber dem Koalitionsvertrag von 1996 halten - da haben wir es nicht geschafft, die Sozialde-

(Irene Fröhlich)

mokraten zu diesem Schritt zu bringen-, sodass wir jetzt durch die Freien Demokraten ausgesprochene Schubkraft für unser Anliegen bekommen.

Ich will auch einmal Folgendes sagen: Da geht es uns natürlich schon darum - selbstverständlich wird das in der Öffentlichkeit diskutiert; Herr Lehnert, das müssen wir, glaube ich, nicht extra in die Hand nehmen-, eine Verlässlichkeit dafür zu schaffen, wie Demokratie in diesem Land organisiert werden soll.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und bei der F.D.P.)

Das hat gar nichts damit zu tun, wie viel Geld Abgeordnete bekommen. Das ist davon völlig unabhängig. Aber Bürgerinnen und Bürger sollen wissen können: Unser Landtag hat 75 Leute und die 75 Leute kosten soundso viel Geld. Das ist es, worum es geht.

Es ist aber natürlich auch kein Geheimnis, dass wir einer Verkleinerung auf weniger als 75 Abgeordnete aus den eben kurz angerissenen Gründen überhaupt nicht zustimmen können. Ich denke, Herr Lehnert, dass auch Demokratie ein Stück Grundausstattung braucht und dazu braucht es halt eine Mindestanzahl an Mandaten im Parlament. Sonst kann man hier im Parlament nicht vernünftig arbeiten. Wir alle wissen das aus eigener Erfahrung. Ich muss das nicht weiter erläutern.

Wir streben eine angemessene **Zahl von Abgeordneten** an, die gesetzlich festgeschrieben wird und die Zahl 75 nicht übersteigt. Das kann mit 35 **Wahlkreisen** geschehen. So haben wir es schon vor Jahren gefordert. In der Zeit, als der Antrag im Landtag kam, haben wir uns aus der außerparlamentarischen Opposition heraus dazu geäußert und ein Gutachten darüber in Auftrag gegeben, wie man Wahlkreise in Schleswig-Holstein schneiden könnte. Das wird ein bisschen mehr Arbeit brauchen. Wir werden uns damit ernsthaft befassen müssen. Ich halte das aber für eine ganz spannende Sache, weil es wiederum darum geht zu klären, was dieses Land an demokratischer Grundausstattung braucht.

Natürlich brauchen wir ein stabiles Verhältnis zwischen direkt gewählten Abgeordneten und denen, die über den Verhältnisausgleich in den Landtag gewählt werden. Selbstverständlich könnten wir uns noch ganz andere Modelle vorstellen.

(Holger Astrup [SPD]: Reine Mehrheitswahl, Frau Kollegin!)

Wir könnten uns zum Beispiel solche Modelle vorstellen, dass Bürgerinnen und Bürger in die von den Parteien aufgestellten Listen selber eingreifen können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Das wäre eine schöne Möglichkeit, die für kleine Parteien sehr von Interesse wäre.

(Holger Astrup [SPD]: Reine Mehrheitswahl! 75!)

In diesem Zusammenhang stehe ich natürlich nicht an zu sagen, was wir im Koalitionsvertrag nicht erreicht haben, nämlich festzuschreiben, dass nach dem System Hare/Niemeyer gezählt wird,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

damit gerade auch die kleinen Fraktionen auf die ihnen wirklich zustehende Zahl der Mandate kommen. Das wäre ein nächster Schritt, den wir uns vornehmen sollten. Ich freue mich, dass wir hier seitenübergreifend so eine schöne Einigkeit haben.

(Holger Astrup [SPD]: Dann geht doch zusammen! - Unruhe)

Abschließend möchte ich, um die Einigkeit nicht zu übertreiben, noch zu einem Aspekt unseres Wahlgesetzes etwas sagen, der damit nicht unmittelbar etwas zu tun hat. Ich erlaube mir, das hier anzufügen, weil das heute in den Reden zur Regierungserklärung angesprochen wurde. Ich finde es unredlich, so zu tun, als ob sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegenüber den Wählerinnen und Wählern einen Wortbruch hätten zuschulden kommen lassen. Diesen Vorwurf weise ich weit von uns. Wählerinnen und Wähler können in diesem Land Abgeordnete wählen. Wir Grüne haben als Abgeordnete kandidiert. Ich bin mit meiner Wenigkeit Abgeordnete in diesem Landtag und meine beiden Kollegen Rainer Steenblock und Angelika Birk ebenfalls. Also kann hier von Wahlbetrug überhaupt nicht die Rede sein.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD])

Die Wählerinnen und Wähler in diesem Lande wählen keine Minister und keine Fraktionsvorsitzenden, sondern Abgeordnete, und das sind wir. Damit haben wir genau das erreicht, was wir den Wählerinnen und Wählern auch versprochen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich diesen Tagesordnungspunkt vorbereitete, griff ich - wie sicherlich alle Kolleginnen und Kollegen - auf die Protokolle zur Wahlrechtsdebatte aus dem Jahre 1994 zurück und ich bin, ehrlich gesagt, etwas erschrocken. Denn leider musste ich feststellen, dass es sich damals um eine wenig erbauliche Debatte handelte. Es war eine Debatte, die es in sich hatte. Es ging dabei um Machterhaltung und darum, dass es unrealistisch ist, das **Wahlrecht** für eigene Belange zu instrumentalisieren.

Heute sind wir natürlich klüger. Heute wissen wir selbstverständlich, dass das Wahlrecht allein da ist, um den **Wählerwillen** möglichst genau im Parlament widerzuspiegeln, nicht mehr und nicht weniger. Es ist nicht Eigentum der Parteien, es ist auch nicht Eigentum der Fraktionen. Deshalb habe ich die Hoffnung, dass in dieser Frage eine Lösung im Konsens angestrebt wird. Gerade beim Wahlgesetz können wir uns keine Konflikte von Regierungsparteien und Opposition leisten.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch der SSW ist der Ansicht, dass eine **Begrenzung der Abgeordnetenzahl** erforderlich ist, damit endlich verhindert wird, dass der Landtag wieder weit über die in der Landesverfassung genannten 75 Mandate hinaus schießt. Wer 1994 gemeint hat, dass dies ein einmaliges Problem ist, das sich nach der 13. Wahlperiode nicht mehr wiederholen würde, ist am 27. Februar eines Besseren belehrt worden.

Der SSW ist immer noch der Ansicht, dass eine an das **dänische Wahlrecht** angenäherte Lösung die beste Alternative wäre. Das sagte mein Vorgänger Karl Otto Meyer schon 1994 und ich wiederhole es gern. Bei einem solchen Modell würden auch die Direktmandate nach d'Hondt vergeben und eine Punktlandung bei 75 Abgeordneten wäre möglich. Darüber hinaus hätten die Bürger endlich auch die Möglichkeit, zwischen mehreren Kandidatinnen und Kandidaten einer Partei zu wählen und die Landeslisten der Parteien zu verändern. Ich führe das im Rahmen der Ausschussberatung gern einmal näher aus. Für ein solches demokratischeres Wahlrecht werden wir uns auch zukünftig einsetzen.

Allerdings sind wir Realisten genug, um zu sehen, dass wir mit einem solchen Vorschlag wenig Chancen haben. Die zweitbeste Möglichkeit ist deshalb, dafür zu sorgen, dass die Zahl der **Direktmandate** kleiner ist als die der **Listenmandate**. Dadurch wird die Wahrscheinlichkeit von **Überhangmandaten** minimiert und

es wird nicht mehr möglich sein, mit weniger als 50% der Stimmen mehr als 50% der Mandate zu bekommen. Darauf, ob es nun genau 37 sein sollten, müssen wir uns heute nicht festlegen. Die beste Zahl werden die Ausschussberatungen ergeben müssen. Wir werden es gut überlegen müssen, denn von der Anzahl der Mandate hängt mehr ab als nur die Frage der Überhang- und Ausgleichsmandate. Auch das ist heute schon angedeutet worden.

Vor allem ist entscheidend, ob bei 37 Wahlkreisen die Regionen des Landes noch angemessen vertreten werden. Das werden wir erst sehen können, wenn wir über konkrete Zuschnitte der Wahlkreise sprechen. Der SSW wird auf jeden Fall nicht hinnehmen, dass der Norden des Landes zugunsten des Südens geschwächt wird. -

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Frauke Tengler [CDU])

nicht weil das unser politisches Kerngebiet ist, sondern weil die Bürgerinnen und Bürger im Landesteil Schleswig eine angemessene Vertretung in Kiel brauchen.

(Beifall des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Das Wahlrecht ist eine äußerst schwierige Materie, weil es eng mit den Interessen der Parteien und Politiker verwoben ist. Das lässt sich kaum vermeiden. Auch das hat die heutige Debatte schon gezeigt. Für den SSW kann man das daran verdeutlichen, dass es durch größere Wahlkreise unwahrscheinlicher wird, dass wir in unseren Hochburgen im Norden ein Direktmandat erringen. Das soll aber nicht unserer Zustimmung zu einer Reduzierung der Wahlkreise im Wege stehen.

Die größte Veränderung bedeutet eine **Reduzierung** der Zahl der **Wahlkreise** natürlich für die beiden großen Parteien. Sie erhielten zwar sozusagen ein Monopol auf die Wahlkreise, aber nicht alle Kolleginnen und Kollegen, die heute mit einem Direktmandat in diesem Hause sitzen, könnten im nächsten Landtag dabei sein. Die großen Fraktionen müssten auf einige Abgeordnete verzichten und das fällt natürlich nicht leicht.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die kleinen auch!)

Trotzdem ist es meine Hoffnung, dass alle an einer gemeinsamen Lösung mitarbeiten werden, dass wir diese Frage diskutieren können, ohne uns bei der Meinungsbildung davon leiten zu lassen, dass Parteiinteressen oder persönliche Gründe angetastet werden. Es

(Anke Spoorendonk)

darf nicht so sein, dass sich eine Mehrheit durch das Wahlrecht absichert. Es widerstrebt dem System der parlamentarischen Demokratie, wenn jemand seine finanzielle Existenz von einem Mandat abhängig macht.

(Beifall bei SSW und F.D.P. sowie der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Helmut Plüschau [SPD])

Zum Schluss möchte ich gern in aller Deutlichkeit sagen, ohne jemanden persönlich anzusprechen: Wahlkreise sind keine Erbhöfe. Uns ist die Macht auf Zeit vom Volk verliehen.

(Beifall bei SSW und F.D.P.)

Das sollte sich auch im Wahlrecht widerspiegeln.

Über die Zahl 37 werden wir - wie gesagt - noch diskutieren können. Entscheidend ist, dass wir handeln. Lassen Sie uns den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass wir verantwortungsvoll mit unseren Mandaten umgehen können, und lassen Sie uns dem Bund der Steuerzahler zeigen, dass er vielleicht etwas von Betriebswirtschaft versteht, dass er aber den Parlamentarismus nicht begriffen hat!

(Beifall bei SSW, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe die Aufregung nicht, die die Kollegen Puls und Lehnert in die Debatte gebracht haben.

(Zurufe von der CDU: Lehnert war nicht aufgeregt!)

- Herr Kollege Schlie, wir haben eine fünfjährige Legislaturperiode; wir haben ausreichend Zeit zu debattieren. Wenn wir das nicht am Anfang der Wahlperiode machen, wird es gar nichts. Das wissen wir alle selbst.

Wir haben unsere **Wahlkreise** ohnehin neu zu schneiden, weil der **Einwohnergleichwert** nicht mehr stimmt.

(Holger Astrup [SPD]: Stimmt nicht!)

- Wir haben sie ohnehin neu zu schneiden, weil der Einwohnergleichwert nicht mehr stimmt.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Immerhin, wir müssen sie neu schneiden.

Niemand kann mir erklären, warum sich das Bundestagswahlrecht so exorbitant von dem schleswig-holsteinischen unterscheiden soll, was die Demokratiefähigkeit angeht. Da haben wir halbe/halbe bei Direktwahlkreisen und Listenwahlkreisen und übrigens reduziert der Bundestag die Abgeordnetenzahl - -

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber keine Ausgleichsmandate!)

- Selbstverständlich haben wir da Überhangmandate.

(Zurufe: Aber keine Ausgleichsmandate!)

- Kollege Neugebauer, bei der Vielzahl der Abgeordneten, die dort gewählt werden, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Verhältniszahl in der Zahl der Abgeordnetensitze nicht wieder findet, vergleichsweise geringer als bei einer Zahl von 75. Das wird der Kollege Hentschel, der Mathematiker ist, bestätigen. Je größer die Zahl, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer Veränderung kommt.

Die beiden großen Parteien sollten sich wirklich davor hüten, in einem unglaublichen Anflug von Arroganz zu glauben, dass **Direktwahlkreise** immer die ihren seien. Man hat bei den letzten Wahlen gesehen, dass sich durchaus massive Verschiebungen ergeben können. Die Justizministerin Lütke ist der beredete Beleg dafür, dass man auch als Mitglied einer kleineren Partei bei Wahlen durchaus beachtliche Ergebnisse erzielen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt übrigens auch liberale Bürgermeister. Kollege Astrup, schauen wir uns doch einmal die weitere Entwicklung der Sozialdemokraten oder der Christlich-Unionierten an. Wie in den letzten Jahren bin ich da in völliger Ruhe und Gelassenheit.

Ich bedanke mich ausdrücklich für den Beitrag von Anke Spoorendonk, der mir sehr gut gefallen hat. Das soll keine Kritik sein, das darfst du so nicht verstehen.

Frau Kollegin Fröhlich - jetzt ist sie leider weg -, in Ihrem Beitrag sind Sie mir etwas schuldig geblieben, und zwar eine Erklärung darüber, wie ich das zu verstehen habe, was bei den Grünen passiert ist. Ich habe noch in der Erinnerung, dass die Grünen damit in den Wahlkampf gezogen sind, dass die erfolgreiche Politik von Herrn Steenblock und von Frau Birk fortgesetzt werden soll und dass Sie, Frau Fröhlich, eine Woche vor der Landtagswahl erklärt haben, Sie wollten Fraktionsvorsitzende der Grünen bleiben. Das haben Sie

(Wolfgang Kubicki)

den Wählerinnen und Wählern dieses Landes versprochen. So habe ich das verstanden.

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Sie haben im Nachhinein erkannt, dass die Aussage während der Wahl falsch war und dass die Politik von Herrn Steenblock und Frau Birk nicht so erfolgreich war, oder Sie wollen ihre erfolgreiche Politik nicht fortsetzen. Erklären müssen Sie das irgendwie. Das, was Sie hier geliefert haben, war jedenfalls keine Erklärung.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Minister Buß das Wort.

Klaus Buß, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion soll zu einer **Reduzierung** der Anzahl der **Wahlkreise** auf 37 führen. Am Ende sollen dann möglichst maximal 75 Abgeordnete dabei herauskommen.

Exakt der gleiche Antrag wurde vor sechs Jahren von den Fraktionen von CDU und F.D.P. vorgelegt. Dieser wurde hier sehr eingehend diskutiert; Frau Spoorøndk erwähnte das bereits. Auslöser für den damaligen Antrag war das Ergebnis der Landtagswahl vom 5. April 1992. Auch damals umfasste der Landtag 89 statt 75 Abgeordnete. Der Gesetzentwurf wurde schließlich abgelehnt - einige von Ihnen werden sich erinnern -, weil es nach Auffassung der Mehrheitsfraktionen nicht der richtige Weg war, nach Möglichkeit die reguläre und angemessene Größenordnung von 75 Abgeordneten im Landtag zu realisieren.

Das zur Landtagswahl geltende personalisierte **Verhältniswahlsystem**, bei dem sich die verhältnismäßige Zusammensetzung des Landtags ausschließlich nach dem Zweitstimmenanteil der Parteien bemisst, schließt generell die Möglichkeit ein, dass **Überhangmandate** entstehen können.

Die bereits im Jahre 1994 vom Landeswahlleiter dem Innen- und Rechtsausschuss des Landtages vorgelegten Proberechnungen haben ergeben, dass die Verringerung der Wahlkreiszahl auf 37 nicht die Einhaltung der Regelabgeordnetenzahl von 75 garantiert. Richtig ist allerdings, dass das Ergebnis der letzten Landtagswahl bei 37 Wahlkreisen keine - oder nur eine geringe - Zahl von Überhangmandaten ergeben hätte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist das!)

Gleichwohl gilt: Bei 37 Wahlkreisen verringert sich zwar die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß des Entstehens von Ausgleichsmandaten, die Gefahr ihres

Entstehens bleibt aber grundsätzlich vorhanden. Dass auch eine gleich hohe Zahl von Wahlkreislistenmandaten einen großen Landtag ergeben kann, zeigt das Beispiel des Landes Sachsen-Anhalt. Dort gibt es 49 Wahlkreis- und - als Regel - 50 Listenmandate. Das Ergebnis der letzten Landtagswahl führte allerdings nicht zu einem Landtag mit 99 Abgeordneten, sondern mit 116 Abgeordneten. Für Schleswig-Holstein würde erst bei einer Zahl von 30 und weniger Wahlkreisen das Entstehen von Überhangmandaten mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden können.

Die Reduzierung der Anzahl der Wahlkreise auf 30 und weniger - also eine Umkehrung des bisherigen Verhältnissen zwischen **Direktmandaten** und **Listenmandaten** - würde jedoch den Aspekt der Persönlichkeitswahl zugunsten der Verhältniswahl aus den Landeslisten der Parteien sehr stark in den Hintergrund rücken. Darüber muss man sich einfach im Klaren sein.

(Holger Astrup [SPD]: Schaffen wir lieber die Überhangmandate ab!)

Eine solch massive Reduzierung der Wahlkreiszahl wäre schon deshalb problematisch, weil die Wahlkreise in unserem Flächenland zu groß werden würden, nicht zuletzt zulasten einer ordentlichen Wahlkreisarbeit, die - so meine ich - die Bürgerinnen und Bürger von ihren Abgeordneten auch verlangen können.

(Beifall bei SPD und CDU)

Schon die im Gesetzentwurf der F.D.P. vorgesehene Reduzierung auf 37 Wahlkreise bedarf - gerade vor diesem Hintergrund - zumindest gründlicher Überlegung. Sehr persönlich hat die Zahl 37 einen gewissen Reiz, weil sie eine Primzahl ist.

Die Verringerung der Zahl der Wahlkreise bedarf lediglich einer Änderung des einfachen Rechts. Für jede weitergehende Möglichkeit zur Behebung des anstehenden Problems - sei es eine Senkung der Abgeordnetenzahl insgesamt in Verbindung mit einer Reduzierung der Wahlkreise, sei es die Einführung eines anderen Wahlsystems - ist eine **Änderung der Landesverfassung** erforderlich. Ich denke, dass wir alle hier im Saal der Auffassung sind, dass - unabhängig von dem verfassungsmäßigen Quorum - solche wesentlichen Wahlrechtsänderungen - wenn sie denn kommen sollten - einer guten Tradition folgend im Einvernehmen mit möglichst allen Parteien und allen Fraktionen im Landtag vorgenommen werden sollten.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

(Minister Klaus Buß)

Die Landesregierung wird die Arbeit des Innen- und Rechtsausschusses bei der Beratung über den Gesetzentwurf selbstverständlich konstruktiv begleiten und jede nur mögliche Unterstützung gewähren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister (Landesministergesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/56

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Hildebrand.

Günther Hildebrand [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktionen dieses Hauses sind sich darin einig, die **Versorgungsregelungen für Ministerinnen und Minister** zu ändern. So war es zumindest aus unterschiedlichsten Presseerklärungen zu erkennen. Es ist unangemessen und den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln, wenn nach einer fünfjährigen Amtszeit - unabhängig vom Alter der ausscheidenden Personen - Pensionsansprüche entstehen. Das Beispiel des neuen Umweltministers hat dies deutlich gemacht.

Sehr geehrter Herr Minister, Sie beginnen Ihre Amtszeit äußerst erfolgreich. Kaum sind Sie im Amt, schon liegt - durch Ihre Berufung veranlasst - der erste Gesetzentwurf auf dem Tisch, ohne dass Sie überhaupt tätig geworden sind. Nach dieser Legislaturperiode - sofern der Umweltminister ihr Ende erreicht - könnte Herr Müller nach der jetzigen Rechtslage den Rest seines Lebens als Spaziergänger oder besser als Fahrradfahrer an der Förde verbringen.

Das ist eine Feststellung, kein Vorwurf. Der Herr Minister ist für dieses Gesetz nicht verantwortlich, er

hat es lediglich bei seinem Amtsantritt vorgefunden. Ich unterstelle auch nicht, dass Sie diesen Job angenommen haben, weil Sie wussten, wie die Versorgungsregelungen ausgelegt sind. Deswegen geht es der F.D.P. auch nicht um eine „Lex Müller“. Es geht nur darum, endlich die unangemessenen Pensionsregelungen des schleswig-holsteinischen Ministergesetzes zu beseitigen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger ist das Ziel des Gesetzentwurfs der F.D.P.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Es überrascht schon ein wenig, wenn die Grünen in ihrer Presseerklärung zu Eckpunkten für die Änderung des Landesministergesetzes erklären, dass ihre Vorschläge - wohl im Gegensatz zu unseren - zu einem tatsächlichen und wirkungsvollen Abbau der Überversorgung führen. Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der Grünen, herzlichen Dank für diese Belehrung. Es wirkt schon ein wenig befremdlich, wenn die Fraktion, die zum Beispiel vier Jahre Zeit hatte, die Rechtslage zu ändern, erst nach dem Gesetzentwurf der F.D.P. in die Gänge kommt.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Thema Ministergesetz ist ungeeignet für Schnellschüsse und Populismus. Dieser Mahnung des - so vermute ich - weisen Fraktionsvorsitzenden der SPD an seinen grünen Koalitionspartner schließe ich mich ebenso uneingeschränkt an wie seiner Feststellung, dass die **Regelungen für die Versorgung der Abgeordneten** für eine Novellierung beispielgebend sein können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Genau von diesem Gedanken hat sich die F.D.P. bei ihrem Gesetzentwurf leiten lassen. Die Diskussion um die Ministerversorgung darf nicht in das gleiche Fahrwasser geraten wie die um die Diäten. Die F.D.P. hat daran kein Interesse. Warum auch? Das Ergebnis wäre nur, dass die Politik als Ganzes an den Pranger gestellt würde und wir wieder einmal - völlig unabhängig von der Frage, ob zu Recht - eine Debatte unter der Überschrift „Raffkes“ hätten.

Eine Gesetzesänderung ist aus Sicht meiner Fraktion notwendig, weil Politik nun einmal nicht die Fortsetzung des öffentlichen Dienstes in anderer Form ist,

(Beifall bei der F.D.P.)

trotz dessen Dominanz bei der Zusammensetzung der Parlamente.

Sowohl Minister als auch Abgeordnete sind auf Zeit in ihr Amt gewählt, ganz im Gegensatz zu Beamten, die

(Günther Hildebrand)

in einem lebenslangen Treueverhältnis zu ihren Dienstherren stehen. Beide Ämter - **Minister** und **Abgeordneter** - sind politische Tätigkeiten. Daran ändert auch die Stellung der Ministerin oder des Ministers als Spitze der Verwaltung nichts. Zudem sind Regierung und Fraktionen in einem parlamentarischen Regierungssystem auf Regierungsseite eng miteinander verzahnt. Deswegen macht auch in systematischer Hinsicht die Anrechnung von Dienstzeiten in der Funktion des Landtagspräsidenten oder als Fraktionsvorsitzender auf die Ministerpension Sinn. So ist der Austausch von Personen zwischen **Parlament** und **Regierung** reibungslos möglich.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Wenn die Grünen als Regierungsfraktion diese Zeiten nicht anrechnen möchten, bitte sehr! Die F.D.P. ist schon sehr gespannt darauf, ob die Ankündigungen auch in einen eigenen Gesetzentwurf gegossen werden oder ob es das Parlament wieder einmal mit der üblichen grünen Ankündigungspolitik zu tun hat.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie waren doch noch gar nicht hier, Sie können das doch gar nicht beurteilen!)

Ziel des Gesetzentwurfs der F.D.P. ist es, zukünftig eine angemessene **Versorgung der Landesminister** zu gewährleisten. Eine allumfassende **Revision** der Versorgungsregelungen mit diesem Antrag ist nicht unser Ziel. Selbstverständlich ist meine Fraktion für weitergehende Vorschläge offen. Es darf aber auf keinen Fall dazu kommen, dass die notwendige Novellierung des Landesministergesetzes durch populistische Maximalforderungen blockiert wird.

So wichtig es ist, dass Überversorgungen abgebaut werden - Ministerinnen und Minister üben ein schwieriges und anstrengendes Amt aus und haben ein Anrecht auf eine angemessene Altersversorgung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Hildebrand, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Ihr Antrag das Ergebnis von Übereifer und Populismus ist. Denn spätestens seit März hätten Sie wissen können, dass es eines solchen Begehrens von Ihrer Seite nicht bedarf, weil sowohl vonseiten der SPD als auch vonseiten der Landesregierung angekün-

digt worden ist, dass es noch vor der Sommerpause einen entsprechenden **Gesetzentwurf** geben wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: „Im Mai“ ist angekündigt worden!)

- Vor der Sommerpause!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Mai!)

- Ja, Herr Kollege Kubicki, aber in der Ruhe liegt die Kraft!

(Heiterkeit - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er liegt erst seit Tagen vor!)

- Nun wollen wir uns doch nicht wegen weniger Tage streiten!

Wir gehen also davon aus, dass es noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf geben wird. Und Sie haben ja gesagt, Sie wollten das nicht umfassend regeln. Das ist ein Fehler. Wenn man ein Gesetz ändert, muss man sich doch die Mühe machen, alle Facetten und Bestandteile einer Reform mit aufzunehmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann gucken wir uns das einmal an!)

Insofern, glaube ich, haben Sie diesen Schnellschuss nicht ausgiebig in Ihrer ja leider größer gewordenen Fraktion diskutiert.

(Heiterkeit - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie erklären Sie sich denn die Erklärung von Lothar Hay!)

- Mir läuft die Zeit davon.

Ich danke Ihnen, Kollege Hildebrand - wo ist er denn?

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Hier!
- Klaus Schlie [CDU]: Völlig orientierungslos!)

- da ist er ja -, für die Feststellung, dass Sie mit Absicht nicht von einer „Lex Müller“ gesprochen haben. Ich habe gerade auf dem Weg hier zum Podium gesagt, dass ich nicht hoffe, dass er vor In-Kraft-Treten des von uns ja gemeinsam beabsichtigten Gesetzes zurücktritt. Nein, hier geht es nicht um Einzelne und es geht auch nicht um die Aufnahme der populistischen Forderung des so genannten Steuerzahlerbundes.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben wir auch gar nicht gemacht!)

- Nein, ich sage das für meine Fraktion, Herr Kollege Kubicki! Das darf ich ja wohl noch.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das weiß ich nicht!)

(Günter Neugebauer)

Wer wie dieser Verband Rekordgehälter in der Wirtschaft kritiklos akzeptiert, aber ständig über angeblich zu hohe Gehälter von Regierungsmitgliedern und Abgeordneten herzieht, ist für uns in diesem Diskussionsprozess kein guter Ratgeber.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Ich freue mich, Kollege Kubicki, dass Sie kopfnickend zustimmen.

Wir müssen auch respektieren, dass es in der Öffentlichkeit zu tatsächlicher oder angeblicher **Überversorgung** eine Sensibilität gibt, der wir Rechnung tragen müssen, auch wenn sich diese Sensibilität meistens nicht an der Überversorgung von ausgeschiedenen Bundesligatrainern, Bankern oder hoch bezahlten Managern ausrichtet, sondern am öffentlichen Dienst.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich will hier deutlich machen, dass der Dienst am Land und an seinen Bürgern durch Mitglieder der Landesregierung nicht nur reich an Verantwortung, sondern auch an Belastungen und Zeit ist, und ich will auch deutlich machen, dass gute Leute auch gut bezahlt werden müssen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das finden wir auch!)

Sie müssen auch für diesen Zeitraum abgesichert sein - was die Altersversorgung angeht-, in dem sie dem Land gedient haben. Herr Kollege Kubicki, und deswegen wollen wir diese Reform frei von Populismus und mit Vernunft und Augenmaß angehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das gilt für Abgeordnetengehälter gleichermaßen!)

- Ich habe nur wenig Zeit, fünf Minuten!

Ich will - da mögen Sie mir vielleicht zuhören - in wenigen Sätzen beschreiben, von welchen **Eckwerten** wir bei dem erwarteten Entwurf der Landesregierung zur **Reform des Ministergesetzes** ausgehen.

Zum Ersten gehen wir davon aus, dass nach dem Ausscheiden eines Ministers Einkünfte im öffentlichen Dienst und außerhalb nicht wie zurzeit möglich bis zum 60. Lebensjahr, sondern bis zum 65. Lebensjahr gegengerechnet werden.

Zweitens gehen wir davon aus, dass Bezüge, die aus einer unmittelbar nach dem Ausscheiden aus dem Ministeramt ausgeübten Tätigkeit im öffentlichen Dienst oder außerhalb erzielt werden, sofort gegen die Übergangsbesoldung gegengerechnet werden, weil ja die Übergangsbesoldung aus dem Grund gezahlt wird, um

sozusagen ein Fallen in die Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Drittens sind wir der Auffassung, dass der Anspruch auf Ruhegehalt nicht sofort einsetzen sollte, sondern erst, nachdem eine fünfjährige Amtszeit erfüllt ist,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das steht heute auch schon im Gesetz!)

wie auch bei Abgeordneten mit dem 65. Lebensjahr und natürlich - da sind wir konform - bis zum maximal 55. Lebensjahr zurückgerechnet werden sollte, soweit die Ministertätigkeit länger als fünf Jahre dauert. Wir sind auch der Auffassung, dass sich die Höhe der Versorgungssätze an dem Standard anderer Bundesländer orientieren sollte.

Wichtig - Kollege Kubicki, das haben Sie nicht bedacht - scheint mir auch - ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin -, dass wir die Erkenntnisse aus den Erfahrungen, die wir bei der Konstituierung dieser Landesregierung am Ende eines Monats gemacht haben, mit aufnehmen. Dem ist ja durch eine sehr großzügige Spendenregelung Rechnung getragen worden. Aber ich denke, in einem Ministergesetz sollte geregelt werden, dass die Dienstzeit tageweise entlohnt wird, wie man das auch aus anderen Bereichen kennt.

Anerkennung für gute Arbeit, aber auch Rücksicht auf die sensible Diskussion in der Öffentlichkeit nehmen, das ist unser Ziel. Das wollen wir, nachdem die Landesregierung ihren Gesetzentwurf eingebracht hat, dann mit Ihnen gemeinsam mit Augenmaß, Vernunft und frei von Populismus diskutieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wadephul.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion, die uns hier beschäftigt, hat sich, Herr Minister, an Ihrer Person und an Ihrer Berufung zum Umweltminister des Landes festgemacht. Das ist nicht Ihre Schuld; das ist vollkommen klar. Deshalb begrüße ich ganz ausdrücklich Ihre Präsenz hier im hohen Haus, während ansonsten der Platz der Regierungschefin und die Regierungsbänke bei einer Diskussion über das **Landesministergesetz** nicht gerade üppig gefüllt sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die guten Leute sind da! - Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Was sagt uns das jetzt?)

(Dr. Johann Wadehul)

- Die guten Leute sind da, Herr Kubicki, das mag sein.

Ich bin dafür, dass wir an dieser Stelle miteinander eine sachliche Debatte führen. Herr Kollege Neugebauer, wer so häufig das Wort Populismus in den Mund nimmt wie Sie, hat - glaube ich - auch ein bisschen ein schlechtes Gewissen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das gehört ihm schon! - Heiterkeit)

Dieses Haus sollte sich darauf besinnen, wie es denn zu dieser Debatte gekommen ist. Ich finde es schon bedauerlich, dass wir eine gesetzliche Regelung haben - ich werde im Einzelnen gleich noch etwas dazu sagen; es besteht ja große Einigkeit darin, dass es sich im Grunde um eine Überversorgung handelt-, über die sich das **Parlament** nicht selber Gedanken gemacht hat und mit der es sich nicht selbst befasst hat, sondern auf die erst die **Presse** aufmerksam machen musste. Erst in der Öffentlichkeit begann eine kritische Debatte, die dem Ansehen der Politik in Schleswig-Holstein sicherlich nicht genutzt hat. Es wäre gut gewesen, wir wären selber früher darauf gekommen.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und SSW)

Herr Kollege Neugebauer, Sie diskutieren jetzt darüber, ob die Freien Demokraten populistisch waren, indem sie den Antrag gestellt haben. Sie wollten ja sowieso gut vorbereitet und seriös später kommen. Diese Diskussion um das Huhn und das Ei würde ich an dieser Stelle allerdings nicht führen. Wir sollten in aller Sachlichkeit darüber diskutieren: Was müssen wir machen?

Wir haben einen Fall eklatanter **Überversorgung**. Auch wenn es jedermann Minister Müller gönnen würde und keiner glaubt, dass er sich gleich danach in die Rente begeben würde:

(Minister Klaus Müller: Keine Chance!)

9.000 DM im Monat! Bei einer 75-jährigen Lebenserwartung, die ich ihm ohne Weiteres unterstelle, sind das 4,7 Millionen DM. Das ist nun wirklich zu viel des Guten.

(Zuruf von Minister Klaus Müller)

Wenn wir das umrechnen, stellen Sie fest, dass es sich dabei um einen Barwert - vergleichen Sie das einmal mit Daten von Versicherungsgesellschaften in der freien Wirtschaft - von 2,5 Millionen DM handelt, den sich das wahrlich nicht größte Bundesland Deutschlands, Schleswig-Holstein, leistet. Andere Bundesländer leisten sich eine Ministerversorgung, die einen Barwert zwischen 1 Millionen und 1,5 Millionen DM hat. Wir müssen schon feststellen: Schleswig-Holstein leistet sich an dieser Stelle besonders viel.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er kann nichts für seine Jugend!)

Angesichts der Tatsache, dass die Bürgerinnen und Bürger sowieso viele Vorurteile in der Richtung haben, dass es in der Politik Überversorgung und Selbstbedienung gibt, haben wir die Aufgabe, im Interesse der Glaubwürdigkeit über die Vertretbarkeit von Versorgung in der Politik miteinander zu reden und schnell zu einer angemessenen neuen Regelung zu kommen.

Dabei will ich ausdrücklich Folgendes sagen. Der Kollege Puls - in der vorangegangenen Debatte - und der Kollege Neugebauer haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass jemand, der wirklich Geld verdienen will, schlecht beraten ist, in die Politik zu gehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

Wir alle müssen uns, wenn es um die Ministerversorgung geht - die Abgeordnetendiäten und die Diskussion darüber hängen damit zusammen - kritisch fragen, warum Leute, die in der freien Wirtschaft viel Geld verdienen können, überhaupt keine Neigung verspüren, ins Parlament zu gehen.

Warum haben wir hier fast keine erfolgreichen selbstständigen Handwerksmeister, warum haben wir beispielsweise keine Ärzte, warum haben wir keine lästenden Angestellten in diesem Parlament? - Das hängt auch damit zusammen, dass sie unter anderem befürchten müssten, dass sie sich wirtschaftlich deutlich verschlechtern würden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Umsatzträger ist auch schon weg!)

Wenn wir darüber eine offene Debatte führen wollen - auch in diesem Parlament -, müssen wir zuvor Missstände und Überversorgung abbauen. Dann müssen wir zu einer Transparenz kommen, wie es sie bisher in Schleswig-Holstein nicht gegeben hat.

Ich stimme Herrn Kollegen Neugebauer ausdrücklich zu: Ein Blick auf andere Bundesländer zeigt, dass ein **Ruhegehalt** vor Erreichen des 55. Lebensjahres absolut ungewöhnlich ist. Deshalb ist es auch für Schleswig-Holstein an der Zeit, eine entsprechende Regelung zu treffen.

Wir wollen auch über die Höhe des Ruhegehaltes reden. Wir wollen über die Frage des Anwachsens im Laufe der Zeit reden. Wir wollen über eine Anrechenbarkeit auf andere Einkünfte reden. Wir wollen dies alles tun, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten, ohne die Berufung - ich sage nicht „Beruf“ - zum Mitglied einer Landesregierung zu entwerten.

Es gibt keinen Anlass zu irgendwelchen Schnellschüssen. Aber es gibt Anlass zu einer sachlichen Debatte

(Dr. Johann Wadehul)

und zu einer konsequenten und schnellen und für die Bürger nachvollziehbaren neuen Gesetzgebung nach ausführlicher Beratung im Ausschuss.

(Beifall bei CDU, SPD, F.D.P. und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Politikerinnen und Politiker verjüngen sich - vor allem, seit die Grünen dabei sind. Aber je jünger die Ministerinnen und Minister, desto deutlicher wird die **Überversorgung** durch das jetzige **Landesministergesetz** in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wäre bei Staatssekretären ähnlich!)

Andere Länder haben ihre Gesetze in den letzten Jahren bereits geändert. Schleswig-Holstein muss nun zügig nachziehen. Wir alle sind Schuld daran, dass es noch so ist, wie es ist. Wir brauchen da die Bälle gar nicht hin und her zu schlagen. Deshalb begrüßen wir die Gesetzesinitiative der F.D.P. mit der klaren Aussage: Altersversorgung erst im Alter.

Es ist niemandem zu vermitteln, dass eine Ministerin oder ein Minister in Schleswig-Holstein schon nach fünf Amtsjahren einen sofortigen und lebenslangen Pensionsanspruch von mindestens 9.000DM im Monat erworben hat. Diese Tatsache lässt die Wogen im Land zu Recht hoch schlagen - der Steuerzahlerbund hat es oft genug thematisiert, die Medien auch, sind doch viele Bürgerinnen und Bürger auch von den Sparmaßnahmen im Land und im Bund immer wieder betroffen.

Die Höhe der **Gehälter** und **Versorgungsansprüche** von Abgeordneten und Ministerinnen und Ministern hat schon oft genug zur Politikverdrossenheit in unserer Gesellschaft beigetragen - auch wenn ich die hier vorgetragene Argumentation teile, dass gute Arbeit vernünftig bezahlt werden muss und auch ein Vergleich mit der Wirtschaft möglich sein muss. Trotzdem hat es oft genug zu Politikverdrossenheit geführt. Allein die Tatsache, dass wir bei den Abgeordneten und den Ministerinnen und Ministern in eigener Sache beschließen, macht misstrauisch.

Deshalb weist das **Bundesverfassungsgericht** in seinem 40. Band darauf hin, dass bei den Versorgungsgesetzen **Transparenz** zu gewährleisten ist. Und transparent ist unser Ministergesetz nicht. Im Gegenteil. Es ist ja besonders pffiffig, denn allein durch das

Weglassen des kleinen Wortes „weitere“ an einer Stelle erhöht sich die Mindestpension - ganz unmerklich - um weitere zehn Prozentpunkte. In §11 steht nämlich: Das Ruhegehalt beträgt mindestens 35 % und steigt mit jedem vollen Jahr der Amtszeit um 2 %.

Jeder Mensch, der das liest, versteht, dass man bei fünf Jahren Amtszeit 35 % der Ministerbezüge bekommt. Das ist aber keineswegs so: Man bekommt 45 %, da schon die ersten fünf Jahre mit einem Bonus von je 2 % berechnet werden. Andere Länder haben dieses Verfahren inzwischen geändert und das Wort „weitere“ eingefügt. Wir sollten das schleunigst tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Für Beamtinnen und **Beamte** kann die Ministerpension nach fünf Jahren sogar schon 55 % betragen, da ihre frühere Tätigkeit angerechnet wird. Hier müssen wir eine Regelung finden, welche zum einen Beamtinnen und Beamte nicht bevorzugt, zum anderen aber auch berücksichtigt, dass sie durch ihre bisherige Tätigkeit keinen eigenen Rentenanspruch erworben haben.

Das ganze Ministergesetz - das macht die Sache auch schwierig - ist in seinen Grundzügen auf Beamtinnen und Beamte abgestellt. Ihre Versorgung ist geregelt. **Selbstständige** und Arbeitnehmerinnen und **Arbeitnehmer** haben hingegen ein großes Problem, wenn sie weniger als fünf Jahre Ministerin oder Minister gewesen sind. Dann erwerben sie nämlich überhaupt keine Altersabsicherung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nachversichern!)

Die Amtszeit mutiert in diesem Fall zu einer privaten Auszeit, weil man auch nachträglich nicht in die Rentenversicherung einzahlen kann - wogegen bei Beamtinnen und Beamten selbstverständlich die Ministerzeit, unabhängig von ihrer Länge, auf die Dienstzeit aufgeschlagen wird.

Da wir aber gerade den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik wollen - da sind wir uns ja einig, brauchen wir auch für so genannte Kurzzeitministerinnen und Kurzzeitminister die Möglichkeit, sich einen Rentenanspruch oder eine Versorgungsabfindung erwerben zu können, sodass es attraktiv ist, einmal drei, vier Jahre aus der Wirtschaft in die Politik zu gehen und dann wieder zurück.

Die Grünen haben noch weitere Vorschläge zu diesem Gesetz. Wir haben sie in einer Pressekonferenz vorgestellt und werden über sie miteinander diskutieren.

Wir wollen verschiedene **Sonderregelungen** abschaffen. Wir teilen nicht die Meinung von Herrn

(Monika Heinold)

Hildebrand, dass es eine Begründung für die Sonderregelung für Landtagspräsidentinnen oder Landtagspräsidenten und Fraktionsvorsitzende gibt. Das ist - das muss man sagen, wenn man den Ländervergleich heranzieht - in Schleswig-Holstein Spitze. Das haben andere Länder auch schon abgeschafft. Auch hier sollten wir folgen.

Den Vorschlag der F.D.P., den **Pensionsanspruch** pro Jahr von 2 % auf 4 % zu verdoppeln, lehnen wir ab. Auch wenn die 4 % mit dem Abgeordnetengesetz übereinstimmen - ich gehe einmal davon aus, dass Sie sich daran orientiert haben -, kann das nach unserer Meinung kein Maßstab sein. Angesichts der Höhe der Ministergehälter im Vergleich zur Grunddiät - und nur diese ist Grundlage der Versorgung - würden 4 % bei der Ministerversorgung zu einem unverhältnismäßig hohen Anstieg führen. Wir werden mit der F.D.P.-Fraktion sicherlich darüber noch einmal sprechen, denn so, wie Ihr Antrag formuliert ist, hätte man als Beamter nach fünf Jahren einen Anspruch von 65 % erworben. Ich glaube nicht, dass das Ihr Interesse war, als Sie Ihren Antrag stellten, denn das ist eindeutig zu viel.

Ich komme zum Schluss. Ziel aller Fraktionen muss es sein, ein Gesetz zu verabschieden, das klar und transparent ist und die Pensionsbezüge angemessen und ausgewogen gestaltet. Politikverdrossene Bürgerinnen und Bürger werden wir durch die Änderung des Ministergesetzes im Schleswig-Holsteinischen Landtag nicht wieder zurückholen, aber wir beugen damit neuen Berichterstattungen über goldene Spazierstöcke und damit neuen Argumenten für Politikverdrossenheit vor. Dies sollten wir möglichst gemeinsam tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW begrüßt die Initiative der F.D.P.-Fraktion. Sie war überfällig - das sage ich auch selbstkritisch -, nicht zuletzt auch deshalb, weil Schleswig-Holstein schon lange in den Ruf der **Überversorgung** seiner Ministerinnen und Minister gekommen war. Bekanntlich versorgt kein anderes Bundesland außer Nordrhein-Westfalen seine Minister im Ruhestand so gut wie Schleswig-Holstein.

Ziel der Novellierung des Ministergesetzes muss es auch sein, die Altersversorgung in Schleswig-Holstein an den Bundesländern zu orientieren, die bereits ver-

nünftige und sachlich angemessene Pensionsregelungen haben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sagte bereits in meiner Rede zur Regierungserklärung, es sei ein Teil der Glaubwürdigkeit von Politik, dass verantwortliche Politikerinnen und verantwortliche Politiker immer wieder ihre eigenen Besitz- und Versorgungsansprüche überprüfen. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern kaum zu vermitteln, wenn Politikerinnen und Politiker bereits in sehr jungen Jahren hohe Pensionsansprüche erhalten, während gleichzeitig das Rentenalter der gesetzlichen Rentenversicherung nach oben gesetzt wird.

Um nicht missverstanden zu werden: Politikerinnen und Politiker sollen angemessen für ihre oft zeitaufwendige Arbeit bezahlt werden, gerade um ihre Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit zu sichern. Aber wir müssen aufpassen, dass wir bei den Pensions- und Versorgungsansprüchen nicht überziehen. Das gilt nicht nur für **Minister**, sondern natürlich auch für **Abgeordnete**. Mit der Änderung des Abgeordnetengesetzes werden wir uns noch beschäftigen müssen.

Der SSW sieht der Beratung im Ausschuss positiv entgegen, weil auch die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugesagt hat, dass sie weitere Überlegungen einbringen will. Es wäre schön gewesen, wenn diese Vorschläge dem Landtag bereits zugeleitet worden wären, damit wir sie heute in dieser Debatte hätten berücksichtigen können.

Der SSW vertritt die Auffassung, dass es bei der angesagten Änderung keinen Schnellschuss geben darf. Für uns wird entscheidend sein, dass die gefundene Neuregelung der Versorgungsansprüche transparent und nachvollziehbar wird.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit ist unter anderem gemeint, dass es aus Sicht des SSW zu einer **Angleichung** des **Abgeordnetengesetzes** und des **Landesministergesetzes** hinsichtlich des Ruhegehaltes kommen sollte.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

So schreibt das Abgeordnetengesetz vor, dass Abgeordnete grundsätzlich erst mit dem 65. Lebensjahr Anspruch auf eine Altersentschädigung haben. Der SSW unterstützt ausdrücklich die Forderung der Bündnisgrünen, das Landesministergesetz - bildlich gesprochen - vom Beamtenrecht zu lösen. Es leuchtet ein, dass im Gesetz eine Regelung auch für Angestellte und Selbstständige getroffen werden muss. In Klan-

(Anke Spoorendonk)

mern hinzugefügt gilt das Gleiche für das Abgeordnetengesetz. Auch das ist mehr ein Beamtengesetz als ein Abgeordnetengesetz.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es wäre also ein positives Signal nach außen, wenn wir eine Lösung in dieser Angelegenheit finden könnten, die von allen Parteien des Landtages unterstützt wird. Wir freuen uns auf die Ausschussberatung.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stelle einen großen Konsens darüber fest, dass es **Handlungsbedarf** gibt. Es bedarf natürlich keiner weiteren Vertiefung, dass erstmalig der Bezug von Ruhegehalt für ausgeschiedene Landesminister künftig auch vom Erreichen einer Altersgrenze abhängig gemacht werden soll. Die Ministerpräsidentin hat sich in diesem Sinne bereits in der letzten Wahlperiode öffentlich für die Einführung einer Altersgrenze ab 55 Jahren ausgesprochen.

Bei diesem Gesetz handelt es sich gerade im Hinblick auf die Regelung ohne Altersbegrenzung um Eckwerte, die 1988 bereits bestanden. Natürlich können Sie fragen, warum wir bis jetzt nichts gemacht haben. Ich möchte Ihnen ganz ehrlich sagen, wir hatten einen Entwurf Ende letzten Jahres fertig gestellt. Hätten wir aber angesichts der Euphorie der Opposition, dass sie die Wahl gewinnen werde, in der heißen Wahlkampfphase ein Gesetz vorlegen sollen, das die neuen Minister einer neuen Regierung benachteiligt und die alten außen vor lässt?

(Heiterkeit bei der CDU)

Das war ein Grund dafür, dieses Thema erst jetzt zu Beginn der neuen Wahlperiode anzupacken.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer soll das glauben? Wenn Sie es fertig haben, dann legen Sie es doch vor! - Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment bitte! Herr Minister Möller hat das Wort. - Bitte, Herr Minister!

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ein Gesetz, das in den Eckwerten über 20 Jahre Bestand hatte, sollte man nicht in der heißen Wahlkampfphase revidieren. Wenn Sie es gewollt hätten, hätten Sie von dem Initiativrecht Gebrauch machen können.

Die Landesregierung ist nicht untätig geblieben. Eine entsprechende **Kabinettsvorlage** zur Änderung des Landesministergesetzes befindet sich in der Ressortabstimmung, mit der sich das Kabinett am 23. Mai befassen wird. Es wird dem Schleswig-Holsteinischen Landtag noch im Mai zugeleitet, sodass es in der Juni-Tagung beraten werden kann.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Ich möchte Ihnen ein paar **Eckwerte** nennen: Einführung einer Altersgrenze zum Erwerb von Ruhegehalt, Neuregelung der Anrechenbarkeit von Vorzeiten, Neuregelung der Zuverdienstmöglichkeiten, Neuregelung des Übergangsgeldes, natürlich anteilige Gehaltszahlung bei Amtsbeginn und -ende innerhalb eines laufenden Kalendermonats. Wir werden Ihnen einen Vorschlag unterbreiten, der Seiteneinsteiger und diejenigen, die nur kurzfristig Minister waren, betrifft und damit das Unbehagen berücksichtigt, dass bislang Minister, die vorher Beamte waren, besser als andere weggekommen sind. Daneben wird es ein paar Begnadigungen hinsichtlich der Versorgung geben.

Ich will der F.D.P.-Fraktion die Absicht, die Schwächen des Landesministergesetzes im Zusammenhang mit dem Bezug von Ruhegehalt meiden zu wollen, nicht absprechen. Aber ich muss Ihnen sagen, ich vermag in dem vorliegenden Gesetzentwurf den Willen, diese Schwächen ernsthaft zu beseitigen, nicht zu erkennen.

Damit komme ich auf eine weitere Schwachstelle zu sprechen, Sie haben bereits darauf hingewiesen. Sie sagen, die **Altersbegrenzung** solle 65 Jahre betragen und wer zehn Jahre lang Minister war, könne mit 55 Jahren - das ist, so glaube ich, eine Anlehnung an die Abgeordnetenversorgung - eine **Pension** beziehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie beim Abgeordnetengesetz!)

Das ist okay. Sie haben aber - ich weiß nicht, ob es Ihre Absicht war - alle Anrechenbarkeiten des §11 Abs. 2 nicht korrigiert. Einem Beamten können fünf Jahre **Vordienstzeiten** angerechnet werden. Sie haben auch nicht geändert, dass die ersten fünf Jahre bereits zählen. Sie gehen von 35 % aus. Wer fünf Jahre Vordienstzeiten à 4 % hat, erhält 20 % dazu.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Für jedes weitere Jahr! Sehen Sie sich das genau an!)

(Minister Claus Möller)

- Wir sind ja nicht in der Schlussberatung. Wir interpretieren das jedenfalls so, dass man bereits nach fünf Jahren einen Anspruch von 75 % hat. Das kann vermutlich nicht von Ihnen gewollt sein. Wenn Sie nicht an § 11 Abs. 2 herangehen und ihn ändern, ist es so. Das ist sicherlich nicht Ihre Absicht gewesen. Aber heute findet nicht die letzte Lesung statt. Wenn das Ihre Absicht wäre, bedanke ich mich sehr für die Großzügigkeit gegenüber den jetzigen Ministern.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern, dass der von mir unterschriebene Referentenentwurf für eine umfassende Überarbeitung des Landesministergesetzes - der Ihnen, wie ich sagte, noch im Mai zugeleitet wird - analog zu entsprechenden Gesetzen anderer Länder in der Tendenz die Versorgung reduziert - zum Beispiel bei der Altersgrenze - und nicht ausweitet, eine Gefahr, die wir bei Ihrem Entwurf sehen. Einzelheiten des Regierungsentwurfs kann und will ich Ihnen jetzt nicht detailliert darlegen; ein paar Eckpunkte habe ich genannt.

Ich möchte jedoch betonen, dass es hier nicht um die Versorgung so genannter besser Verdienender geht, sondern um eine angemessene und ausgewogene **Ausgestaltung von Pensionsbezügen** der Ministerinnen und Minister, die in einem direkten Vergleich mit den Regelungen anderer Länder und des Bundes abzugleichen sind. Wir haben dabei auch noch einen Ansatz für den Aspekt, wie es eigentlich mit Leuten ist, die nicht aus dem öffentlichen Dienst kommen, gemacht.

Ich möchte mich ausdrücklich für die sachliche Diskussion bedanken. Man könnte ja fast von der „neuen Sachlichkeit“ sprechen, Herr Wadephul - Herrn Kayenburg zur Nachahmung empfohlen!-,

(Beifall bei der SPD)

und wenn wir dann im Juni und anschließend in den Ausschüssen ausführlich darüber diskutieren, würde ich mich sehr freuen, wenn es uns gelingen würde - wie auch von Ihnen, Herr Kubicki, meines Wissens in der Öffentlichkeit geäußert-, eine solche Regelung in einem breiten Konsens hier zu verabschieden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erhält zunächst der Herr Abgeordnete Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Günter Neugebauer, vielleicht sollten wir von

unserem parlamentarischen Selbstverständnis her einmal darüber nachdenken, was wir eigentlich von einem **Parlament** halten sollen, das die Frage der Ministerversorgung in die Hände der Regierung legt. Ich hätte von der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erwartet, dass aus den Reihen des Parlaments heraus eine entsprechende **Initiative** gestartet würde und dass nicht die Regierung selbst zunächst durch eine Vorlage über ihre eigene Versorgung befinden muss.

Zum anderen denke ich, dass wir uns einmal in aller Ruhe und Gelassenheit - und jetzt wirklich einmal in Anlehnung an das Abgeordnetengesetz, denn im Dienst am Land stehen Abgeordnete den Ministern in nichts nach; das möchte ich ausdrücklich sagen - die Frage stellen sollten, wie Altersversorgung, Übergangsgelder und die sonstigen Regelungen für **Abgeordnete** und Angehörige der **Regierung** analog gestaltet werden können.

Es gibt ein weiteres Problem - darüber müssen wir ebenfalls nachdenken; das hat nichts mit Leuten aus der Wirtschaft oder mit Quereinsteigern zu tun - mit Leuten aus der **Wirtschaft** angesichts der Zahlungen, die das Land leistet oder überhaupt nur leisten kann. Die **Attraktivität** kann - jedenfalls pekuniär - nur äußerst wenig schmackhaft gemacht werden. Wir wundern uns immer wieder - ich mich jedenfalls auch -, dass es immer noch Leute gibt - hier sitzen ja nur ausgebildete und qualifizierte Persönlichkeiten-, die bereit sind, für diesen vergleichsweise - ich sage das jetzt in allem Ernst - Hungerlohn den Dienst für das Land Schleswig-Holstein zu leisten.

(Werner Kalinka [CDU]: Oh Gott!)

Ich sage das immer wieder - wenn Leute sagen „oh Gott!“, Kollege Kalinka -: Ich kann darauf verzichten, dass ich hier entschädigt werde. Ich möchte wissen, wer das noch kann und wem wir das im Zweifel überhaupt zumuten wollen. Ein bestimmtes Maß an eigener **Souveränität**, Herr Kollege Kalinka, die sich nicht nur darin äußert, dass man große Erklärungen abgibt, sondern dass man vielleicht auch einmal sein eigenes Selbstwertgefühl darstellt und sich nicht jeden Spruch des Steuerzahlerbundes oder von anderen Dritten zu Eigen macht,

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut! - Beifall bei F.D.P. und SPD)

würde dem Parlamentarismus und damit auch der Achtung der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes vor den Abgeordneten wesentlich mehr helfen als so mancher Satz.

Wir müssen jedenfalls - darüber haben wir ja auch schon einmal debattiert, Kollege Hay - auch bedenken, welche vergleichbaren Regelungen es für die beamtete-

(Anke Spoorendonk)

ten Angehörigen des Regierungsapparats gibt. Es macht dann beispielsweise auch keinen Sinn mehr, die **Staatssekretäre**, die ja ebenfalls nach zwei, drei oder fünf Jahren bei einem Regierungswechsel entlassen werden können, in ihrer Altersversorgung deutlich besser zu stellen als die **Minister**.

(Minister Claus Möller: Das ist Bundesrecht!)

- Ja, ich versuche ja nur, das zu erklären. Es macht dann keinen Sinn; sonst geraten wir in eine vergleichsweise komische Situation, dass wir allein von der Wertigkeit bestimmter Zahlungen her eine Abstufung vornehmen, die eigentlich niemand von uns haben wollen kann.

Ich meine damit nur: Lassen Sie uns das in aller Ruhe und Gelassenheit im Ausschuss debattieren und wirklich eine vernünftige Regelung suchen. Ich bin sicher - jedenfalls nach den Gesprächen, die ich bisher interfraktionell geführt habe -, dass - bis auf rudimentäre Erklärungen Einzelner - eine sinnvolle Lösung gefunden werden kann, die es allen ermöglicht, die Achtung des schleswig-holsteinischen Parlaments und dieser Regierung nach außen jedenfalls in dieser Frage wieder zu gewährleisten, ohne dass man sich wechselseitig erklären muss, der andere habe nur Populismus im Sinn.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur noch ganz kurz! Herr Kubicki, das ist ein bisschen schade; ich hätte mich doch gefreut, wenn Sie gesagt hätten, ob es ein Fehler war oder ob Sie es so wollten. Aber egal!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es steht ja so gar nicht drin!)

Wir werden darüber im Ausschuss diskutieren.

In Ihrem Vorschlag steht unter Nummer 2:

„Absatz 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:
‘Das Ruhegehalt beträgt bei einer Amtszeit von fünf Jahren 35 v. H. der Amtsbezüge nach § 7 Abs. 2 und steigt mit jedem vollen Jahr ...’“

Damit liegt es nach fünf Jahren bei 45 %.

(Widerspruch des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Ja, so steht es in dem Gesetzentwurf.

Andere Länder haben deshalb - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann hätten wir das beim Abgeordnetengesetz auch machen müssen!)

- Herr Kubicki, wir können das gern rechtlich prüfen lassen. Ich habe einen dicken Ordner mit Rechtskommentaren dazu; dort steht das so drin. Deshalb haben andere Länder das Wort „weitere“ eingefügt, sodass es dort heißt: „mit jedem weiteren Jahr“. Im Abgeordnetengesetz steht das Wort „weitere“; deshalb ist auch die Vergleichbarkeit mit den 2% und den 4% so schwer herzustellen.

Wir haben ja erst nach acht Jahren - nicht bereits nach fünf - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir haben überhaupt nichts dagegen, Frau Kollegin Heinold!)

- Okay, das freut mich. Wenn wir uns einig sind, freut mich das.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da sind wir uns einig!)

Dann haben wir nämlich eine erste Ungerechtigkeit des Gesetzes sozusagen schon im Konsens erörtert und können zufrieden nach Hause gehen. Dann schaffen wir den Rest auch noch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wird Mitteilung anderer Ausschüsse gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt 6 heute nicht mehr aufzurufen. Damit schließe ich die heutige Sitzung. Wir werden morgen um 10:00 Uhr mit den Tagesordnungspunkten 9 und 24 beginnen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:58 Uhr